



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Mediendarstellung von Umweltaktivismus: Welches Bild
zeichnen deutsche Tageszeitungen?

verfasst von | submitted by

Anja Irmgard Knam B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Assoz. Prof. Mag. Dr. Gerit Götzenbrucker Privatdoz.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Die Umwelt & Klimabewegung	4
2.1	Umweltbewusstsein	5
2.2	Soziale Bewegungen	7
2.3	Geschichte der Umwelt- & Klimabewegung.....	7
2.4	In Deutschland aktive Umweltbewegungen & Gruppierungen	11
2.4.1	Fridays for Future	11
2.4.2	Ende Gelände	13
2.4.3	Extinction Rebellion XR	13
2.4.4	Letzte Generation	14
2.4.5	Besondere Merkmale der Umwelt- & Klimabewegung	15
2.5	Ziviler Ungehorsam	17
2.6	Umweltgerechtigkeit.....	20
2.7	Medien, Diskurse & Wissenschaft	22
3	Theoretische Grundlagen	24
3.1	Netzwerkanalyse.....	24
3.2	Umweltdiskurse	28
3.3	Diskurs Netzwerk Analyse DNA	30
3.4	Diskurs Studien & Diskurs-Netzwerk-Analysen	32
3.5	Framing.....	37
3.5.1	Frames in der Umwelt- & Klimadebatte	39
4	Methodische Umsetzung	42
4.1	Forschungsfragen	42
4.2	Methodisches Vorgehen	42
4.2.1	Datenerhebung Auswahl	43
4.2.2	Diskurs Netzwerk Analyse	44
4.2.3	Visualisierung der Netzwerke	47
4.2.4	Qualitative Inhaltsanalyse	48
4.2.5	Forschungsethik	50
5	Ergebnisse	52
5.1	Diskurs-Netzwerke.....	54
5.2	Statements:	61
5.3	Themencluster:	61

5.4	Weitere Ergebnisse	63
6	Diskussion	65
6.1	Diskussion der Forschungsfragen	65
7	Fazit & Ausblick	73
8	Literatur	76

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl Treffer zu Stichworten	43
Abbildung 2: Anzahl Zeitungsberichte über Bewegungen	52
Abbildung 3: Anzahl der Personen, sortiert nach Organisationsart	53
Abbildung 4: Netzwerk [1], One-Mode Netzwerk, Konzepte	54
Abbildung 5: Netzwerk [2] Organisationen, One-Mode Netzwerk	55
Abbildung 6: Netzwerk [3] Personen, One-Mode Netzwerk	56
Abbildung 7: Netzwerk [4] Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	57
Abbildung 8: Netzwerk [5] Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	58
Abbildung 9: Netzwerk [6] SZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	59
Abbildung 10: Netzwerk [7] Süddeutsche Zeitung, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	59
Abbildung 11: Netzwerk [8] Bild, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	60
Abbildung 12: Netzwerk [9] Bild, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	60
Abbildung 13: Netzwerk [10] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	60
Abbildung 14: Netzwerk [11] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	60
Abbildung 15: Netzwerk [12] Die Welt, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	60
Abbildung 16: Netzwerk [13] Die Welt, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	60

Abbildung 17: Netzwerk [14] Die Tageszeitung TAZ, Organisationen & Konzepte, 60
Two-Mode Netzwerk

Abbildung 18: Netzwerk [15] Die Tageszeitung TAZ, Personen & Konzepte, Two- 60
Mode Netzwerk

1 Einleitung

Die Menschheit verursacht durch industrielles Wirtschaften Klimaveränderungen, eine verminderte biologische Vielfalt, Luft- und Wasserverschmutzungen und Veränderungen an dem Ozon in der Stratosphäre. Dadurch entstehen zahlreiche Konsequenzen für das Wohlergehen der Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen. Ein Teil von diesen, sich gegenseitig beeinflussenden Beeinträchtigungen, ist der Klimawandel. Die Folgen des Klimawandels sind komplex und betreffen physikalische, ökologische und gesellschaftliche Aspekte (Brasseur et al., 2017, p. 2).

Da der Klimawandel die ganze Welt betrifft, müssen lokale und internationale Maßnahmen vereinbart werden. Im Jahr 2015 wurde in Paris ein Klimagipfel abgehalten. Dabei wurde vereinbart,

„gefährliche anthropogene Einwirkungen auf das Klima durch Beschränkung der Erderwärmung auf unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu verhindern. Die Klimaforschung sagt uns, dass zur Erreichung dieses Ziels für die relevante Zukunft nur noch eine begrenzte Menge an Treibhausgasen emittiert werden darf“ (Weimann et al., 2016, p. 5).

Allerdings wurden in dem Abkommen keine Sanktionen oder Druckmittel festgehalten, die im Falle eines Verstoßes gegen das Abkommen angewendet werden (Weimann et al., 2016, p. 6). Neben anderen Ländern wurden in Deutschland und in der Europäischen Union zahlreiche Umweltgesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen (Huber, 2014, p. 570). Deutschland handelt in Bezug auf Umweltschutz inkonsistent. Einerseits verbesserten sich lokale Umweltbedingungen wie die Bodenverschmutzung, die Gewässerreinheit und die Luftqualität an vielen Orten deutlich. Andererseits gibt es eine hohe Bodenversiegelung, eine starke Umweltbelastung in Großstädten durch Feinstaub und zahlreiche weitere Umweltbelastungen wie neue Flughäfen oder die klimaschädliche Industrie (Preisendörfer, 2014, p. 25). Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen reichen die derzeitigen Gesetze und Maßnahmen von Deutschland und anderen Länder der Welt nicht aus, um den Klimawandel und weitere Umweltschäden zu bewältigen. Dadurch sind fundamentale Menschenrechte bedroht. Menschen in unterschiedlichen Ländern und aus unterschiedlichen sozialen Schichten sind von den Folgen ungleich betroffen. Zudem sind die Länder, die am stärksten von den Konsequenzen betroffen sind, auch diejenigen, die am wenigsten Emissionen ausgestoßen haben. Kommende Generationen werden benachteiligt, da sie mit den Folgen des Klimawandels leben müssen (Reuter, 2023, p. 168).

Wenn ein Missstand in der Gesellschaft besteht und die zuständigen politischen und gesellschaftlichen Organe diesen ignorieren, oder unzureichend beachten, können sich soziale Bewegungen formieren. Soziale Bewegungen weisen auf einen mangelnden politischen oder sozialen Wandel und somit auf einen potenziellen Konflikt hin (Endruweit, 2014, p. 60). Umwelt- und Klimaaktivist*innen sehen in den Umweltschäden und dem Klimawandel einen solchen politischen und gesellschaftlichen Missstand, gegen den sie versuchen vorzugehen. Seit den 1970er protestieren Aktivist*innen gegen zahlreiche Umweltprobleme.

Die Auswirkungen von Aktivismus sind vielfältig. Von einem veränderten Umweltbewusstsein der Gesellschaft, über erfolgreiche Klimaschutzklagen, bis hin zu Verhaltensänderungen von Personen und Unternehmen.

So wurde beispielsweise festgestellt, dass an nationalen oder internationalen Klimastreiktagen von *Fridays for Future* mehr Menschen in Suchmaschinen nach dem Stickwort Klimawandel suchen (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 27). In Bolivien und Ecuador konnten jahrzehntelange Proteste für den Naturschutz insbesondere von indigenen Völkern Erfolge erzielen. Als weltweit erstes Land sprach Ecuador der Natur Rechte zu. Diese wurden 2008 in der Verfassung festgeschrieben. Bereits 2010 nahm Bolivien diese Rechte ebenfalls in die eigene Verfassung auf (Muraca, 2023, p. 136).

In den letzten Jahren haben einige Klima- und Umweltbewegungen besonders intensiv protestiert. Zu diesen Bewegungen gehört *Fridays for Future*, *Ende Gelände* und die *Letzte Generation*. Zudem wurden in Deutschland mehrere Orte von Aktivist*innen besetzt. Unter anderem wurde der Hambacher Forst und das Dorf Lützerath besetzt, um die Rodung für die darunterliegende Kohle zu verhindern. Diese Orte wurden zu einer Art Symbol des Klimaschutzes und der Klimabewegung (Kaiser, 2020, p. 52).

„Um die Erkenntnis des menschengemachten Klimawandels in ein politisches Programm zu übersetzen, bedarf es unter anderem zivilgesellschaftliche Akteur*innen und soziale Bewegungen, die ihrer Version von einer ambitionierten Klimapolitik im öffentlichen Diskurs Ausdruck verleihen können“ (Kaiser, 2020, p. 53).

Diese Bewegungen protestieren durch unterschiedliche öffentlichkeitswirksame Aktionen. Dabei versuchen sie möglichst viel Aufmerksamkeit zu erlangen. Diese Aufmerksamkeit bekommen sie neben anderen Medien von Zeitungen. Diskussionen um Aktivist*innen, Bewegungen, Ereignisse und weitere Themen werden unter anderem in Tageszeitungen geführt. Dabei äußern sich verschiedene Personen von unterschiedlichen Organisationen.

Diese Bewegungen und die Ausgestaltung der Berichterstattung und Diskussion des Klimawandels und des Umwelt- und Klimaaktivismus genauer zu betrachten ist aufgrund der

gesellschaftlichen Auswirkungen relevant. In diesen Bereichen wurden bereits zahlreiche Forschungsarbeiten verfasst. Allerdings ist das Thema sehr umfangreich und unterliegt einer ständigen Weiterentwicklung.

Ziel dieser Arbeit ist es, den Diskurs über Umwelt- und Klimaaktivist*innen in deutschen Tageszeitungen im Jahr 2022 zu untersuchen. Hierfür wird eine Diskurs-Netzwerk-Analyse und eine ergänzende Qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen. Die Diskurs-Netzwerk-Analyse ist eine Methode, bei der Akteure und Argumente einer Debatte und deren Verbindung zueinander analysiert werden können. Mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse werden die weiteren Themen des Diskurses untersucht. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Diskurs-Netzwerk-Analyse. Die Kombination der beiden Methoden erlaubt es, den Diskurs umfangreich zu untersuchen.

Diese Arbeit besteht aus sieben Teilen. Zunächst werden die theoretischen Hintergründe behandelt. Diese umfassen die Umwelt- und Klimabewegung als Ganzes, die einzelnen Bewegungen, das Umweltbewusstsein, zivilen Ungehorsam, Umweltgerechtigkeit, Diskurse und das Zusammenspiel von Wissenschaft und Medien. Der folgende Teil der Arbeit erläutert die theoretischen Grundlagen der Arbeit. Zu den theoretischen Grundlagen gehören die soziale Netzwerkanalyse, die Diskurs-Netzwerkanalyse und der Framing-Ansatz. Zudem werden einige Studien aus diesen Forschungsbereichen diskutiert. Daraufhin folgt die methodische Umsetzung. Hierfür werden die Forschungsfragen, die Datenerhebung, die Bearbeitung der Daten und forschungsethische Grundsätze diskutiert. Daraufhin folgen die Ergebnisse der Diskurs-Netzwerk-Analyse und der Qualitativen Inhaltsanalyse. Insgesamt werden für die Analyse der Debatte 15 verschiedene Netzwerke modelliert. Diese werden im nächsten Teil mit den weiteren Ergebnissen diskutiert. Zuletzt folgen Fazit und Ausblick.

Durch die Analyse des Diskurses über Umwelt- und Klimaaktivist*innen in Deutschland konnten zahlreiche Erkenntnisse gesammelt werden. Dabei wurden die zentralen Akteure, Themen und Argumente erforscht. Zudem wurden Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den Zeitungen festgestellt.

2 Die Umwelt & Klimabewegung

Bereits im Jahr 1896 untersuchte ein schwedischer Physiker, wie sich die Oberflächentemperatur der Erde durch die CO₂-Konzentration verändert. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde weiter geforscht und dabei weitere Erkenntnisse gesammelt. Das Ergebnis lautet: der menschengemachte Klimawandel existiert. Seit der Industrialisierung wird vom Menschen in das Klimasystem eingegriffen, indem Treibhausgase freigesetzt werden, die Erdoberfläche verändert wird und dadurch der Wasserkreislauf beeinflusst wird. Die Eingriffe in das Klimasystem bedingen sich gegenseitig und bewirken Rückkopplungseffekte. Um die Auswirkungen des Klimawandels zu bestimmen werden seit 1969 Klimamodelle berechnet. Mithilfe dieser Modelle werden verschiedene Szenarien berechnet. Welches dieser Szenarien eintritt, hängt von künftigen Treibhausgasemissionen ab, und welche weiteren Maßnahmen unternommen werden, um den Klimawandel zu begrenzen oder zu bestärken (Schmidt et al., 2017, p. 8 ff.).

Nach mehr als hundert Jahren der Forschung, und heute deutlich spürbaren Auswirkungen, bezweifeln oder leugnen noch immer einige Menschen den menschengemachten Klimawandel und die damit verbundenen Folgen. Der Anteil an Menschen, die den Klimawandel leugnen, unterscheidet sich von Land zu Land. Laut einer Umfrage von 2022 (YouGov, p. 1) geben 63% der Befragten an, der menschengemachte Klimawandel existiere. Demnach haben mehr als ein Drittel der Befragten entweder Zweifel daran, oder leugnen die Existenz des Klimawandels.

Ebenso unterschiedlich sind Mediendebatten über klimawandelbezogene Themen in den einzelnen Ländern. Während in den USA in einigen Zeitungen der Klimawandel und die möglichen Ursachen in Frage gestellt und diskutiert werden, wird er in Großbritannien und Deutschland in den etablierten Medien als gegeben angesehen. Dort behandeln Debatten die Auswirkungen und welche Maßnahmen am besten ergriffen werden sollten. Die unterschiedlichen Debatten bedingen verschiedene Konsequenzen. Während in US-Debatten die Erderwärmung häufig als natürlich und unberechenbar angesehen wird, geht es dort letztlich um die Möglichkeiten der Anpassung an die Veränderungen und mögliche Schutzmaßnahmen. Deutsche Klimawandeldebatten thematisieren hingegen proaktive Herangehensweisen mit dem Ziel, die Auswirkungen zu begrenzen oder verhindern (Tereick, 2016, p. 123 f.). Die Art, wie über den Klimawandel berichtet wird, wandelt sich mit der Zeit.

Debatten über den Klimawandel und die Klimawandelforschung stehen in einem Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaaktivismus und dem Umweltbewusstsein von Menschen. In den folgenden Abschnitten werden diese Themen und der Zusammenhang erläutert.

2.1 Umweltbewusstsein

Das Umweltbewusstsein beschreibt „die Einstellung von Menschen zu Umweltproblemen“ (Franzen, 2024, p. 700). Es beinhaltet drei Aspekte. Zum einen beschreibt es das Ausmaß, in dem jemand glaubt, die natürliche Umwelt sei gefährdet und diese Gefährdung ist anthropogenen Ursprungs, also menschengemacht. Dabei handelt es sich um eine kognitive Komponente von Umweltbewusstsein. Bei der affektiven Komponente handelt es sich um die Frage, ob die Umweltgefährdung etwas Unerwünschtes ist und mit Besorgnis betrachtet wird. Bei der konativen Komponente geht es darum, in welchem Ausmaß ein Individuum dazu bereit ist, zur Lösung der Umweltprobleme etwas beizutragen (Franzen, 2024, p. 700). Umweltbewusstsein ist also einerseits die Anerkennung der Gefahr und andererseits auch die Bereitschaft, daran etwas zu verändern (Huber, 2014, p. 568).

„Kommen alle drei Komponenten zusammen, also eine hohe Einsicht, dass der Mensch die Umwelt gefährdet, eine negative Bewertung der Folgen und die Bereitschaft, zu einem verbesserten Umweltschutz beizutragen, dann verfügt eine Person über ein hohes Umweltbewusstsein“ (Franzen, 2024, p. 700).

Dennoch gibt es eine Unterscheidung zwischen dem Umwelthandeln und dem Umweltbewusstsein. Eine umweltbewusste Einstellung muss nicht unbedingt zu einem umweltbewussten Verhalten führen. Weitere Abgrenzungen werden mit den Begriffen Umweltwissen, also Wissen über die naturwissenschaftlichen Hintergründe, und Umweltbetroffenheit, also der Betroffenheit durch Umweltprobleme gemacht. Es wird zwischen der Einstellung, dem Wissen, dem Verhalten und der Betroffenheit unterschieden (Franzen, 2024, p. 700).

Das Umweltbewusstsein von Menschen wird in verschiedenen Befragungen gemessen. Besonders ausgeprägt ist es in Kanada, skandinavischen Ländern und der Schweiz. Insgesamt konnte festgestellt werden, das Umweltbewusstsein korreliert mit dem pro Kopf gemessenen Bruttoinlandsprodukt eines Landes ($r=0.79$). Menschen aus reicheren Ländern haben ein stärkeres Umweltbewusstsein als Menschen aus ärmeren Ländern (Franzen, 2024, p. 706).

In Deutschland wird das Umweltbewusstsein seit 1984 durch das sozioökonomische Panel (SOEP) jährlich abgefragt. Im Jahr 1990 gaben 61 % der Befragten an, wegen des Umweltschutzes große Sorgen zu haben. Dieser Wert ist innerhalb von 10 Jahren auf 30 % gefallen und dort schwankend stagniert. Innerhalb der letzten Jahre ist dieser Wert wieder gestiegen, und im Jahr 2019 gaben bereits 46 % der Befragten an, sich Sorgen zu machen (Franzen, 2024, p. 706).

Einige soziodemografische Merkmale hängen mit dem Umweltbewusstsein zusammen. Besonderen Einfluss haben die Variablen Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung. Das Alter wirkt sich negativ auf das Umweltbewusstsein aus. Frauen verfügen über ein ausgeprägteres Umweltbewusstsein als Männer. Am stärksten wirkt sich das Merkmal Bildung aus. Personen mit einem höheren Bildungsniveau haben ein höheres Umweltbewusstsein. Für diese Effekte gibt es eine Reihe von Erklärungen der Umweltsoziologie. Jüngere Menschen wachsen in Zeiten auf, in denen Umweltthemen mehr Aufmerksamkeit erfahren. Nachhaltigkeitsthemen werden vermehrt an Schulen und Universitäten unterrichtet. Sich mit Umweltthemen auseinanderzusetzen führt zu mehr Wissen. Dadurch steigert sich die Sensibilität und das Bewusstsein für Umweltprobleme. Bildung führt zu mehr Interesse an politischen und gesellschaftlichen Fragen. Menschen mit einem höheren Bildungsniveau konsumieren häufiger und qualitativere Nachrichten oder Zeitungen. In diesen Zeitungen und Nachrichten werden häufiger und ausführlicher Umweltthemen berichtet (Franzen, 2024, p. 707). Diese soziodemografischen Unterschiede zum Umweltbewusstsein spiegeln sich in der Soziodemografie der Umwelt- und Klimabewegungen (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 15).

Ein wesentliches Merkmal für den Umweltschutz ist der Wohlstand, den eine Nation aufweist und das Einkommen einer Person. Mit einem höheren Einkommen steigt der Konsum. Dadurch steigt der Umweltverbrauch, beziehungsweise die Umweltbelastung. Diese wird durch CO₂ Emissionen pro Kopf gemessen. Personen mit einem höheren Einkommen geben in Befragungen häufig an, ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein zu haben. Allerdings gibt es Fragen über die Zahlungsbereitschaft im Zusammenhang mit Umweltschutz. Personen, die über weniger Einkommen verfügen, sind von höheren Steuern oder Preisen mehr betroffen und geben deshalb möglicherweise andere Antworten. Bei Fragen, die nur Umweltschutzsorgen betreffen, werden derzeit keine Unterschiede bei dem Merkmal Einkommen festgestellt. Durch die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels und weitere Krisen, wie Kriege, die Inflation oder Pandemien, wird sich das Umweltbewusstsein weiter verändern (Franzen, 2024, p. 707 f.).

Das Umweltbewusstsein und das Umwelthandeln stehen in einem Zusammenhang mit der Umweltprotestbewegung. Aktivist*innen erkennen das Problem an und sind bereit, daran etwas zu verändern. Durch die Beteiligung an der Umweltbewegung handeln sie danach.

Durch Umwelt- und Klimaproteste, die seit 1970 stattfinden, entwickelte sich das Umweltbewusstsein der Bevölkerung in Deutschland und anderen Ländern (Huber, 2014, p. 567 f.). Mit der Umweltbewegung entwickelte sich zudem der Diskurs über den Klimawandel in Medien.

2.2 Soziale Bewegungen

Die Klimabewegung und die Umweltbewegung weisen einige Überschneidungen auf. In beiden Fällen handelt es sich um soziale Bewegungen.

„Unter einer sozialen Bewegung (engl. social movement) versteht man ein soziales Subjekt, das aus einer relativ großen Anzahl von Menschen besteht, die unter einer zentralen, manchmal charismatischen, Führung, aber ohne sehr feste Organisation ein gemeinsames Anliegen gegenüber der Gesamtgesellschaft oder deren politischen Einrichtungen verfolgen“ (Endruweit, 2014, p. 60).

Der Klimawandel und der Umweltschutz stehen in Verbindung zueinander. Themen, wie die Kohleverstromung und die Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima, verdeutlichen dies.

Die Umweltbewegung entwickelte sich bereits ab 1970. Die Klimabewegung begann später und entwickelte sich zwischen 1990 und 2000. Zwischen den Bewegungen gibt es einige übereinstimmende Themenschwerpunkte, Ziele, Forderungen und Vorgehensweisen. Die Klimabewegung besteht, wie auch die Umweltbewegung, aus vielen einzelnen Gruppen. Die Themen der Bewegungen gehen über klassische Umwelt- und Klimaschutzforderungen hinaus. Im Falle der Klimabewegung wird häufig der Begriff Klimagerechtigkeitsbewegung verwendet (Kössler, 2013, p. 185 ff.).

2.3 Geschichte der Umwelt- & Klimabewegung

Die Umweltbewegung ist sehr vielfältig. Sie besteht aus Aktivist*Innen, Verbänden, NGOs und vielen weiteren Akteuren aus verschiedenen Bereichen. Die Personen und Gruppierungen agieren teils auf lokaler oder regionaler Ebene, und teils auf nationaler oder internationaler Ebene (Garrelts & Dietz, 2013, p. 15). Proteste und Auflehnung sind Teil einer Demokratie. Sie repräsentieren die freie Meinungsäußerung. Umweltbewegungen nutzen verschiedene Varianten des Protests, um sich für den Erhalt der Natur und Umwelt einzusetzen. Proteste entstehen durch Unzufriedenheit und Missstände (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 1).

Anlass für umweltaktivistische Proteste sind meist, die Unzufriedenheit mit Handlungen, die die Umwelt bedrohen, oder dem Nichthandeln, und dies zu verhindern. Proteste richten sich demnach an eine Vielzahl von Gruppen. Dazu gehören Unternehmen, Regierungen auf unterschiedlichen Ebenen und die allgemeine Bevölkerung. Gegen wen sich der Protest richtet, und welche Protestform gewählt wird, unterscheidet sich über die Zeit und nach aktivistischer Gruppe (Endruweit, 2014, p. 60; Huber, 2014, p. 567 ff.).

Proteste können in Form von Demonstrationen, Streiks, Besetzungen, Sabotage Akten oder anderen Protestaktionen ablaufen (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 1). Diese Proteste können legal verlaufen, oder gegen Gesetze verstoßen.

Die Umweltprotestbewegung in Deutschland wurde im Zeitverlauf durch verschiedene inhaltliche Schwerpunkte und auslösende Faktoren beeinflusst. In den 1970er Jahren stand die Ressourcenerschöpfung, die Luft- und Gewässerverschmutzung, die Atomkraft und die Grenzen des Wachstums im Vordergrund. In den 1980ern ging es um die Themen Waldsterben, um den Umgang mit giftigen Chemikalien, das Ozonloch, die Regenwaldabholzung und den Treibhauseffekt. Außerdem hatte die Atomkatastrophe in Tschernobyl Einfluss auf die Umweltbewegung. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurde die Klimadebatte, das Thema Müllverschmutzung und Abfall, Belastungen durch den Verkehr und nachhaltiger Konsum zum Themenschwerpunkt. Nachdem 1992 der Klimagipfel in Rio stattgefunden hat, wurden regelmäßig UN Klimakonferenzen abgehalten. In den 2000er Jahren wurde besonders häufig gegen die Kohlekraft demonstriert. Seitdem haben sich die Proteste häufiger auf lokale Themen verlagert. In Deutschland in dem Ort Voelkersen wurde gegen Fracking demonstriert. In Stuttgart entstand Widerstand gegen das Bauprojekt Stuttgart 21 und die damit verbundene Rodung des Schlossparks. Der Dannenröder Forst und der Hambacher Forst wurden besetzt. Weitere Klimakonferenzen wurden abgehalten und die Bewegung *Fridays for Future* bildete sich (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 4).

Durch unterschiedliche Aktivitäten bewirkten Umweltbewegungen eine Veränderung im Umweltbewusstsein der Bevölkerung. Über einige Jahre hat sich ein Netzwerk aus Umweltgruppen gebildet. Diese Umweltgruppen agieren teilweise lokal, national oder international. Den größten Einfluss auf die Umweltpolitik in Deutschland haben Anti-Atomkraft und Anti-Kohlekraft-Bewegungen. Diese Bewegungen haben in der Vergangenheit die meiste Medienaufmerksamkeit erhalten (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 4 ff.).

Die Bewegung gegen die Atomenergie entwickelte sich in Deutschland ab 1960. Anlass für die Bewegung waren Pläne der Regierung zur Atombewaffnung. Daraufhin formierte sich ein Protest aus verschiedenen Gruppen, der zur sogenannten „Ostermarschbewegung“ wurde. Gleichzeitig wurde über die zivile Atomenergienutzung geforscht. Die Pläne zu Atomwaffen wurden schließlich verworfen und verkleinerten die Friedensbewegung (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 6). Der erste Atomreaktor startete 1960 den Betrieb. In den folgenden Jahren wurden weitere Reaktoren gebaut und in Betrieb genommen. Zunächst gab es gegen Atomkraft lediglich lokale Proteste an geplanten Standorten. Ab den 1970er Jahren weiteten sich diese Proteste zu einer größeren Bewegung aus Umweltaktivist*innen, Studierenden, Anwohner*innen und Bauer*innen aus. Durch eine hohe mediale Präsenz wurden viele weitere Protestierende mobilisiert, die mit der Bewegung sympathisierten. Während einige

Proteste friedlich verliefen, gab es an den Standorten Grohnde und Gorleben gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Aktivist*innen und der Polizei. Laut Beobachter*innen beteiligten sich besonders viele Frauen an der Bewegung. Die Erfolge der Bewegung waren zunächst gemischt. Durch die Proteste sind zwei gebaute Reaktoren nie in Betrieb genommen worden. An anderen Standorten hatten die Proteste jedoch keine Wirkung. Durch die Proteste und die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl erreichte die Anti-AKW-Bewegung schließlich ihre Ziele. Das Atomprogramm wurde beendet. Das Thema der Endlagerung oder Entsorgung der atomaren Brennstäbe und der Transport von atomaren Brennelementen waren weiterhin für die Bewegung wichtig (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 7 f.)

Die Bewegung weist einige Besonderheiten auf. Einerseits zeichnet sie sich durch ein besonders hohes Mobilisierungspotential aus. „Auffallend ist, dass die Protestbewegung im internationalen Vergleich keine charismatischen Führungsfiguren auswies“ (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 8)“ und sich der Aufklärung durch Informationen widmete.

Um die Klimaziele zu erreichen muss Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Reduzierung von Abhängigkeiten von Energieressourcen aus dem Ausland, begann die Regierung 1974 mit Subventionen für die deutsche Kohle-Industrie. Der sogenannte Kohlepfennig wurde erst 1995 durch das Bundesverfassungsgericht wieder abgeschafft. Ein Teil der Anti-AKW Bewegung, der sich viel mit Umweltschutz beschäftigte, hinterfragte in den 1980er Jahren die Kohleverstromung. Die größten Bedenken entstanden zunächst wegen des Waldsterbens, später dann wegen des Klimas. Dennoch konnte die Atomkraft aufgrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl nicht als mögliche Alternative betrachtet werden. Eine weitere Konsequenz des Kohleabbaus ist die Umsiedelung vieler Dörfer, um an die darunterliegende Kohle zu gelangen. Anwohner*innen und Umweltaktivist*innen sind dagegen durch Gerichtsklagen und Landbesetzungen, sowie die Besetzung verlassender Dörfer wie Lützerath, vorgegangen. In diesem Bereich besonders aktiv ist die Gruppe *Ende Gelände*, die sich 2015 gründete (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 8 ff.).

Aus der Umweltbewegung entwickelte sich in den Jahren nach 2000 die Klima-, beziehungsweise Klimagerechtigkeitsbewegung. Mit der Klimabewegung wurde die Klimapolitik populärer. Einige Ereignisse bestärkten die Bewegung, wie das Kyoto-Protokoll 2005, der G8 Gipfel 2007 oder die Klimakonferenz 2009 (Dietz, 2013, p. 470). Während des G8 Gipfels 2007 entstand eine Einigung der Länder, ihre jeweiligen Emissionen bis spätestens 2050 zu halbieren. Ein Teil der Klimabewegung weist kapitalismuskritische Positionen auf. Sie begründen dies, indem sie kapitalistische Strukturen als eine wesentliche Ursache des Klimawandels ansehen (Garrelts & Dietz, 2013, p. 17)

In Kopenhagen wurde 2009 eine UN-Klimakonferenz abgehalten. Die Konferenz änderte einiges für die Umwelt- und Klimabewegung. Die Ergebnisse der Konferenz enttäuschten Aktivist*innen, die aus verschiedenen Ländern für Proteste anreisten. Daraufhin zersplitterte die Bewegung. Einige Gruppen fokussierten ihre Aktionen und Forderungen auf lokale Anliegen, wie kostenfreien Personen-Nahverkehr und Themen der sozialen Gerechtigkeit, oder die Energiearmut. Andere Gruppen konzentrierten sich auf Forderungen nach einer deutlichen Reduktion klimaschädlicher Gase, beziehungsweise fossiler Brennstoffe. Besonders der Teil der Industrie, der die meisten Klimaschäden verursacht, wurde hier zum Mittelpunkt. Insbesondere der Braunkohletagebau wurde durch seine Folgen für Mensch und Umwelt zum Ziel für Proteste. Die direkten Konsequenzen sind die Zerstörung regionaler Ökosysteme und die Umsiedelung von Dorfbewohnern. Die Proteste bieten die Möglichkeit, die Anliegen medienwirksam zu vertreten. Dieser Teil der Bewegung wird „der „linken Szene“ der Klimabewegung zugeordnet“ (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 9) Im Unterschied zu früheren lokalen Bürgerinitiativen und Umweltbewegungen, die gegen den Tagebau demonstriert haben, hat diese Bewegung mehr Erfolge verzeichnen können. Seit 2010 wurden jährliche Klimacamps abgehalten und Aktionen geplant und durchgeführt, die die Kohleinfrastruktur blockierten. Ähnlich wie das naheliegende Dorf Lützerath wurde der Hambacher Forst ein Symbol der Klimabewegung (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 10).

Der Hambacher Forst wurde seit 2012 von Aktivist*innen besetzt. Der Wald wurde zu einem „Sinnbild des öko-anarchischen Protests, der darauf abzielt, den Tagebaubetrieb zu stören und den Fokus auf die im System inbegriffene Zerstörung zu richten“ (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 10). In den darauffolgenden Jahren ereigneten sich einige Protestaktionen in dem Wald. Dabei haben sich verschiedene Organisationen, Bewegungen und Bürger*inneninitiativen beteiligt. Aktivist*innen bauten in dem Wald Baumhäuser. Im Herbst 2018 versuchte die Polizei mit einem enormen Polizeiaufgebot den Wald zu räumen. Nach mehreren Wochen, in denen Aktivist*innen in den Baumhäusern, mit Sitzblockaden und anderen Aktionen protestierten, beschloss das zuständige Oberverwaltungsgericht in Münster die Räumung auszusetzen (Kaiser, 2020, p. 56). Die Besetzung des Hambacher Forsts mobilisierte besonders viele Menschen. Die Besetzer*innen und weiteren Organisationen unternahmen unterschiedliche Aktionen. Es wurden Klima Camps abgehalten, *Ende Gelände* führte verschiedene Aktionen durch und es wurden regelmäßig Walspaziergänge für Interessierte abgehalten. Bei diesen Waldspaziergängen wurden Informationen über den Hambacher Forst und die Folgen der Rodung erklärt. Diese unterschiedlichen und teilweise niedrigschwelligen Angebote zeigten eine starke Wirkung. In den Hambacher Forst reisten bis zu 60.000 Besucher*innen (Kaiser, 2020, p. 60).

Der Ort Lützerath wurde im Jahr 2020 von Aktivist*innen besetzt. Zuvor gab es bereits Jahrzehnte lang Proteste und Rechtsstreits von enteigneten Landwirt*innen um diesen und

weitere nahegelegene Dörfer. Im Oktober 2022 wurde schließlich bekannt gegeben, dass Lützerath abgebaggert wird. Im Gegenzug soll Deutschland bereits 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen und fünf weitere Dörfer sollen erhalten bleiben. Nach der Bekanntgabe intensivierten sich die Proteste in und um Lützerath. Schließlich wurde der Ort Anfang Januar 2023 geräumt. Um die Räumung gab es viele Proteste und Diskussionen. Besonders die Zustimmung und Beteiligung von Grünen Politiker*innen wurde kontrovers diskutiert. Lützerath wurde häufig nicht nur als Dorf, sondern als Symbol der Klimabewegung bezeichnet (Kuhn, 2024, p. 61 f.) Im Zusammenhang mit der Räumung wurde viel über Gewalt und Radikalität diskutiert. Die Räumung wurde in vielen Videos und Fotos festgehalten, die unter anderem in sozialen Medien verbreitet und diskutiert wurden. Die Videos zeigen „wie Polizist*innen mit massiver physischer Gewalt gegen Protestierende vorgehen, um die Räumung durchzusetzen“ (Grimm et al., 2023, p. 179). Außerdem zeigen Videos, wie einzelne Aktivist*innen Polizist*innen bewerfen. Das Video einer Aktivist*in, die als Mönch verkleidet, sich zunächst über Polizist*innen, die im Schlamm stecken bleiben, lustig macht, und schließlich einen der Polizist*innen umschubst, erregte besonders viel Aufmerksamkeit. Die Aufnahmen des Widerstandes wurden einerseits stark heroisiert und andererseits als Beweis einer angeblichen Radikalisierung der Bewegung diskutiert (Grimm et al., 2023, p. 179 f.).

2.4 In Deutschland aktive Umweltbewegungen & Gruppierungen

Derzeit sind in Deutschland verschiedene Umwelt- und Klimabewegungen aktiv. Diese Bewegungen haben unterschiedliche Strategien und Vorgehensweisen. Dem entsprechend bekommen sie unterschiedlich intensive mediale Aufmerksamkeit und folglich auch Bekanntheit. Die Bewegungen mit der größten Bekanntheit, der meisten Aufmerksamkeit und dem größten Einfluss sind *Fridays for Future*, *Ende Gelände*, *Extinction Rebellion* und die *Letzte Generation*.

2.4.1 Fridays for Future

Die Bewegung *Fridays for Future* wurde in kurzer Zeit zu einem der bekanntesten und größten Elemente des Klimaaktivismus. Was als einfacher Schulstreik von Greta Thunberg im Jahr 2018 begann, entwickelte sich schnell zu einer globalen Bewegung (Walzenbach & Meyer, 2025, p. 257). Eine einzelne Person, besonders eine 15-jährige Schülerin, als Impuls für eine Bewegung ist selten. Kurz nachdem Thunbergs Proteste von Medien thematisiert wurden, nahmen immer mehr Schüler*innen in unterschiedlichen Ländern an dem Protest teil. Dabei formierte sich die Bewegung *Fridays for Future*. Bereits im März 2019 fand ein weltweiter Klimastreik von Schüler*innen und weiteren Aktivist*innen aus 133 Ländern mit mehr als 2,28 Mio. Teilnehmer*innen statt (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 13).

Die meisten Aktivist*innen von *Fridays for Future* waren zu Beginn unter 20 Jahre alt. Im Verlauf der Zeit beteiligten sich immer mehr Erwachsene an dem Protest. Junge Erwachsene nehmen den Klimawandel signifikant höher als Bedrohung wahr. Diese Bedrohungswahrnehmung wird häufig mit den Emotionen Angst, Frust, Wut und Zukunftssorgen wegen des Klimawandels genannt. Die Aktivist*innen von *Fridays for Future* sind, besonders zu Beginn der Proteste, mit einem Anteil von über 65 % mehrheitlich weiblich und weisen durchschnittlich eine höhere Bildung auf. Bei den folgenden Protesten steigerten sich Teilnehmerzahlen und weitere unterstützende Gruppen formierten sich. Diese Gruppen sind unter anderem *Parents for Future*, *Scientists for Future*, *Psychologists for Future* und viele weitere (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 16). Aktivist*innen von *Fridays for Future* wurden in Zeitungen zunächst häufig als „Schulschwänzer*innen“ bezeichnet. Bereits 2019 änderten einige Journalist*innen die Bezeichnung und verwendeten stattdessen den Begriff Aktivist*innen. Zu diesem Zeitpunkt wurde von *Fridays for Future* als Bewegung berichtet und nicht mehr nur von einzelnen Personen. Dies verdeutlicht die einhergehende Entwicklung und Wahrnehmungsveränderung (Gallinat, 2022, p. 95 ff.).

Die Bewegung fordert international die Einhaltung der Pariser Klimaziele von 2015. Dennoch haben die Aktivist*innen aus den einzelnen Ländern nochmals gesondert Forderungen an die jeweiligen Länder formuliert. In Deutschland fordert die Bewegung unter anderem Klimaneutralität bis 2035, den Kohleausstieg bereits 2030, 100 % Erneuerbare Energien bis 2035, die sofortige Beendigung von Subventionen für fossile Energieträger, direktes Abschalten von ¼ der deutschen Kohlekraftwerke und eine CO²-Steuer von 180 € pro Tonne an Treibhausgasemissionen. Nachdem die Forderungen veröffentlicht wurden, entwickelte sich eine Debatte über die Umsetzbarkeit und Radikalität der Forderungen. Deshalb wurde das Wuppertal Institut mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Das Institut bestätigte die mögliche technische Umsetzung (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 18).

Die Bewegung zeichnet sich durch eine wissenschaftlich fundierte Argumentation, die Unterstützung durch etablierte Umweltorganisationen und durch bewusste öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzungen aus. Aktivist*innen sind häufig im Gespräch mit Journalist*innen von Zeitungen, Politiker*innen und als Teilnehmer*innen in Fernsehdebatten (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 28). Ein weiterer Beleg für den Einfluss der Bewegung ist ein juristischer Erfolg. Aktivist*innen von *Fridays for Future* verklagten die deutsche Regierung aufgrund von unzureichenden Klimaschutzgesetzen und gewannen vor dem Bundesverfassungsgericht (Reuter, 2023, p. 169).

2.4.2 Ende Gelände

Die Bewegung *Ende Gelände* bildete sich 2013. Wie dem Namen der Bewegung zu entnehmen ist, fordert die Bewegung das Ende des Kohleabbaus und der Kohleverstromung. Bei Protesten 2015 und 2016 besetzten Aktivist*innen von *Ende Gelände* Kohlegruben und Bahnstrecken. Daraufhin wurden die betroffenen Kohlekraftwerke vorübergehend abgeschaltet oder gingen in den Notbetrieb. Auf regionaler Ebene wurden durch Proteste von 35 geplanten Kohlekraftwerken 19 verhindert. Dennoch war der Einfluss von Kohlekraft-Befürworter*innen auf der Bundesebene immer noch ausgeprägt. Einerseits hat sich Deutschland 2015 im Pariser Klimaabkommen verpflichtet, bestimmte Klimaziele zu erreichen und dafür ist ein frühzeitiger Ausstieg aus der Kohleverstromung notwendig. Andererseits wurde die Kohlekraft staatlich gefördert und unterstützt durch eine einflussreiche Gruppe von Lobbyisten. Diese Widersprüche in öffentlichen und politischen Debatten unterstützten die Bildung der Bewegung *Ende Gelände* (Boscheinen & Bortfeldt, 2021, p. 9 ff.).

Im August 2015 besetzten mehr als 1000 Aktivist*innen den Tagebau Garzweiler II und brachten ihn zum Stillstand. Daraufhin besetzten 2016 im Frühjahr über 4000 Aktivist*innen den Tagebau in der Lausitz und Versorgungsgleise, woraufhin das Kraftwerk in den Notbetrieb ging (Sander, 2017, p. 26 ff.). Ein wesentliches Ziel der Bewegung ist, mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Die Protestaktionen schafften es sowohl in deutsche Medien, als auch in internationale Medien. Bei den Protesten von 2016 sind etwa 1000 Aktivist*innen aus anderen europäischen Ländern für den Protest angereist (Bosse, 2017, p. 88 ff.).

Ende Gelände ruft ausdrücklich zu zivilem Ungehorsam auf. Die Aktionen richten sich hauptsächlich gegen die Kohleindustrie und ebenfalls für Klimagerechtigkeit. Die Bewegung erklärt „Klimaschutz selber in die Hand nehmen zu müssen“ (Ruser, 2020, p. 809). Zudem positionieren sich die Aktivist*innen von *Ende Gelände* als feministisch, antikapitalistisch, antirassistisch, gegen Antisemitismus und als antifaschistisch. Die Bewegung gilt als vergleichsweise radikaler als andere Gruppen. Ihre Forderungen nach Klimagerechtigkeit als Teil sozialer Gerechtigkeit sind verbunden mit der Forderung nach einem umfassenden sozial-ökologischen Wandel. Sie „stellen sowohl die Legitimität kapitalistischer (Energie-)Produktion als auch die Effektivität demokratischer Beteiligungsformen in Frage“ (Ruser, 2020, p. 812).

2.4.3 Extinction Rebellion XR

Die Bewegung *Extinction Rebellion* wurde im Frühjahr 2018 in Großbritannien gegründet. Seitdem hat sie sich international ausgeweitet. Bereits 2020 gab es 1138 aktive Gruppen in 70 verschiedenen Ländern. Aktivist*innen von *Extinction Rebellion* protestieren mit

gewaltfreien Aktionen von zivilem Ungehorsam. Die Bewegung beschreibt sich selbst als dezentral organisierte, politisch überparteiliche und internationale Bewegung, die mit ihren Aktionen das Handeln von Regierungen beeinflussen möchte (Fotaki & Foroughi, 2022, p. 229 f.). Sie fordern Regierungen dazu auf, den Klimanotstand auszurufen. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams rechtfertigen sie mit der Argumentation, der Staat gefährde die Existenz und das Leben von Bürger*innen. Dadurch seien sie zu Aktionen des zivilen Ungehorsams gezwungen (Manemann, 2020, p. 832).

Eine weitere zentrale Forderung von *Extinction Rebellion* ist die Forderung nach mehr Beteiligungsrechten von Bürger*innen. Sie fordern Bürger*innen-versammlungen für Entscheidungen nationaler Ebene und Einwohner*innen-versammlungen für die kommunale Ebene. Die Teilnehmer*innen sollen für eine demografische Repräsentation der Bürger*innen zufällig ausgewählt werden. Das Ziel der Versammlungen ist es, Empfehlungen abzugeben, wie Maßnahmen zum Klimanotstand umgesetzt werden könnten (Extinction Rebellion Hannover, 2019, p. 15).

Extinction Rebellion organisiert sich nach eigenen Angaben ohne Hierarchien. Es wird ausdrücklich keine Anführer*in der Bewegung genannt. Die Namen von Gründungsmitgliedern werden auf der Website nicht als Führungskräfte angegeben, sondern nur im Zusammenhang mit der Idee der Bewegung. Entscheidungen werden laut der Gruppe transparent und dezentral getroffen, um die Autorität möglichst weit zu teilen und Machtstrukturen entgegenzuwirken (Fotaki & Foroughi, 2022, p. 229 f.).

2.4.4 Letzte Generation

Die Umweltbewegung *Letzte Generation* bildete sich im Jahr 2021 und wurde durch eine Vielzahl an Aktionen bereits Anfang des Jahres 2022 sehr bekannt. Die Bewegung erregt durch ihr Vorgehen besonders viel Aufmerksamkeit (Walzenbach & Meyer, 2025, p. 258). Aktivist*innen der *Letzten Generation* traten unter anderem in den Hungerstreik, führten Straßenblockaden durch, bei denen Aktivist*innen sich mit Sekundenkleber auf Straßen festklebten, oder warfen Flüssigkeiten und Lebensmittel auf Kunstwerke in Museen. Diese Aktionen sind mit Forderungen verbunden. Bei dem Hungerstreik wurde ein Gespräch mit Politiker*innen gefordert. Zudem fordern die Aktivist*innen das ÖPNV Ticket für 9 € und ein Tempolimit für deutsche Autobahnen von 100 km/h (Reuter, 2023, p. 166).

Um das Handeln der Bewegung, und inwiefern es sich dabei um ein gewaltfreies oder gewaltsames Vorgehen handelt, wird besonders kontrovers diskutiert. Walzenbach und Meyer kommen zu dem Schluss

„die Bewegung [kann] zwar als disruptiv bezeichnet werden, unklar ist aber, inwieweit sie als gewaltsam oder gewaltfrei einzustufen ist. Das hängt insbesondere mit unterschiedlichen Definitionen gewaltsamen Protests zusammen“ (Walzenbach & Meyer, 2025, p. 258)

Gegen die Aktionen und Aktivist*innen der Bewegung ist die deutsche Justiz bereits auf unterschiedliche Art vorgegangen. Es wurden Straßenblockaden aufgelöst und verboten, Personen von Straßen gelöst, Aktivist*innen festgesetzt wegen angekündigter Proteste und in einigen Fällen mit verschiedenen Anklagen vor Gericht gestellt. Einige Maßnahmen der Justiz sind allerdings umstritten. So wurde gegen Aktivist*innen von der Polizei der sogenannte Schmerzgriff angewandt. Aktivist*innen wurden in Präventivgewahrsam genommen, teilweise bis zu einem Monat, und gegen die *Letzte Generation* wird ermittelt aufgrund des Verdachts, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben (Moini, 2023, p. 41 ff.).

2.4.5 Besondere Merkmale der Umwelt- & Klimabewegung

Das wesentliche Ziel der Umwelt- und Klimabewegung ist die Bekämpfung von Umwelt- und Klimaschäden, beziehungsweise dem Klimawandel. Zusätzlich setzen sich die Bewegungen für das Konzept der Umweltgerechtigkeit und für soziale Gerechtigkeit ein. Die geforderte soziale Gerechtigkeit umfasst viele Dimensionen.

Anfangs wurde in der Umweltbewegung die Ansicht vertreten, die Umweltbelastungen würden alle Menschen in gleichem Ausmaß betreffen. Dass einzelne Bevölkerungsgruppen mehr von den Umweltbelastungen betroffen sind, wurde nicht oder nur wenig beachtet. Die Umweltbewegung bestand zudem mehrheitlich aus Menschen mit einem höheren Einkommen und höherer Bildung. In den 1980er Jahren beteiligten sich dann zunehmend ethnische Minderheiten und thematisierten die Auswirkungen von Umweltbelastungen, von denen sie besonders häufig betroffen sind (Preisendörfer, 2014, p. 26).

Trotz der Fortschritte wird die Umwelt- und Klimabewegung weiterhin kritisiert, mehrheitlich hoch gebildet, weiß und elitär zu sein und die Bedeutung dessen nicht ausreichend zu hinterfragen. Zwischen der Umwelt, sozialer Ungleichheit und Rassismus bestehen enge Verknüpfungen. Durch Intersektionale Analysen von Auswirkungen des Klimawandels werden Unterschiede in der Betroffenheit sichtbar. Die Kategorien Race, Geschlecht, Körper und Klasse haben einen Einfluss darauf, in welchem Ausmaß Menschen von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Insbesondere wenn Menschen durch mehrere Kategorien letztendlich mehrfach diskriminiert werden (Anderson, 2021, p. 64 ff.).

„Intersektionale Analysen von race, gender und class bringen zum Vorschein, inwiefern Weißsein als Norm festgesetzt wird und somit eine Farbenblindheit gegenüber den Realitäten und der Unterdrückung nicht-weißer Menschen hervorruft – auch in der Klimabewegung“ (Anderson, 2021, p. 67).

In der Berichterstattung über Klimaaktivist*innen wurden mehrfach People of Color aus Bildern herausgeschnitten und deren Beiträge in den Medienberichten nicht erwähnt. Dadurch entsteht der Eindruck, der Protest sei ausschließlich von weißen Aktivist*innen (Anderson, 2021, p. 67).

Die meisten derzeit aktiven und großen Umwelt- und Klimabewegungen haben sich in den letzten Jahren begründet und innerhalb kurzer Zeit viele Aktivist*innen motiviert, sich an unterschiedlichen Aktionen und Protestformen zu beteiligen und der Bewegung anzuschließen.

Auch wenn jede der Bewegungen eigene und spezifische Aktionen und Proteste durchführt, gibt es regelmäßige Demonstrationen, bei denen jede der Bewegungen vertreten ist.

Die Bewegungen haben eigene Logos und weitere typische Erkennungszeichen. *Ende Gelände* verwendet für Besetzungen von Kohlegruben und weitere Orte weiße Maleranzüge. Aktivist*innen der *Letzten Generation* tragen bei Straßenblockaden orangene Warnwesten. Die Gruppen argumentieren alle auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ihre Forderungen und Apelle richten sie hauptsächlich an Regierungen und die Industrie. Diese sind einerseits in der Machtposition, um Veränderungen herbeizuführen und im Falle der Industrie diejenigen, die einen Großteil der klimaschädlichen Emissionen verursachen.

Im Zusammenhang mit Umweltaktivismus wird häufig über die Radikalität der Bewegungen gesprochen. Der Begriff „radikal“ kann positiv besetzt gründliches Vorgehen bedeuten, aber auch negativ besetzt sein und kompromisslos, extrem eingestellt oder rücksichtslos bedeuten (Ruser, 2020, p. 805 f.). Die jeweilige Bedeutung wird im Kontext der Aussage vermittelt.

Umweltbewegungen können einerseits radikale Forderungen stellen und andererseits radikale Handlungen, beispielsweise in Form von Protestaktionen, ausüben.

Jede Umwelt- oder Klimabewegung stellt Forderungen. Sie fordern effektive Maßnahmen gegen den Klimawandel. Die übergeordneten Ziele der Forderungen stimmen meist überein. Beispielsweise fordern sie die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens von 2015. Welche weiteren konkreten Maßnahmen gefordert werden, ist von Bewegung zu Bewegung unterschiedlich.

Fridays for Future stellt keine radikalen Forderungen. Sie fordern, wissenschaftliche Erkenntnisse zu beachten. *Ende Gelände* geht in seinen Forderungen weiter. Aktivist*innen der Bewegungen „stellen sowohl die Legitimität kapitalistischer (Energie-) Produktion als auch die Effektivität demokratischer Beteiligungsformen in Frage“ (Ruser, 2020, p. 812).

Gegen einzelne Bewegungen wird von deutschen Behörden juristisch vorgegangen. Bei einer Protestaktion oder Demonstration kommen Polizei und Sicherheitskräfte zum Einsatz. Besonders im Fall von Hausfriedensbruch, Blockaden oder nicht angemeldeten Protesten werden daraufhin juristische Verfahren eingeleitet.

Gegen die Bewegungen *Ende Gelände* und *Letzte Generation* werden umfangreichere Ermittlungen geführt. *Ende Gelände* wird vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz als linksextremistisch bewertet und deshalb beobachtet. Im Falle von der *Letzten Generation* gehen die Behörden unterschiedlich vor. Im November 2022 bewertete der Bundesverfassungsschutz-Präsident die Bewegung als nicht extremistisch und sah keinen Grund für eine behördliche Beobachtung. Als Begründung gab er an, Aktivist*innen würden zwar Straftaten begehen, aber da diese nicht gegen die demokratische freiheitliche Grundordnung verstießen, sei dies kein Fall für den Verfassungsschutz (Goertz, 2023, p. 417 ff.). Die Münchener Generalstaatsanwaltschaft bewertet den Fall anders. Sie ermittelt gegen die *Letzte Generation* mit dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Als Begründung gab die Staatsanwaltschaft an, die Bewegung sei zu dem Zweck gegründet worden, erhebliche Straftaten zu begehen. Deshalb wurden Überwachungen und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Neben der Sperrung von Konten wurde die Website gesperrt und es wurden Telefone abgehört (Moini, 2023, p. 44 ff.).

2.5 Ziviler Ungehorsam

Zusammenhängend mit Umwelt- und Klimaaktivist*innen fällt häufig der Begriff ziviler Ungehorsam. In Debatten wird meist über die Legalität und Legitimität des zivilen Ungehorsams diskutiert.

„Ziviler Ungehorsam ist die absichtliche Nichtbefolgung rechtlicher Normen, um politisch-moralisch begründetem Protest gegen einzelne staatliche Gesetze oder Maßnahmen Nachdruck zu verleihen; dabei muss sich der Regelverstoß nicht gegen das Gesetz richten, gegen das protestiert werden soll.“ (Reuter, 2023, p. 166)

Jede derzeit aktiv klimaaktivistische Bewegung hat eigene typische Vorgehensweisen, die gegen Gesetze verstoßen. Schüler*innen von *Fridays for Future* verstoßen gegen die gesetzliche Schulpflicht. Aktivist*innen von *Extinction Rebellion* bedienen sich häufiger

unterschiedlicher Blockadeproteste. *Ende Gelände* protestiert mit Besetzungen von Kohlegruben, Bahngleisen und ähnlichem. Die *Letze Generation* hat im Jahr 2022 allein in Deutschland über 1000 Straßenblockaden durchgeführt, bei denen sich Aktivist*innen auf Straßen klebten (Reuter, 2023, p. 165 f.). Diese Aktionen lösten in der Politik und im Rechtssystem verschiedene Reaktionen aus. Neben den rechtlichen Aspekten der Aktionen werden einige moralische Aspekte diskutiert.

Ziviler Ungehorsam hat eine lange Tradition. In den Vereinigten Staaten wurde er während der Bürgerrechtsbewegung und bei Vietnamkriegsprotesten angewendet. In der Literatur wird das Konzept des zivilen Ungehorsams häufig in Verbindung mit dem Philosophen John Rawls und dem Soziologen Habermas genannt (Demmelbauer, 2023, p. 187 f.).

Ziviler Ungehorsam kann in demokratischen Rechtsstaaten ausgeübt werden, wenn eindeutige Ungerechtigkeiten, wie die Verletzung von Chancengleichheit oder Freiheitsrechten bestehen. Protestierende müssen über politische Gerechtigkeitsvorstellungen verfügen. Illegale Proteste können gerechtfertigt sein, wenn Apelle gegen schwere Ungerechtigkeiten über einen längeren Zeitraum keine Wirkung zeigten. Die politische Ordnung darf nicht durch andere Gruppen gefährdet werden, die sich mit einem anderen Ziel zu Gesetzesbrüchen berechtigt sehen. Aktionen müssen, um erfolgreich zu sein, kommunikative Funktionen aufweisen. Somit dürfen Protestaktionen des zivilen Ungehorsams nur symbolische, öffentliche und gewaltlose Akte darstellen. Des weiteren müssen Aktivist*innen die für die Aktionen vorgesehen Sanktionen hinnehmen (Reuter, 2023, p. 167).

Aktionen des zivilen Ungehorsams können sich in ihrer Ausführung einerseits direkt gegen das Gesetz oder den Sachverhalt richten. Die Bürgerrechtlerin Rosa Parks weigerte sich 1955, von ihrem Platz im Bus aufzustehen, der laut Gesetz nur für weiße Bürger*innen reserviert war. Im Iran protestieren Frauen gegen die Kopftuchpflicht, indem sie sich weigern, es zu tragen. In diesen Beispielen wird gegen das Gesetz protestiert, indem absichtlich dagegen verstoßen wird. Andererseits können Aktionen ohne einen direkten Themenbezug durchgeführt werden. Als Kriegsprotest verweigerte Muhammad Ali 1966 den Wehrdienst. Auch bei der Verletzung der Schulpflicht bei *Fridays for Future* Protesten besteht kein direkter Zusammenhang mit dem Protestthema Klimawandel (Moini, 2023, p. 41).

Ein Staat kann auf verschiedene Arten auf den Protest reagieren. Der Protest kann unterbunden, beendet oder geduldet werden. Im Falle von Klimaaktivist*innen können beispielsweise im Vorhinein Platzverbote erteilt werden, in Abhängigkeit des Bundeslands können Aktivist*innen präventiv in Gewahrsam genommen werden. Bei Protesten können zur Auflösung Verhandlungen zwischen Aktivist*innen und der Polizei geführt werden, die Aktivist*innen können weggetragen werden oder es können sogenannte Schmerzgriffe

eingesetzt werden. Auch die mögliche anschließende Strafverfolgung kann unterschiedlich durchgeführt werden. Die Möglichkeiten reichen von Verwarnungen, über Geldstrafen bis hin zu Freiheitsstrafen. Derzeit unterscheidet sich die Strafverfolgung durch unterschiedliche Gesetze in den einzelnen Bundesländern und durch unterschiedliche Auffassungen der Beteiligten sehr (Moini, 2023, p. 43).

„Anders als der zivile Ungehorsam selbst sind alle genannten Reaktionen zwar legal, aber nicht jede (legale) Reaktion des Staates ist legitim.“ (Moini, 2023, p. 43)

Diskutiert wird sowohl die Legitimität des zivilen Ungehorsams, als auch die der staatlichen Reaktionen darauf. Die Bewertungen von unterschiedlichen Personen, inwieweit die Legitimität gegeben ist, gehen weit auseinander.

Klimaaktivist*innen begründen die Legitimität der Proteste durch verschiedene Argumente. Derzeit werden nach wissenschaftlichen Erkenntnissen von Politiker*innen keine ausreichenden Maßnahmen gegen den Klimawandel unternommen. Dadurch bestehen globale Ungerechtigkeiten. Fundamentale Menschenrechte werden bedroht. Dies gilt insbesondere für Menschen aus ärmeren Ländern, die zudem weniger zum Klimawandel beigetragen haben. Zudem werden die Rechte künftiger Generationen vernachlässigt (Reuter, 2023, p. 168).

Aktivist*innen von *Extinktion Rebellion* rechtfertigen die Proteste mit dem Argument,

„Ziviler Ungehorsam ist ein symbolischer Akt, der moralisch legitimiert ist. Er stellt nicht die Rechtsordnung als Ganze in Frage. Im Gegenteil. Er steht für die Einhaltung derselben durch einen partikularen gesetzlichen Regelbruch ein. (Manemann, 2020, p. 832)“

Die juristischen Bewertungen von Personen aus dem Rechtssystem unterscheiden sich stark voneinander.

Mit den unterschiedlichen Protesten gehen verschiedene Gesetzesbrüche einher. Diese sind unterschiedlich schwerwiegend. Die Vorwürfe und Anklagen reichen von der Verletzung der Schulflicht, über Hausfriedensbruch, Nötigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bis zum Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ im Falle der *Letzten Generation* (Kiesewetter, 2022, p. 77 f.).

Für die Blockade von Straßen wurden Aktivist*innen von einem Berliner Gericht zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt. Der Straftatbestand lautete Nötigung. In einem vergleichbaren Fall wurde eine andere Aktivist*in freigesprochen. In einem weiteren Verfahren im Jahr 2022 wurde die Strafverfolgung von der zuständige*n Richter*in eingestellt, mit der ausdrücklichen Begründung, die Klimakrise und die unzureichenden politischen Maßnahmen würden den Protest rechtfertigen. Deshalb seien die Handlungen nicht verwerflich. Eine weitere Richter*in

aus Flensburg argumentierte, Hausfriedensbruch könne durch Klimaaktivismus gerechtfertigt werden. Im April 2023 wurden Aktivist*innen von einem weiteren Gericht zu Haftstrafen von bis zu 5 Monaten verurteilt (Goertz, 2023, p. 470 f.).

Aktivist*innen werden in den einzelnen Fällen für dieselben Protestaktionen mit unterschiedlichen Sanktionen belegt. Einzelne Richter*innen und Staatsanwält*innen bewerten die Proteste des zivilen Ungehorsams im Zusammenhang mit der Klimakrise als legitim. Andere sehen diese Legitimität nicht gegeben und verhängen Strafen in unterschiedlichem Ausmaß. Diese Uneinigkeit wird in politischen, journalistischen und gesellschaftlichen Debatten fortgeführt.

Verschiedene Akteur*innen werfen einzelnen Aktivist*innen, Bewegungen bis hin zur gesamten Klimabewegung, Extremismus und Radikalität vor. Aktivist*innen argumentieren entgegengesetzt. Ein Aktivist von *Ende Gelände* erklärt, nicht die Klimabewegung sei extremistisch, sondern die Politik. Als Beispiel führt er an, dass die Regierung während des Klimanotstands weiterhin Gaskraftwerke baut (Goertz, 2023, p. 473). Die Klimaaktivistin Greta Thunberg argumentierte ähnlich. In einem Interview fragte sie, warum man sich so sehr über Straßensitzblockaden aufrege, aber nicht über Umweltkatastrophenopfer und deren Leid. Zur Gewaltbereitschaft von Aktivist*innen befragt, entgegnete Thunberg, Medien würden Unternehmen kaum nach der, durch deren Emissionen verursachten, Gewalt fragen (Grimm et al., 2023, p. 180).

2.6 Umweltgerechtigkeit

Die Umwelt- und Klimabewegung fordert neben Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels Umweltgerechtigkeit.

Für die Klima- beziehungsweise Umweltgerechtigkeit gibt es keine einheitliche Definition. Bereits für sich genommen stehen hinter den Begriffen Gerechtigkeit und Umwelt vielfältig diskutierte und sehr komplexe Konzepte. Versuche einer genaueren Definition wurden unter anderem von Behörden, Rechtswissenschaftlern und dem *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* unternommen. Dabei werden unterschiedliche Ungleichheitsdimensionen einbezogen. Übereinstimmungen gibt es in den folgenden Punkten. Umwelt- beziehungsweise Klimagerechtigkeit ist verbunden mit sozialer Gerechtigkeit. Die Verteilungsgerechtigkeit bedeutet eine ungleiche Verteilung positiver und negativer Umwelteigenschaften. Positive Umwelteigenschaften sind unter anderem Wälder, negative Umwelteigenschaften beinhalten Luft- oder Wasserverschmutzungen. Verfahrensgerechtigkeit bedeutet die Möglichkeit der Teilhabe an politischen Entscheidungen, die die Umwelt betreffen. Im Falle von Umweltverschmutzungen, Schädigungen und

Verletzungen haben Personen oder Gemeinschaften teilweise die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen und Entschädigungen zu fordern. Dabei handelt es sich um die sogenannte Ausgleichende Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist noch einmal umfangreicher. Im Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit bestehen einige Ungleichheits- und Problemzusammenhänge. Menschen sind sozialstrukturell unterschiedlich von Umweltrisiken betroffen. Diese Umweltrisiken können sich auf die Wohnsituation, die Schule und die Arbeitssituation von Menschen auswirken (Otto, 2024, p. 612 ff.).

Die Themen Umweltgerechtigkeit, Umweltfragen und soziale Gerechtigkeit, besonders im Zusammenhang mit CO₂ Emissionen, werden seit der UN-Klimakonferenz in Rio im Jahr 1992 international diskutiert und von verschiedenen sozialen Bewegungen thematisiert (Tittor, 2020, p. 389).

Diese Gerechtigkeitsdimensionen sind lokal, national und international anwendbar. Indigene Völker werden von multinationalen Unternehmen ausgebeutet. Umwelteinflüsse belasten innerhalb eines Landes oder innerhalb einer Kommune die Menschen in unterschiedlichem Ausmaß. Bei Untersuchungen über die ökonomischen, psychologischen und sozialen Auswirkungen von dem Standort umweltschädlicher Anlagen wie Chemiefabriken oder Mülldeponien wurde in den USA festgestellt, dass afroamerikanische Gemeinden überproportional betroffen sind (Otto, 2024, p. 614). Der Begriff Umweltgerechtigkeit wurde das erste Mal von afroamerikanischen Bürgerrechtsaktivist*innen in den USA verwendet. Laut Studienergebnissen lebten 60 % aller Afroamerikaner*innen in Orten oder Städten mit mindestens einer Giftmülldeponie. In der texanischen Stadt Houston lagen in einem Zeitraum von 1920 bis 1970 alle Mülldeponien in Stadtteilen, in denen hauptsächlich Afroamerikaner*innen lebten. Im Zusammenhang mit Protesten um diese ungleiche Verteilung der Umweltgifte wurde neben dem Begriff *environmental justice* auch von *environmental racism* gesprochen (Hein & Klepp, 2025, p. 450).

Aktuelle Forschungen aus Städten in Deutschland zeigen, dass Bevölkerungsgruppen, die sozial schwächer sind, in Gebieten mit einer höheren Feinstaubbelastung, einer erhöhten Lärmbelastung, weniger Grünflächen und heißeren Temperaturen leben (Tittor, 2020, p. 390).

Das Thema Umweltgerechtigkeit wird derzeit in einigen weiteren Forschungsarbeiten untersucht. Dabei werden Ungleichheitsdimensionen differenziert und erweitert. Themen wie geschlechterspezifische Unterschiede, die sexuelle Identität, generationale Ungleichheit und Personen mit Behinderungen werden in den Untersuchungen berücksichtigt. Ein besonderes Interesse liegt auf der Untersuchung von mehreren Ungleichheitskategorien und wie sie sich auf die Entwicklung, Veränderung und Aufrechterhaltung von Umweltgerechtigkeit auswirken. Durch die Forschung kann ein besseres Verständnis von Verteilungskonflikten von Umwelteigenschaften geschaffen werden (Otto, 2024, p. 616).

2.7 Medien, Diskurse & Wissenschaft

Zwischen Diskursen über wissenschaftliche Forschung zum Klimawandel, Umwelt- und Klimaaktivismus, den Diskursen über diese, dem Umweltbewusstsein der Gesellschaft und dem Umwelthandeln bestehen komplexe wechselseitige Verbindungen.

Medien, Politik und die wissenschaftliche Forschung stehen in einem besonderen Verhältnis.

„Was ist ein Wissenschaftler? Wann wird Wissenschaft politisch, und ist sie dann noch Wissenschaft? Diese Fragen beschäftigt alle Wissenschaften, die den Klimawandel erforschen. (Tereick, 2016, p. 110)“

Wissenschaftliche Erkenntnisse werden über Massenmedien verbreitet. Durch die mediale Berichterstattung erfahren Menschen die Risiken, Ursachen und Konsequenzen des Klimawandels. Medien nehmen dabei die Rolle von Übersetzern oder Multiplikatoren ein. Die Berichterstattung der Medien unterliegt allerdings der Medienlogik. Berichte werden in dem Stil und der Sprache der Medien formuliert (Tereick, 2016, p. 110 f.).

Um zwischen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit eine Verbindung herzustellen wurde 1988 das *Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC* gegründet. Das *IPCC* wird auch Weltklimarat genannt. Es hat die Aufgabe, den Forschungsstand der Klimaforschung, die Folgen und mögliche Handlungsoptionen in einem Bericht zu erarbeiten (Müller, 2013, p. 54).

Die Forschung zum Klimawandel ist interdisziplinär. Neben der naturwissenschaftlichen Forschung beschäftigen sich auch Geistes- und Sozialwissenschaften mit der Klimaforschung. Die Ökolinquistik beschäftigt sich mit der Sprache im Kontext des Zusammenlebens von Tieren, Menschen und Pflanzen. Untersucht wird der vorherrschende Sprachgebrauch. Durch die Erforschung der Sprache und deren Auswirkungen kann eine Veränderung bewirkt werden (Tereick, 2016, p. 113).

Trotz enormer wissenschaftlicher Entwicklungen in naturwissenschaftlichen, technischen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Forschungen besteht zwischen der Wissenschaft und der Gesellschaft ein angespanntes Verhältnis. Wissenschaftler*innen und Wissenschaftskommunikatoren werden teilweise skeptisch oder feindlich behandelt. Ein Beispiel hierfür ist die Corona-Pandemie oder das Thema des Klimawandels. Das wissenschaftliche Wirken und die öffentliche Wahrnehmung weisen eine Diskrepanz auf. Für wissenschaftliche Forschung ist die gesellschaftliche Unterstützung wichtig. Die meisten Gelder für die Forschung stammen aus öffentlichen Quellen. Hierfür braucht es einen gesellschaftlichen und politischen Konsens (Kosak et al., 2023, p. 11 ff.).

Der Klimawandeldiskurs begann bereits im 19. Jahrhundert. Damals wurde erstmals diskutiert, wie der Mensch die Natur beeinflusst. Diese Diskussion entstand zeitgleich mit den Anfängen der Umweltbewegung um 1970. Die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl im Jahre 1986 hatte einen Einfluss auf den politischen Diskurs über den Klimawandel. Durch den Vorfall entstand ein relativer politischer Konsens in parlamentarischen Debatten des Bundestags über die Ursachen und Konsequenzen des Klimawandels. Das Thema wurde als reale Bedrohung, die politisches Handeln benötigt, wahrgenommen. In der Klimawandeldebatte wurden andere Umweltthemen mit einbezogen. Allerdings löste sich der politische Konsens zum Klimawandel kurz vor dem Jahr 2000 bereits auf. Immer häufiger wurden Berichte veröffentlicht, die sowohl dem Klimawandel, als auch dem menschlichen Einfluss widersprechen. Der Anteil an Beiträgen in der Berichterstattung, die dem menschengemachten Klimawandel widersprechen war zwar gering, aber hatte dennoch eine Wirkung (Tereick, 2016, p. 116 f.).

Die Kommunikationswissenschaft beschäftigt sich häufig mit dem Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit, und Wissenschaft. Einige Beiträge behandeln speziell das Thema der Wissenschaftskommunikation.

Forschende können im Zusammenhang mit ihren Forschungsaufgaben in einen Widerspruch gelangen. Einerseits haben sie die Forschungsrolle inne, andererseits sollen sie die Forschung der Öffentlichkeit nahebringen und müssten daher Experten für Medien sein.

Medien hingegen agieren nicht als Übersetzer oder Kommunikator für Wissenschaftliche Studien, sondern nehmen am Diskurs über das Thema teil. Zudem werden methodische Zweifel in der wissenschaftlichen Forschung von Medien häufig fehlinterpretiert. Häufig sind die Themen zu komplex um kurz und einfach wiedergegeben zu werden. Das vornehmliche Ziel der Medien ist maximale Aufmerksamkeit. Durch diese Unterschiede kommt es häufig zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen zwischen Medien und Forschenden. Dennoch gelten wissenschaftliche Forschungsergebnisse als wichtigste und am besten bewertete Quelle für Medien (Tereick, 2016, p. 118 ff.).

3 Theoretische Grundlagen

3.1 Netzwerkanalyse

Die Netzwerkanalyse ist eine sehr vielseitige Methode, die von verschiedenen Sozialwissenschaften verwendet wird. In den vergangenen Jahren hat die Methode einen starken Aufschwung erfahren (Häußling & Stegbauer, 2010a, p. 13). Durch die Netzwerkforschung werden Beziehungen und Beziehungsgefüge untersucht. Dabei können soziale Zusammenhänge festgestellt und analysiert werden, die bei anderen Forschungsansätzen verborgen bleiben.

„Wenn man nicht nur fragt, wie Merkmale verteilt sind, sondern wissen möchte, was die Ursachen dieser Verteilung ist, wenn man danach fragt, wie die soziale Struktur, die für unser Verhalten ausschlaggebend ist, zustande gekommen ist und welche Bedeutung diese hat, kommt man um die Netzwerkforschung nicht herum.“ (Häußling & Stegbauer, 2010a, p. 13)

In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird häufig mit Befragungen gearbeitet. Dabei wird eine Zufallsstichprobe gezogen, die dann genauer untersucht und befragt wird. Dadurch werden Individuen meist ohne den sozialen Kontext untersucht. Die Befragten innerhalb der Studie interagieren in der Regel nicht miteinander. Dadurch wird zwar das Verhalten der Individuen und bestimmte Merkmale festgehalten. Um das Verhalten besser zu verstehen, müssen die Netzwerke, in denen sich die Menschen bewegen, in die Untersuchung miteinbezogen werden (Raab, 2010, p. 29 f.).

Die Netzwerkanalyse schafft eine Verbindung bei der Analyse von Makro- und Mikrophänomenen. Mit dem Anspruch, die Wirkungsweisen auf den verschiedenen Forschungsebenen „zugänglich zu machen, geht sie weiter als andere Methoden“ (Häußling & Stegbauer, 2010a, p. 13). Zudem verbindet sie die quantitative und qualitative Forschung, da beide Methoden bei der Analyse von Netzwerken Verwendung finden.

Netzwerke bestehen aus Knoten und Kanten. Die Knoten werden durch die Kanten miteinander verbunden. Bei sozialen Netzwerken handelt es sich um Phänomene, die unabhängig davon, ob sie analysiert werden, existieren. Beispiele für soziale Netzwerke sind Verwandtschaftsnetzwerke, Freundschaftsnetzwerke, Wissenschaftsnetzwerke oder Wirtschaftsnetzwerke. Diese sozialen Netzwerke können als Graphen dargestellt werden. Ein Graph bildet ein Modell, mit dem die Struktur des Netzwerks numerisch, mithilfe einer Matrix, oder visualisiert als Grafik abgebildet und analysiert werden kann. Die Knoten der sozialen Netzwerke sind gewöhnlich Akteure. Diese Akteure stehen in verschiedenen Beziehungen

zueinander. Diese Beziehungen werden durch die Kanten dargestellt. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Beziehungen der Individuen zueinander und nicht die jeweiligen Attribute. Das entstandene Netzwerk wird sowohl als gesamtes Netzwerk betrachtet, als auch die Position und Verbindungen einzelner Akteure (Pfeffer, 2010, p. 227 f.).

Soziale Netzwerke können als Graphen dargestellt werden. Die Formel für diese Graphen lautet: $G = (V, E)$. Das V steht für die Knoten und das E für die Kanten des Netzwerks. Die formal einfache Definition für die Graphen ermöglicht es, sie auf viele unterschiedliche Netzwerke anzuwenden und diese mit gleichen Algorithmen und Methoden zu analysieren (Pfeffer, 2010, p. 227).

Die Netzwerkkanten können unterschiedliche Beziehungsarten zwischen den Akteuren oder Knoten darstellen. Die Beziehung kann symmetrisch oder asymmetrisch sein. Symmetrische Beziehungen werden mit ungerichteten Kanten dargestellt und asymmetrische Beziehungen mit gerichteten Kanten. Für die Visualisierung von gerichteten, also asymmetrischen Beziehungen, werden Pfeile verwendet. Um ungerichtete Kanten, also symmetrische Beziehungen darzustellen, werden Linien ohne Pfeile verwendet. Kanten können gewichtet werden, wenn Informationen, wie die Intensität der Beziehung oder ähnliches, dargestellt werden soll. Hierfür wird die Linienstärke der Kanten, abhängig von der Beziehung, unterschiedlich breit gezeichnet (Pfeffer, 2010, p. 228).

Die Graphen der Diskursnetzwerke in dieser Arbeit bestehen aus ungerichteten und nicht gewichteten Kanten. Die Kanten haben dieselben Werte. Die Informationen des Netzwerkes werden durch die Kante an sich, und welche Akteure miteinander verbunden werden, vermittelt.

Zunächst wurden Netzwerke ausschließlich in einer Matrix numerisch erfasst oder von Hand gezeichnet. Durch Visualisierungs-Algorithmen kann diese Arbeit nun von Programmen erledigt werden. Die Algorithmen legen die innewohnende Struktur eines Datensatzes offen. Beinahe jede Visualisierung verfälscht das zugrundeliegende Netzwerk zu einem gewissen Grad. Die mehrdimensionale Realität eines Netzwerkes wird zumeist 2-dimensional oder 3-dimensional dargestellt. Durch Layout-Algorithmen kann diese Verfälschung minimiert werden (Pfeffer, 2010, p. 229 f.).

Meist werden soziale Netzwerke visualisiert, um von Forscher*innen analysiert zu werden. Deshalb wird bei der Visualisierung neben anderen Merkmalen auch auf die Ästhetik geachtet. Die Netzwerke werden häufig vereinfacht, um komplexe Strukturen verständlich darzustellen. Die Algorithmen zur Visualisierung der Netzwerke gehen nach unterschiedlichen Konzepten vor. Einzelne Algorithmen verfahren nach dem statistischen Verfahren der multidimensionalen Skalierung. Dabei werden Ähnlichkeiten, sowie Unähnlichkeiten gemessen. Soziale

Netzwerke werden mithilfe einer Matrix der Unähnlichkeiten und Ähnlichkeiten visualisiert. Die Pfadinstanzen werden durch die Matrix berechnet (Pfeffer, 2010, p. 232 f.).

Ein weiteres zentrales Ziel der Algorithmen ist es, Kantenkreuzungen zu minimieren. Die Akteure werden im Raum so angeordnet, dass Überkreuzungen von Kanten so selten wie möglich auftreten. Dennoch werden die Knoten gleichmäßig über die verfügbare Fläche verteilt. Die Winkel der Kanten werden so stumpf wie möglich arrangiert, um die Ästhetik und Lesbarkeit des Netzwerkes zu erhöhen. Bei spitzen Winkeln liegen die Kanten beinahe übereinander. Bei ungewichteten Graphen beträgt die Länge jeder Kante eins. Jeder Knoten soll demnach die gleiche Entfernung aufweisen. In dem 2-dimensionalen Netzwerk werden die Knoten und Kanten so angeordnet, um der Kantenlänge so nahe wie möglich zu kommen (Pfeffer, 2010, p. 233 f.).

Der zentrale Gegenstand, der in der Netzwerkforschung untersucht wird, sind die Beziehungen von Akteuren und die Strukturen und Muster, die sich daraus bilden. Anstelle von individuellen Merkmalen, wie Geschlecht, Alter, Einkommen oder Bildung wird die strukturelle Eingebundenheit von Akteuren in Netzwerken untersucht. Beziehungen und die daraus resultierende Struktur werden selbst zur Analyseeinheit (Haas & Malang, 2010, p. 89).

Eine Beziehung zwischen Akteuren entsteht durch eine gemeinsame Zugehörigkeit. Dabei kann es sich um die unterschiedlichsten Gegebenheiten handeln. Eine Beziehung kann durch Freundschaften, schriftliche oder mündliche Kontakte, oder Verwandtschaften entstehen. Da nicht nur Personen als Akteure betrachtet werden, können ebenso Beziehungen durch transnationale Verbindungen, Unternehmensverflechtungen oder Verträge entstehen (Haas & Malang, 2010, p. 89 f.).

Inhaltlich lassen sich unterschiedliche Arten von Beziehungen typologisieren. Ein maßgebender Bestandteil bei der Analyse eines sozialen Netzwerkes ist der Beziehungsinhalt. Beziehungen können aus individuellen Meinungen und Einschätzungen bestehen. Hierbei kann es sich beispielsweise um Respekt oder Freundschaften, aber auch das Gegenteil davon handeln. Andere Netzwerksbeziehungen können den Tausch und Transaktionen materieller Ressourcen, zum Beispiel Schenkungen, Leihgaben oder Verkäufe, beschreiben. Des weiteren gibt es Beziehungen, die aus nicht-materiellen Ressourcen, Transfers durch Informationen und Kommunikation, formale Rollenbeziehungen, Beziehungen durch Interaktionen und Verwandtschaftsbeziehungen bestehen. Die Beziehung von Akteuren beschreibt den Sachverhalt auf einer inhaltlichen Ebene. Die Kante drückt diese Beziehung durch formale Repräsentation aus (Haas & Malang, 2010, p. 91 f.).

In der Netzwerkforschung bestehen sehr unterschiedliche Forschungsstrategien. Teilweise werden Relationen, also Verbindungen und die jeweilige Stärke, untersucht. Andere Studien untersuchen die einzelnen Knoten bzw. Positionen des Netzwerkes, oder Gesamtnetzwerke und ihre Strukturen und Dynamiken. Auch, wenn sich der Fokus der jeweiligen Forschungen unterscheidet, verweisen die jeweiligen Teilgebiete aufeinander. Die Relationen und Positionen der Netzwerke sind voneinander abhängig. Ein Gesamtnetzwerk kann auf einzelne Knoten oder Relationen hin zerlegt und untersucht werden (Häußling & Stegbauer, 2010b, p. 57).

Bei der sozialen Netzwerkanalyse findet eine intuitive Betrachtung von sozialen Strukturen statt, die auf Beziehungen sozialer Akteure basiert. Die Analysen werden anhand von Daten vorgenommen, die systematisch empirisch erhoben wurden. Der wesentliche Teil der Analyseinstrumente besteht aus Visualisierungstechniken. Die Netzwerke werden durch die Verwendung von mathematischen Modellen erstellt und analysiert (Raab, 2010, p. 30). Die Netzwerkanalyse ist eine Methode, um „eine komplexe Realität stark vereinfacht abzubilden“ (Marschall, 2009, p. 115).

Die Netzwerkanalyse eignet sich, um einige wertvolle Erkenntnisse zu erlangen. Dennoch gibt es einige Einschränkungen. Trotz der vielen Arbeiten, in denen die Netzwerkanalyse verwendet wird, besteht weiterhin ein Bedarf an der Theorie. Derzeit gibt es kein einheitliches theoretisches Konzept, um Netzwerke zu beschreiben. Zudem gibt es keine Theorie, die Motive von Akteuren, normative Orientierungen und den wechselseitigen Einfluss von Kultur und sozialen Beziehungen einbezieht (Häußling, 2010, p. 65).

Ein wichtiger Faktor für die Netzwerkanalyse ist der erhebliche Aufwand. Die benötigten Daten werden oft in Befragungen über Beziehungen erhoben. Auch textbasierte Analysen, bei denen die Daten in Datenbanken von Zeitungen oder Protokolle von politischen Sitzungen sind, brauchen erhebliche Ressourcen. Teilweise können Forscher*innen von Analyseprogrammen unterstützt werden. Der Aufwand für die Analyse steigt mit dem Umfang des sozialen Systems, das untersucht wird (Krempel, 2010, p. 215).

In dieser Netzwerkanalyse werden Diskursstrukturen untersucht. In dem Diskurs äußern sich Akteure im Zusammenhang mit Umwelt und Klimaaktivist*innen. Diese Aussagen stehen in Beziehungen zueinander. Bestimmte Akteure äußern sich zu einem Sachverhalt oder einer bestimmten Aktion. Andere Akteure reagieren auf diese Aussagen. Die Akteure sind durch gemeinsame Aussagen oder Zugehörigkeiten zu Organisationen oder aktivistischen

Bewegungen verbunden. Aktivist*innen lesen Aussagen von anderen Akteuren und reagieren durch öffentliche Aussagen, oder in Form von Demonstrationen oder anderen Formen des Aktivismus. In dieser Arbeit wird der Diskurs innerhalb eines Jahres und in 5 Tageszeitungen untersucht.

Die Beziehungen zwischen den Akteuren reichen über den untersuchten Zeitraum hinaus. Die beteiligten Akteure wechseln im Zeitverlauf. So haben einzelne Aktivist*innen möglicherweise zuvor bereits an Demonstrationen oder anderen Aktionen teilgenommen. Andere Aktivist*innen wechseln zu einer anderen Bewegung, oder ziehen sich daraus zurück. Einzelne Aktivist*innen wechseln gelegentlich in die Politik. Bei Politiker*innen können Veränderungen durch wechselnde Ämter und Positionen kommen. Andere Akteure beteiligen sich zwischenzeitlich an der Debatte und ziehen sich später wieder daraus zurück.

In dieser Arbeit wird eine Momentaufnahme des Klima-Aktivismus-Diskurses aus dem Jahr 2022 untersucht. Dieser Diskurs wandelt sich danach durch wechselnde Akteure, Ereignisse und Themen. Für die Analyse des Diskurses wird eine Diskurs-Netzwerk-Analyse vorgenommen.

3.2 Umweltdiskurse

Umweltdiskurse werden seit 1980 von verschiedenen Sozialwissenschaften untersucht. Dabei werden ökologisch-gesellschaftliche Konflikte erforscht (Keller & Pöferl, 2024, p. 80).

„Der Begriff bezeichnet gesellschaftliche Auseinandersetzungen über (menschliche) Naturverhältnisse und deren politisch- institutionelle Gestaltung, die Risikopotenziale von Technologien, gesundheits- oder naturbezogene Gefährdungen durch Substanzen, Naturzerstörung und Artensterben oder auch die Prozesse einer anstehenden sozial ökologischen Transformation. (Keller & Pöferl, 2024, p. 80)“

Beispiele für Umweltdiskurse sind Auseinandersetzungen um das Ozonloch, Atomenergie, Sauren Regen, den Klimawandel, Asbest, die Energiewende und Gentechnologie. Weitere Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit Umweltpolitik, dem Thema der Geschlechterkonstruktion und sozialer Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Umweltdiskursen (Keller & Pöferl, 2024, p. 80). Als Ursache für die diversen Umweltprobleme werden die Nutztierhaltung und fossile Energien diskutiert. Die weiteren Umweltfolgen, wie der Biodiversitätsverlust, werden durch diese Faktoren bedingt (Ekardt, 2024, p. 77).

Der Begriff Diskurs hat in Abhängigkeit des Kontextes eine unterschiedliche Bedeutung. In vielen Sozialwissenschaften bezeichnet der Begriff unterschiedliche Positionierungen,

bezogen auf ein Referenzphänomen. Medien und die Öffentlichkeit verwenden den Begriff Diskurs meist als Synonym für Debatte oder Diskussion. In der Kommunikationswissenschaft werden Debattenverläufe und Mechanismen in verschiedenen Medienöffentlichkeiten untersucht. In der Politikwissenschaft wird in der Diskursforschung meist versucht, herauszufinden, mit welchen Ressourcen und Interessen sich Akteure bei politischen Entscheidungsprozessen durchsetzen. Soziolog*innen untersuchen in der Diskursforschung unter anderem Akteursbeteiligungen, Interaktionsdynamiken und Phänomendeutungen und deren gesellschaftlich-institutionelle Auswirkungen. Einige Forschungsarbeiten, die sich mit Diskursen beschäftigen, lassen sich nicht eindeutig nur einer Disziplin zuordnen. Die Umweltdiskursforschung betrifft die Medien- und Kommunikationswissenschaft, die Soziologie, Politikwissenschaft, Geschlechterforschung, Sprachwissenschaft und weitere Sozialwissenschaften. Die meisten Forschungsarbeiten dazu werden in der Umweltpolitikforschung geschrieben. Bei der sozialwissenschaftlichen Forschung von Umweltdiskursen werden verschiedene Dimensionen und Ebenen der gesellschaftlich konstruierten Umweltwirklichkeit untersucht (Keller & Pöferl, 2024, p. 80).

In der Diskursforschung werden Folgen und Prozesse von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Umweltprobleme, Gestaltungsmodelle und Naturverhältnisse untersucht. Die Phänomene werden symbolisch durch Bilder, Sprache und weitere Ausdrucksmittel konstruiert. Dabei wird nach spezifischen Regelmäßigkeiten, Zusammenhängen und Relationen gesucht. Die Resonanzen auf Umweltthemen sind je nach Kontext unterschiedlich. Zudem werden um die Anerkennung von Umweltthemen gesellschaftliche Kämpfe geführt. Ob diese erfolgreich sind, oder scheitern, hat institutionelle Folgen. Die Analyse von Umweltdiskursen versucht diese zu verstehen und zu erklären (Keller & Pöferl, 2024, p. 81). In Umweltdiskursen liegt meist der Fokus darauf, wie die menschlichen Lebensgrundlagen durch den Umweltschutz gesichert werden. Der Schutz von Tieren, Pflanzen und der Natur ist eher umstritten (Ekardt, 2024, p. 79).

Die Umweltdiskursforschung entwickelte sich durch die zunehmende Relevanz von Natur-, Technik- und Umweltkonflikten und durch die wissenschaftliche Etablierung der Diskursforschung. Durch unterschiedliche Faktoren bedingt, wie unter anderem der ersten Ölkrise, entstanden organisatorische und institutionelle Zuständigkeiten für Umweltpolitik und weitere Umweltthemen. Dazu gehören Umweltbewegungen, NGOs und zivilgesellschaftlich engagierte Akteure (Keller & Pöferl, 2024, p. 81 f.). In Umweltdiskursen werden einerseits die Ursachen der Umweltprobleme behandelt und andererseits mögliche Lösungsstrategien (Ekardt, 2024, p. 10).

Die Analyse von Diskursen und insbesondere Umweltdiskursen hat eine hohe Relevanz. Denn

„die Diskursforschung untersucht, welche ökologischen Problembestimmungen sich mit welchen Mitteln durchsetzen und welche Akteur:innen daran beteiligt sind, wie sich entsprechende Definitionsmachtverhältnisse, Konfliktkonstellationen und darauf reagierende Politiken verändern, [...] [und somit] unbestreitbar reale und äußerst folgenreiche Phänomene (Keller & Pöferl, 2024, p. 83).“

Die Umwelt- und Klimakrise sind eine der stärksten Bedrohungen für die Menschheit und Natur. Die Erforschung und Analyse von jedem Teilbereich dieser Thematik ist daher besonders wichtig. Sowohl die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, als auch die gesellschaftlichen Implikationen, müssen umfassend untersucht werden.

3.3 Diskurs Netzwerk Analyse DNA

Das Besondere an der Netzwerkanalyse ist die Einbeziehung von Beziehungskontexten oder Beziehungsstrukturen in die Analyse. In klassischen Umfrage-Forschungen werden die Personen dekontextualisiert analysiert (Stegbauer, 2010, p. 13).

Bei der Diskurs-Analyse werden Argumentationsmuster, Überzeugungs- und Denksysteme und die Funktionslogik von deren Strukturen erforscht. Die Diskurs-Analyse beschäftigt sich mit Elementen von Diskursen. Diese Diskurselemente, wie Statements von Akteuren, werden als Teil von etwas Größerem interpretiert. Dieses größere Ganze entsteht durch die Relationen der Elemente zueinander (Janning et al., 2009, p. 59).

Die Diskurs-Netzwerk-Analyse kombiniert die Netzwerkanalyse mit der Diskursanalyse (Nagel, 2016, p. 13 f.). Diese Kombination ermöglicht, Diskurse noch umfassender zu analysieren. In der klassischen Netzwerkanalyse werden häufig Netzwerke modelliert, in denen Akteure und deren Beziehungen zueinander analysiert werden. Andere Netzwerkforschungen beschäftigen sich mit den Relationen, die zwischen Konzepten bestehen. Die Diskurs-Netzwerk-Analyse ermöglicht die Erforschung von Relationen zwischen Akteuren und Konzepten (Janning et al., 2009, p. 72).

In der Debatte um Umwelt- und Klimaaktivismus geben Akteure öffentliche Aussagen wieder. Diese Aussagen können unter anderem bestimmte politische Forderungen, Statements zu anderen Akteuren, Statements zu Ereignissen, oder Maßnahmen, die sie befürworten oder ablehnen, sein. Diese Debatten können zu vielen unterschiedlichen Auswirkungen führen. Eine Debatte, die zunächst in Medien geführt wird, kann zu einer Debatte in Parlamenten und dadurch zu Änderungen in der Gesetzgebung führen. Argumente, die von Akteuren vertreten werden, können andere Akteure überzeugen, die Argumente ebenfalls zu übernehmen. Außerdem kann eine Debatte die öffentliche Meinung beeinflussen und Gespräche im privaten

Raum bewirken. Durch die Diskussion von Argumenten kann die Problemwahrnehmung von Akteuren oder der Öffentlichkeit beeinflusst werden, und so letztlich zu einer politischen Veränderung führen (Leifeld, 2017, p. 302 f.).

Ein Diskurs kann als Netzwerk betrachtet werden, da die Akteure einerseits auf Aussagen von anderen Akteuren reagieren, und andererseits diese versuchen zu überzeugen. Durch die Diskurs-Netzwerk-Analyse kann dieses Netzwerk dargestellt und analysiert werden. Das Ziel ist die Struktur des Diskurses zu beschreiben und daraus Erkenntnisse zu gewinnen (Leifeld, 2017, p. 303).

Netzwerke können auf Akteursebene oder auf Diskursebene analysiert werden. Bei der Akteursebene wird das Umfeld von einzelnen Akteuren betrachtet. Akteure bilden mit anderen Akteuren Diskurskoalitionen. Diese entstehen durch Übereinstimmungen bei den Statements. Diese Diskurskoalitionen können sich im Verlauf der Zeit verändern. Bei der Analyse der Diskursebene werden Frames, Deutungsmuster und Überzeugungssysteme und deren Veränderungen untersucht (Leifeld, 2009, p. 391).

Um eine Debatte auf ihre Akteure und Argumente zu untersuchen, braucht es eine geeignete Methode, beziehungsweise ein Analyseprogramm, das die Variablen berücksichtigt. Das Programm *Discourse Network Analyser* ermöglicht, aus Dokumenten, wie Zeitungsartikeln, Konzepte und Akteure zu extrahieren (Leifeld, 2009, p. 391).

Mit dem *Discourse Network Analyser* wird eine

„qualitative, manuelle Kodierung des Inhalts mehrerer Dokumente [vorgenommen] [...], um die Beziehungen zwischen dem Textinhalt (d.h. dem Diskurs) und den damit verbundenen Akteuren als Netzwerk herauszuarbeiten (Leifeld, 2009, p. 392).“

Ein Akteur in der Debatte kann eine Partei, Interessensgruppe, der Gesetzgeber, Organisationen, Behörden, aktivistische Gruppen oder Einzelpersonen sein. Sie geben öffentlich schriftliche oder mündliche Stellungnahmen ab, die in Medien diskutiert werden (Leifeld, 2017, p. 302 f.).

Die Daten für die Analyse der Debatte sind Zeitungsartikel. Es werden überregionale Zeitungen mit einer hohen Auflage verwendet. Um eine Längsschnittanalyse der Debatte vorzunehmen, werden die Daten aus einem längeren Zeitraum verwendet. Die relevanten Zeitungsartikel zu dem Thema werden mithilfe eines Stichwortes ausgewählt. Für die Analyse muss jeder Artikel das Datum der Veröffentlichung aufweisen. Zunächst wird für die Kodierung der Artikel festgelegt, welche Kategorien für die Untersuchung der Debatte relevant sind. Dabei kann es sich um Symbole, mögliche Lösungskonzepte, Präferenzen, Interpretationsrahmen oder Ähnliches handeln. Im Sinngehalt dürfen die Kategorien sich

überlappen. Die Kategorien werden zudem auf ihre Ähnlichkeit untersucht. Die Daten, beziehungsweise die Zeitungsartikel, werden nach den Kategorien durchsucht. Textstellen, bei denen ein relevanter Akteur eine Aussage zu einer Kategorie abgibt, werden kodiert. Nicht relevante Akteure oder Aussagen, sind beispielsweise Interpretationen oder redaktionelle Meinungen. Außerdem weggelassen werden Aussagen, bei denen kein Akteur genannt wird. Diese kodierten Aussagen sind Statements (Leifeld, 2009, p. 392 f.).

Jedes Statement wird mit weiteren Attributen versehen. Das erste Attribut ist der Name der Person, die das Statement wiedergegeben hat. Das zweite Attribut ist die Organisation, der die Person angehört. Dabei kann es sich um eine Partei, eine Behörde, den Namen einer Bewegung, oder Ähnliches handeln. Jedes Statement verfügt über eine Dummy-Variable, die die Ablehnung oder Zustimmung zu dem Thema der Debatte ausdrückt (Leifeld, 2009, p. 393).

Nachdem der gesamte Text kodiert ist, wird innerhalb des Programms ein Graph erstellt. Dabei werden die Kategorien den Personen oder Organisationen zugeordnet. Aus jedem Statement wird eine Kante. Bei den Netzwerken wird eine Normalisierungsfunktion angewendet. Die Funktion verhindert die Veränderung des Kantengewichts von Akteuren, die häufig oder selten Statements abgeben (Leifeld, 2009, p. 394).

Aus diesem Datensatz können dann unterschiedliche Netzwerke erstellt werden. Dafür werden für jedes Netzwerk, Dateien im dem Format „graphml“ exportiert. Diese Dateien werden von einem Visualisierung-Programm zu Netzwerken modelliert. Hierfür wird das Programm *Visone* verwendet.

Aus den Daten werden One-Mode oder Two-Mode-Netzwerke generiert. In einem One-Mode-Netzwerk bestehen die Knoten aus nur einer Klasse. Ein solches Netzwerk besteht beispielsweise aus nur Akteuren, Statements oder Kategorien. Die Kanten werden durch die Relationen der nicht abgebildeten Klassen berechnet. In einem Two-Mode-Netzwerk sind verschiedene Klassen in Relation zueinander abgebildet. Ein Two-Mode-Netzwerk kann beispielsweise Akteure und Statements abbilden (Leifeld & Malang, 2009, p. 378).

3.4 Diskurs Studien & Diskurs-Netzwerk-Analysen

Die Mediale Berichterstattung über Umweltbewegungen, Klimaaktivismus, weitere Proteste und den Klimawandel wurde bereits in einigen Forschungsarbeiten untersucht. Dabei wurden unterschiedliche Forschungsgegenstände mit mehreren Forschungsmethoden analysiert.

Die Erforschung der Berichterstattung über den Klimawandel hat aufgrund der zahlreichen Auswirkungen eine besondere Relevanz.

Die Klimawandelberichterstattung in den Vereinigten Staaten ist in einigen Beiträgen untersucht worden. Die dortige mediale Berichterstattung ist durch ihre Auswirkungen auf Diskurse in anderen Ländern besonders relevant. Einige wichtige Studien wurden zu Beginn der 2000er Jahre publiziert.

Die Studie *Balance as Bias* (Boykoff & Boykoff, 2004) untersucht als eine der ersten Studien die Berichterstattung über wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel. Untersucht wurden Artikel aus Qualitätszeitungen, die im Zeitraum von 1988 bis 2002 veröffentlicht wurden (Boykoff & Boykoff, 2004, p. 125 ff.). Durch den Versuch von Journalist*innen, beide Seiten der Debatte darzustellen, wurde ein falsches Verständnis der wissenschaftlichen Erkenntnisse vermittelt. Mehr als die Hälfte der untersuchten Artikel stellten Aussagen für die Existenz des menschengemachten Klimawandels und Aussagen dagegen neutral, beziehungsweise ausgeglichen gegenüber. In weiteren 35 % der Artikel waren zwar Argumente für den menschengemachten Klimawandel stärker betont, dennoch wurden auch Argumente dagegen genannt. In der Diskussion über die Notwendigkeit von Maßnahmen wurden fast 80 % der Artikel ausgewogen formuliert. Dadurch wurde eine Uneinigkeit über wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt, die nicht besteht. Die Autoren kommen zu dem Schluss, die Berichterstattung führt zu einer falschen Wahrnehmung und erlaubt Entscheidungsträgern, notwendige Maßnahmen aufzuschieben und die Verantwortung abzuweisen (Boykoff & Boykoff, 2004, p. 134).

Die Studie erhielt viel Aufmerksamkeit und inspirierte zahlreiche weitere Studien. In den folgenden Jahren veränderte sich die Berichterstattung und der Anteil an Artikeln, die beide Seiten neutral gegenüberstellten, verringerte sich. Argumente gegen den menschengemachten Klimawandel werden weiterhin häufig genannt, allerdings werden sie als Abweichung vom wissenschaftlichen Konsens eingeordnet (Brüggemann, 2022, p. 46 f.).

Die Diskurs-Netzwerk-Analyse mithilfe des Programms *Discourse Network Analyser* nach Leifeld wurde in vielen Forschungsarbeiten angewendet. Einige Beiträge beschäftigen sich damit, wie Medien über den Klimawandel berichten, oder wie das Thema in politischen bzw. parlamentarischen Debatten behandelt wird. Andere Beiträge untersuchen Debatten zu Protestereignissen, wie die Proteste zu dem Bahnprojekt Stuttgart 21 oder Proteste im Zusammenhang mit der Covid19 Pandemie. Mit der Methode wurden in den einzelnen Debatten vielfältige Aspekte untersucht. Diese sind unter anderem Emotionen, oder Statements, die zu politischen Entscheidungen führen.

Yordy et al (2024) untersuchten Emotionen in Zeitungsberichten über COVID 19 Proteste in den Vereinigten Staaten. Die häufigste Emotion im Zusammenhang mit den Protesten ist

Angst. Die Emotionen von Protesten gegen Covid19 Maßnahmen und Protesten für die Maßnahmen unterscheiden sich leicht voneinander, auch wenn es einige Überschneidungen gibt. In der Debatte um Einschränkungen wegen der Pandemie verwenden Befürworter*innen der Maßnahmen häufig die Emotionen Missbilligung, Mitgefühl und Angst. Gegner der Maßnahmen argumentieren häufiger mit den Emotionen Wut, Leid und Angst (Yordy et al., 2024, p. 16 f.).

Stoddart und Smith (2016) untersuchten die kanadische Berichterstattung zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis im Zusammenhang mit dem Thema Klimagerechtigkeit. Der Diskurs über den Klimawandel, insbesondere mit den Folgen für die Arktis, wird in kanadischen Zeitungen mit Blick auf kanadische Interessen geführt. Soziale Auswirkungen, die durch den Klimawandel bedingt sind, werden heruntergespielt. Auf die Gegebenheiten der Klimagerechtigkeit wird nicht oder nur unzulänglich eingegangen (Stoddart & Smith, 2016, p. 332 f.).

Sowohl die COVID 19 Pandemie, als auch der Klimawandel, sind Ereignisse, die drastische Folgen für Mensch und Umwelt haben. Die plötzlich aufgetretene Pandemie hat sich auf den Klimawandeldiskurs ausgewirkt. Eine Analyse kanadischer Zeitungen zeigte, die Häufigkeit der Berichte im Zusammenhang mit dem Klimawandel haben abgenommen. Dennoch wurden in einigen Artikeln beide Krisen behandelt, und Möglichkeiten diskutiert, wie die Krisen wirtschaftlich und ökologisch bewältigt werden könnten (Stoddart et al., 2023, p. 287 f.).

Antilla (2005) untersuchte den US-amerikanischen Klimawandeldiskurs in 225 Zeitungen in einer Studie, die 2005 publiziert wurde. Der Klimawandeldiskurs wird in den USA von Nachrichtenagenturen wie der *Associated Press* bestimmt. Berichte über den Klimawandel sind in dem untersuchten Zeitraum kein zentrales Thema. In den Artikeln, die den Klimawandel thematisieren, wurden häufig Unsicherheiten, Debatten und Kontroversen erläutert. Klimaskeptiker, die für die fossile Industrie arbeiten, wurden von einigen Nachrichtenagenturen häufig zitiert oder die Artikel sind direkt von Akteur*innen verfasst, die mit der fossilen Industrie in Verbindung stehen. Häufig wurden Wissenschaftler*innen gezielt diskreditiert und es wurde ein Hang zur Übertreibung oder das Auslösen von übertriebener Panik unterstellt. Durch diese Artikel wurden vermehrt Fehlinformationen verbreitet. Artikel, die vermeintlich ausgewogen beide Seiten der Debatte erläutern, bewirken Unsicherheiten und es entsteht der Eindruck, der Klimawandel sei in der Wissenschaft kontroverser, als er tatsächlich betrachtet wird (Antilla, 2005, p. 350).

Eine weitere Diskurs-Netzwerk-Studie erforscht Bundestagsdebatten über einen Zeitraum von 30 Jahren. Dabei wurden Debatten zur Energiepolitik und dem CO₂ Ausstoß von 1983 bis 2013 analysiert. In dem Zeitraum wurden 4 übergeordnete Themen debattiert. Diese sind die Versorgungssicherheit, die Kostenbegrenzung von Energie, energiebedingte

Umweltbelastungen und die deutsche Energietechnologie-Branche. In der Argumentation wurden keine großen Unterschiede zwischen den Parteien oder im Lauf der Zeit festgestellt. Am häufigsten wurde von jeder Partei das Thema der Umweltbelastungen durch die Energie debattiert (Schmidt et al., 2019, p. 771 f.).

Für die Bewältigung des Klimawandels sind sowohl internationale, nationale als auch lokale Maßnahmen notwendig. Wie diese lokalen Maßnahmen umgesetzt und diskutiert werden, wurde anhand eines Vergleichs von den Städten Mannheim und Karlsruhe untersucht. Die Diskurs-Netzwerk-Analyse von lokalen Zeitungen zeigte, zwischen 2018 und 2021 waren die wichtigsten Akteure Mannheims Stadtverwaltung und das *Karlsruher Institut für Technologie (KIT)*. Karlsruhe ist im Klimaschutz bereits weiter als andere Städte und hat seine Maßnahmen zum Klimaschutz verlangsamt. Im Gegensatz dazu hat die Stadt Mannheim, die bisher vergleichsweise wenige Maßnahmen vorgenommen hat, einige ambitionierte Ziele, um aufzuholen. In beiden Städten traten neben den Hauptakteuren noch politische Akteure, aktivistische Gruppen und weitere Akteure, wie Unternehmen und Behörden auf. In beiden Städten wurde die Bedeutung von lokalen Maßnahmen betont (Nagel & Schäfer, 2023, p. 21 ff.).

Eine Analyse des Klimadiskurses in der Schweiz über einen Zeitraum von 15 Jahren zeigt einige Veränderungen, die in dieser Zeit stattgefunden haben. Besonders internationale Veränderungen und politische Entwicklungen wirkten sich auf den nationalen Klimadiskurs in der Schweiz aus. Im Verlauf der Zeit wurden neue Fragen und Themen diskutiert. Die beteiligten Akteure haben sich nicht verändert. Einige Diskurskoalitionen, also Diskursteilnehmer, die übereinstimmende Aussagen tätigen, haben sich im Verlauf in kleinere Gruppen geteilt (Kammerer & Ingold, 2023, p. 74 ff.).

Der griechische Klimadiskurs ist geprägt von Einigkeit über den menschengemachten Klimawandel. Als mögliche Lösung wird die Unterstützung von erneuerbaren Energien gefordert. Unterschiede tauchen lediglich zwischen den Zeitungen auf, die diese jeweils parteipolitisch geprägt berichten (Gkiouzepas & Botetzagias, 2017, p. 507 ff.).

Süditalien spürt bereits einige Auswirkungen des Klimawandels. Auf lokaler Ebene wurden einige Klimaschutzmaßnahmen verabschiedet. Diese Maßnahmen betreffen die Industrie, Landwirtschaft, Entwicklung und Energie. Im Abstimmungsverhalten haben sich im Gegensatz zu vorherigen Forschungsergebnissen die Abgeordneten nicht unbedingt an das Parteiprogramm gehalten. Lokale Ereignisse und persönliche Erfahrungen hatten teilweise einen stärkeren Einfluss (Ghinoi et al., 2023, p. 204 ff.).

In Baden-Württemberg, in Deutschland, bildete sich eine starke Protestbewegung gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21. Die beiden dominanten Themen im Diskurs um das Projekt sind einerseits die Legitimität des Projekts und andererseits mögliche Wachstumschancen. Der Diskurs bestand aus zwei stark polarisierten Seiten. Gegner des Projektes drückten ihre Unzufriedenheit gegen den Entscheidungsprozess aus und forderten Mitbestimmungsrecht. Der Protest gegen das Projekt, der zwischenzeitlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei führte, wurde schließlich durch verschiedene politische Maßnahmen beigelegt. Neben einem Mediationsprozess wurden Landtagswahlen und ein Referendum abgehalten (Nagel & Satoh, 2019, p. 1696 f.).

Um die Debatte über den Klimawandel im Kongress in den Vereinigten Staaten zu untersuchen, wurden mehrere Diskurs-Netzwerk-Analysen angewendet. Es wurden Kongress-Protokolle aus den Jahren 2005 bis 2009 analysiert. Von den Wissenschaftler*innen, die im Kongress Reden vortrugen und Fragen beantworteten, leugneten die Hälfte den menschengemachten Klimawandel. In der späteren Kongresszusammensetzung unter demokratischer Mehrheit sank dieser Anteil. Dennoch ergab die Analyse, dass der eigentliche Grund, warum Uneinigkeit besteht und beispielweise Klimaschutzgesetze scheitern, Sorgen vor politischen und wirtschaftlichen Folgen sind. Demnach lenkte die Debatte um Uneinigheiten über wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel von diesen Themen ab. Unter der Bevölkerung in den USA wächst der Anteil an Menschen, die von dem menschengemachten Klimawandel überzeugt sind. Die politischen Akteure, die in der Länge wären, etwas zu unternehmen, vertreten überwiegend andere Ansichten (Fisher, Waggle, et al., 2013, p. 87 f.).

In einer weiteren Forschungsarbeit wurden die Ansichten der Akteure im Kongress zum Thema Klimawandel genauer betrachtet. Anhand der abgegebenen Statements konnte herausgefunden werden, dass sich im Kongress langsam ein Konsens über den menschengemachten Klimawandel herausbildete. Auch, wenn dieser Konsens sich über unterschiedliche Akteurs-Gruppen hinaus bildete, ist er dennoch bei der *Demokratischen Partei* ausgeprägter. Die starken Veränderungen werden durch die Mehrheitspartei des Kongresses beeinflusst. Allerdings haben sich die Mehrheiten nach dem untersuchten Zeitraum wieder verändert und die *Republikanische Partei* gewann die Mehrheit (Fisher, Leifeld, et al., 2013, p. 537).

In den folgenden Jahren veränderte sich die Klimapolitik des Kongresses weiter. Nachdem ein Klimaschutzgesetz verabschiedet wurde, bemühten sich zahlreiche Akteure, die Umsetzung zu verhindern. Diese Bemühungen und die beteiligten Akteure wurden durch eine Diskurs-Netzwerk-Analyse untersucht. Diese Akteure agierten in dem polyzentrischen Regierungssystem auf verschiedenen Ebenen. Unter anderem wurde das Gesetz in Gerichten

auf unterschiedlichen Ebenen angefochten. In zahlreichen Bundesstaaten wurde dagegen geklagt. Dadurch wurde das Gesetz blockiert und die Klimaschutzpläne stagnierten, bis es letztendlich von der neuen Regierung unter Trump 2016 aufgehoben wurde (Fisher & Leifeld, 2019, p. 484 f.).

Die Diskurs-Netzwerkanalyse eignet sich gut, um diverse Besonderheiten in Debatten zu analysieren. Zudem ist sie auf zahlreiche unterschiedliche Daten anwendbar. Durch die Komplexität, die mit dem Thema Klimawandel und den gesellschaftlichen Auswirkungen einhergeht, braucht es zahlreiche unterschiedliche Forschungsmethoden. Diese Studien zu politischen und medialen Debatten über Klimaschutzgesetze und Proteste sind ein Teil davon.

3.5 Framing

Rezipient*innen nehmen einen Medienbericht nicht nur als Text oder Bild wahr, sondern ebenfalls den Kontext, der den Beitrag einrahmt (Burkart, 2019, p. 214). In der medialen Berichterstattung zu einem Sachverhalt werden einzelne Aspekte weggelassen, die für irrelevant gehalten werden, während andere besonders betont werden. Die Framing-Forschung beschäftigt sich damit, wie die Berichterstattung gestaltet, beziehungsweise geframed wird (Geiß & Schemer, 2016, p. 310 f.).

Mediale Debatten werden unter anderem durch Blickwinkel von Journalist*innen geprägt, die bestimmte Fakten auslassen oder hintergründig behandeln. Neben Journalist*innen nehmen öffentliche Akteure ebenfalls bestimmte Blickwinkel ein. Politiker, Organisationen, Unternehmen, NGOs und weitere wählen ebenfalls selektiv Themen aus und betonen einzelne Aspekte dieser Themen. Der Blickwinkel zu einem Sachverhalt wird als Frame, beziehungsweise Rahmen, bezeichnet (Matthes, 2014, p. 9).

Framing meint „den aktiven Prozess des selektiven Hervorhebens von Informationen und Positionen. Frames verstehen wir dabei als Ergebnis dieses Prozesses“ (Matthes, 2014, p. 10 f.). Die Analyse dieser Frames wird mit dem Framing-Ansatz vorgenommen.

Es existieren mehrere unterschiedliche theoretische Konstrukte zu Frames aber keine einheitliche Theorie. Der Begriff Framing wird in den verschiedenen Arbeiten unterschiedlich definiert. Frames entstehen, wenn Akteure diese bewusst verwenden. Sie werden von anderen Akteuren geteilt und weiterentwickelt. Akteure reagieren auf die Frames von anderen. Somit beeinflussen sich Frames gegenseitig (Matthes, 2014, p. 10 f.).

In der Klima- und Umweltdebatte werden von den Akteuren unterschiedliche Frames verwendet. Im Verlauf der Zeit haben sich die Frames entwickelt und verändert.

In einem Frame wird eine spezielle Problemdefinition zu einem Thema erklärt. Außerdem beinhaltet er eine Ursache für dieses Problem, eine Bewertung und einen möglichen Lösungsvorschlag (Matthes, 2014, p. 12).

In einer Debatte versuchen die beteiligten Akteure, ihre Sichtweise einzubringen. Dabei vermitteln sie ihren eigenen Blickwinkel auf ein Thema, beziehungsweise den Frame. Sie agieren dabei strategisch. Informationen, die im Interesse des Akteurs liegen, werden betont, andere ignoriert oder relativiert. Der Diskurs entwickelt sich dadurch zu einem Wettbewerb, in dem jeder beteiligte Akteur versucht, seinen Frame überzeugend einzubringen. Der Frame soll andere Akteure erreichen, sowie Medienschaffende und Rezipient*innen (Matthes, 2014, p. 14 f.).

In der Klimadebatte kommen unterschiedliche Begriffe vor. Diese Begriffe stehen in einem größeren Kontext. Um Worte zu verstehen, wird gespeichertes Wissen vom Gehirn abgerufen. Es „simuliert diese Dinge gedanklich, um linguistischen Konzepten eine Bedeutung zuschreiben zu können“ (Wehling, 2016, p. 20). Worte können Gefühle, visuelle Erinnerungen, Gerüche oder auch Bewegungsabläufe in Erinnerung rufen. Zudem übt die Sprache einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung aus. Sie bestimmt unter anderem, wie Menschen und die Umgebung wahrgenommen wird, wie Fakten und Informationen vom Gehirn registriert und aufgenommen werden, und sie hat Einfluss auf das Handeln. Das soziale Verhalten und Körperbewegungen werden beispielweise beeinflusst (Wehling, 2016, p. 20 f.).

Frames bestehen aus Frame-Elementen. Es gibt eine Problemdefinition, die den Teilbereich des Themas definiert, den der Akteur ansprechen möchte. Durch die Ursachenzuschreibung wird einem anderen Akteur oder einer Situation die Verantwortung oder Schuld gegeben. Diese Ursachenzuschreibungen werden bei Frames verwendet, die eine negative oder positive Bewertung enthalten. Eine Handlungsaufforderung oder Lösungszuschreibung wird meist verwendet, indem Akteure sich selbst diese Kompetenzen zuschreiben, während sie anderen Akteuren abgesprochen werden. Mit einer expliziten Bewertung ordnen Akteure das Problem moralisch oder evaluativ ein. Bei negativen Themen, die ohnehin schlecht bewertet werden, kann der Grad der negativen Bewertung oder Relevanz unterschiedlich bewertet werden (Matthes, 2014, p. 11).

Sobald ein Rezipient ein Wort liest oder hört, wird dieses Wort vom Gehirn verarbeitet. Dabei werden Sinnzusammenhänge und Wissen aus Erfahrungen abgerufen und mit der Situation in Verbindung gebracht. Worte werden verstanden, indem das Gehirn Assoziationen abrufft. Manche dieser Assoziationen sind bewusst, beispielweise visuelle Erinnerungen, die durch

ein Wort hervorgerufen werden. Andere sind unbewusst. Es findet eine kognitive Simulation statt. Das Gehörte wird gedanklich nachgeahmt. „Wir simulieren also, was wir hören oder lesen, um es zu verstehen. Dieser Prozess ist wichtig, um Worte zu begreifen“ (Wehling, 2016, p. 24). Diese kognitive Simulation wirkt sich auf die Wahrnehmung aus. Durch jedes wahrgenommene Wort werden demnach einige Vorgänge ausgelöst. Teilweise sind diese Prozesse dem Rezipienten bewusst, teilweise wirken sie sich unbewusst aus (Wehling, 2016, p. 26 f.).

Wörter, die von Rezipienten aufgenommen werden, sind mit gedanklichen Konzepten verbunden. Zusätzlich zu dem Konzept des Begriffes werden weitere Konzepte gedanklich verarbeitet. Diese verschiedenen Konzepte, die in Verbindung zu einem Begriff stehen, sind Frames. Die Wörter, die in einer Debatte verwendet werden, haben demnach einen großen Einfluss auf Rezipienten und an der Debatte beteiligte Akteure (Wehling, 2016, p. 32 ff.).

Der Framing-Ansatz wird häufig in kommunikationswissenschaftlichen Forschungsarbeiten, insbesondere bei Inhaltsanalysen, verwendet. Durch die Vielseitigkeit des Ansatzes kann beispielsweise die Kommunikation von Journalist*innen, Strategischen Kommunikatoren, die Medienberichterstattung, sowie die Medienwirkung analysiert werden (Matthes, 2014, p. 12).

3.5.1 Frames in der Umwelt- & Klimadebatte

Der Begriff Klima steht für ein abstraktes Konzept. Es bezeichnet Wetterbedingungen, wie das Kontinentalklima, die über große Zeiträume und Zonen bestehen. Dadurch könne das Thema gedanklich vom Rezipienten leichter aus dem Alltag verdrängt werden. Das Wort Wandel ist ohne Kontext neutral. Ein Wandel ist in eine positive oder negative Richtung möglich. Der Begriff steht für die Veränderung eines Zustandes. Der Frame Klimawandel benennt als Akteur nur das Klima, das sich wandelt. Die Verantwortung des Menschen kommt dabei nicht vor (Wehling, 2016, p. 181 f.).

Das Thema Schutz wird in der Debatte in Kombination mit dem Begriff Klima verwendet. Sprachlich wird nicht über den Erdschutz oder Menschenschutz gesprochen, sondern über Klimaschutz. Der Frame Klimaschutz impliziert, das Klima sei in Gefahr oder werde bedroht und der Mensch solle heldenhaft eingreifen, um das Klima vor der Bedrohung zu retten. In dem Frame wird die Gefahr für das Klima nicht genannt. Tatsächlich ist das Klima nicht in Gefahr. Wenn es sich verändert besteht es in anderer Form noch immer. Die Veränderung des Klimas ist allerdings eine Gefahr für den Menschen und die Umwelt (Wehling, 2016, p. 182 f.).

In der Debatte um den globalen Temperaturanstieg kommen die Begriffe Globale Erwärmung, Erderwärmung und Klimaerwärmung am häufigsten vor. Das Wort Wärme wird als etwas Positives eingeordnet. Wärme wird als gut empfunden, im Gegensatz zu Kälte oder Hitze. Die Frames Erderwärmung, Klimaerwärmung und ähnliche sind von der Begriffswahl und den dazugehörigen Konzepten „ungeeignet, den zu erwartenden Temperaturanstieg und die daraus entstehenden Gefahren und Handlungsnotwendigkeiten darzustellen“ (Wehling, 2016, p. 185). Für einige dieser Frames gibt es ähnliche Begriffe, die die Dringlichkeit der Themen mehr betonen. Dazu zählen die Begriffe Klimakrise, Klimaerhitzung, Erderhitzung oder globale Erhitzung (Wehling, 2016, p. 184 f.).

Im Zusammenhang mit dem Klimawandel wird häufig das Thema Sicherheit diskutiert. In einer Framing-Analyse von Daten aus dem Jahr 2007 wurden drei Frames, die Sicherheit und Umwelt betreffen, identifiziert. Frames vereinfachen komplexe Phänomene, geben Ereignissen einen Sinn und leiten Handlungen an. Die Frames unterscheiden sich in den Referenzobjekten, der Bedrohungsart und den kausalen Wirkmechanismen, zwischen der Sicherheit und der Umwelt. Die Referenzobjekte sind diejenigen, für die in den Frames eine Gefährdung angenommen wird (Grauvogel & Diez, 2014, p. 204 f.).

„Wessen Sicherheit durch den Klimawandel bedroht ist, hängt dabei eng mit der Problemdiagnose zusammen und hat auch Einfluss auf die daraus resultierenden Politikempfehlungen. Frames identifizieren also nicht nur ein als relevant erachtetes Problem, sondern benennen in diesem Zusammenhang auch Ursachen und Verantwortliche“ (Grauvogel & Diez, 2014, p. 208).

Die Frames zu Sicherheitsbedrohungen durch die Umwelt sind der Umweltkonflikt-Frame, der Umweltsicherheits-Frame und der Ökologische-Sicherheit-Frame. Der Umweltkonflikt-Frame verbindet den Klimawandel mit der Nationalen Sicherheit. Es wird argumentiert, durch den Klimawandel entstehe eine Ressourcenknappheit, die zu bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den Staaten führe. Zudem würden durch Folgen des Klimawandels viele Klimaflüchtlinge in den Ländern ankommen. Als Lösungsvorschläge werden Anpassungsmaßnahmen und militärische Sicherheitsmaßnahmen genannt. Bei dem Umweltsicherheitsframe geht es um das Gemeinwohl und die ganze Menschheit. Diese würde durch die Umweltzerstörung bedroht. Das Ziel ist die Bekämpfung der Umweltveränderungen. Dies soll einerseits durch Vermeidungsmaßnahmen, aber auch möglichen Anpassungsmaßnahmen geschehen. Der dritte Frame betrifft die ökologische Sicherheit. Dabei wird sowohl der Mensch, als auch das Ökosystem betrachtet. Der Mensch wird als Teil von einem großen Ganzen gesehen. Er ist von der Umwelt, beziehungsweise einem intakten Ökosystem, anhängig (Grauvogel & Diez, 2014, p. 213 ff.).

Welche der unterschiedlichen Frames politisch bedeutsam werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der Plausibilität und Kohärenz der Problemdiagnose haben die Akteure, die die Frames vertreten und die Akteures-Interaktion mit den Rezipienten einen Einfluss darauf, welche Frames sich in Diskursen durchsetzen (Grauvogel & Diez, 2014, p. 216 f.).

Frames beziehungsweise „Medientexte [können] ihr Sinnpotenzial nur in den sozialen und kulturellen Beziehungen entfalten, in die sie integriert sind“ (Krauß, 2013, p. 106)

Für der Framing-Analyse ist sowohl die Seite der Akteure, die Frames erschaffen und weiterentwickeln, und die Mechanismen, die zur Durchsetzung eines bestimmten Frames führen, als auch die Seite der Rezipient*innen und wie Frames sich auf diese auswirken, relevant.

Mehrere Faktoren beeinflussen die Wirkung von (Umwelt-)Frames auf die Rezipient*innen. Wirksame Frames unterscheiden sich nach der Zielgruppe und dem Medienformat. Diese Faktoren sind bei Klimawandel-Frames unter anderem der Mediengebrauch, das Ausmaß von klimafreundlichem Verhalten, der soziale Status, der Bildungsgrad und der Wohnort der Rezipient*innen (Krauß, 2013, p. 130).

Medieninhalte über den Klimawandel bestehen meist aus negativen Frames, die im Informations- oder Nachrichtenbereich diskutiert werden. Negative Nachrichten eignen sich für diese Bereiche gut, da Negativität als einer der entscheidenden News-Faktoren gilt. Positive Klima-Frames könnten hingegen in Unterhaltungsformaten durch emotionale Aspekte auf die Rezipienten wirken. Eine Kombination aus Klimawandelinformationen und positiven Inhalten könnte als Motivation für klimafreundliche Verhaltensänderungen wirken. Weitere wirksame Faktoren in der medialen Berichterstattung sind Anknüpfungspunkte zur eigenen Lebenswelt der Rezipient*innen durch relevante Themen wie lokale Fallbeispiele (Krauß, 2013, p. 129 f.).

Frames begegnen und beeinflussen Menschen täglich. Daher ist es wichtig Frames, und besonders das aktive und intendierte Framing, zu erforschen. Frames sind selektiv und von Ideologien beeinflusst. Dabei werden politische und gesellschaftliche Gegebenheiten interpretiert und bewertet. Über die Sprache werden Denkmuster aktiviert, die wiederum das Denken, die Wahrnehmung und das Handeln beeinflussen. Viele dieser Vorgänge sind den Rezipienten nicht bewusst (Wehling, 2016, p. 191 f.). Deshalb ist es wichtig, die Wirkung und das Vorgehen von Framing zu untersuchen.

4 Methodische Umsetzung

4.1 Forschungsfragen

Ziel dieser Arbeit ist die Analyse des Diskurses über Umwelt- und Klimaaktivismus in deutschen Tageszeitungen. Der Forschungsgegenstand wird mithilfe der folgenden Forschungsfragen untersucht.

F1: Welche Strukturen weist der Umwelt- und Klimaaktivismus-Diskurs in Deutschland auf?

F1.1: Welche Akteure und Organisationen sind an dem Diskurs über Umwelt- und Klimaaktivismus in deutschen Tageszeitungen beteiligt?

F1.2: Welche Themen werden in dem Diskurs behandelt?

F1.3: Besteht in den Diskursnetzwerken eine Polarisierung?

F2: Welche Unterschiede bestehen in der Berichterstattung über Umwelt- und Klimaaktivismus zwischen den Zeitungen?

4.2 Methodisches Vorgehen

Für die Analyse des Umwelt- und Klimaaktivismus-Diskurses wird eine Kombination aus einer Diskurs-Netzwerk-Analyse und einer Qualitativen Inhaltsanalyse vorgenommen. Mit der Diskurs-Netzwerk-Analyse werden einige Netzwerke modelliert, die den Diskurs darstellen. Die Netzwerke visualisieren sowohl beteiligte Akteure, als auch die Inhalte und verborgenen Strukturen des Diskurses.

Die Qualitative Inhaltsanalyse dient der Analyse von weiteren Diskursinhalten, die möglicherweise in den Netzwerken nicht dargestellt werden können. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Diskurs-Netzwerk-Analyse.

Die Kombination der beiden Methoden ermöglicht es, den Diskurs umfangreicher zu analysieren.

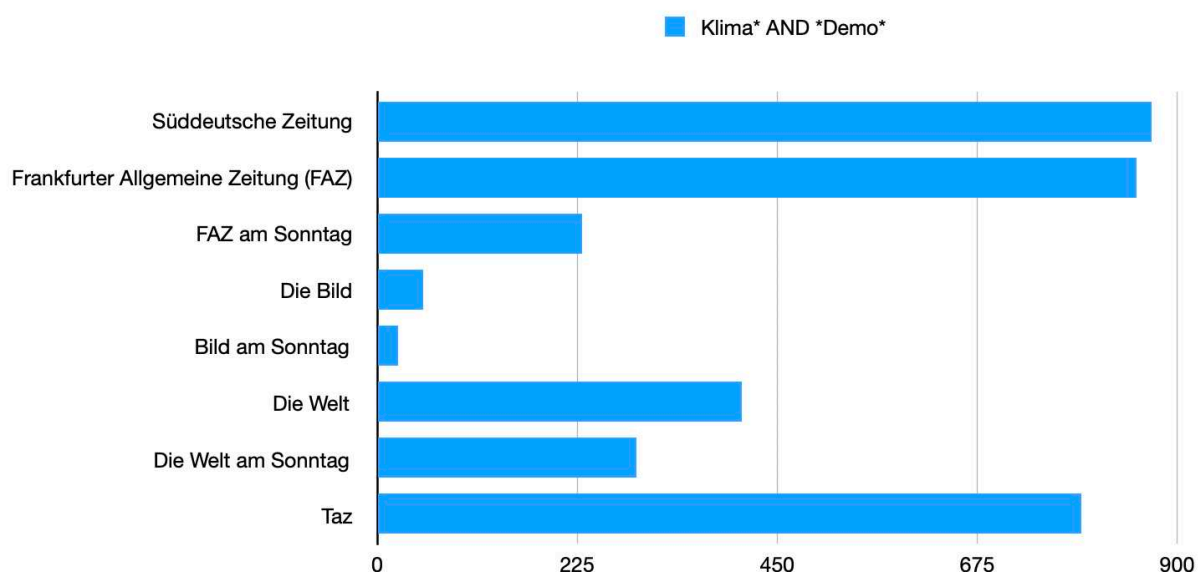
4.2.1 Datenerhebung Auswahl

Um die komplexen Prozesse und Dynamiken von sozialen Gemeinschaften in Netzwerken zu untersuchen, werden vielfältige Informationen benötigt. Teilweise werden diese Informationen in Umfragen erhoben. Zudem bestehen einige Datenbanken, in denen relevante Informationen gespeichert sind (Krempel, 2010, p. 217 f.). Die Daten werden durch die Forschungsfrage und die Verfügbarkeit bestimmt. Neben Befragungen werden unter anderem Zeitungsdatenbanken, Sitzungsprotokolle von Parlamenten, oder Daten aus sozialen Netzwerken verwendet.

Für die Untersuchung des Diskurses werden Artikel aus deutschen Tageszeitungen verwendet. Die Artikel wurden in den 5 auflagenstärksten Tageszeitungen veröffentlicht. Diese Zeitungen sind die *Bild*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), die *Welt* und die *Tageszeitung* (TAZ). Die Artikel der *Süddeutschen Zeitung* werden aus der Onlinedatenbank der *Süddeutschen Zeitung* abgerufen. Die Artikel der anderen vier Zeitungen werden aus der Onlinedatenbank *Lexis Nexis* abgerufen.

Der Untersuchungszeitraum wurde aufgrund des Umfangs der Arbeit auf 1 Jahr festgelegt. Für die Auswahl wurden verschiedene Stichworte geprüft. Mit den Stichworten Klima* AND *Demo* wurden die meisten und relevantesten Ergebnisse erzielt. Die Sterne wurden hinzugefügt, um alle Artikel, in denen beide Begriffe gemeinsam genannt werden, auszuwählen, auch wenn die Wörter in anderer Kombination vorkommen. Aus den beiden Onlinedatenbanken werden alle Artikel aus dem Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 abgerufen, in denen die Stichworte Klima* und *Demo* genannt werden.

Abbildung 1: Anzahl Treffer zu Stichworten



In den 5 ausgewählten Zeitungen sind unterschiedlich viele Artikel erschienen (Abbildung 1). Die meisten Artikel, die zu den Suchparametern passen, stammen aus der *Süddeutschen Zeitung* mit 871 Treffern. Daraufhin folgen die *FAZ* mit 854 und weiteren 230 Treffern in der Sonntagsausgabe, die *TAZ* mit 792 Artikeln, die *Welt* mit 410 und 291 Artikeln in der *Welt am Sonntag*. Die *Bild* veröffentlichte 51 passende Artikel und weitere 23 in der *Bild am Sonntag*.

Die Auswahl des Suchbegriffes ist für die Analyse wesentlich. Jede der Zeitungen hat einige Artikel über Umweltaktivismus verfasst. Allerdings verwenden sie unterschiedliche Begriffe. Deshalb wurden weitere Stichwortsuchen durchgeführt, unter anderem mit den Namen von aktivistischen Bewegungen und Bezeichnungen für Aktivist*innen.

In die Analyse einbezogen werden 50 Artikel von jeder Zeitung. Da die Anzahl der Artikel aus der *Bild* nicht ausreichen, wird hier die Sonntagsausgabe mit einbezogen. Alle Artikel werden nummeriert und es wird mithilfe eines Zufallszahlengenerators eine Stichprobe von 50 Artikeln von jeder Zeitung gezogen. Diese Auswahl von insgesamt 250 Artikeln wird erneut nummeriert, um die Analyse zu erleichtern.

4.2.2 Diskurs Netzwerk Analyse

Der Schwerpunkt der Forschungsarbeit liegt auf der Diskurs-Netzwerk-Analyse der Debatte um Umwelt- und Klimaaktivist*innen in Deutschland. Diese Diskurs-Netzwerk-Analyse wird mithilfe des Programms Discourse-Network-Analyser von Phillip Leifeld (2009) vorgenommen.

Durch die Entwicklung von Computerprogrammen wie diesem, wurde es möglich, größere Netzwerke, die auf umfangreichen Daten basieren, zu erstellen und zu analysieren (Krempel, 2010, p. 217).

Nachdem von jeder Zeitung eine Stichprobe gezogen wurde, liegt eine Auswahl von 250 Artikeln vor. Diese werden in das Programm *Discourse Network Analyser* (Leifeld, 2009) eingefügt. Jeder Artikel wird mit einem Verweis auf die Quelle und das Erscheinungsdatum in das Programm eingefügt.

Daraufhin werden die Artikel kodiert. Jedes Statement über Umwelt- oder Klimaaktivismus eines Akteurs wird kodiert. Meinungen und Kommentare von Zeitungsjournalist*innen werden nicht kodiert. Wenn eine Aussage von einer relevanten Organisation ohne den Namen einer Person erwähnt wird, wird sie ebenfalls kodiert. Als Akteur wird dann beispielsweise „Pressesprecher*in der Organisation“ kodiert. Namen von Umweltaktivist*innen, die nicht in der Öffentlichkeit stehen, werden zum Schutz der Aktivist*innen in dieser Arbeit anders genannt. Bei Personen, die mehreren Organisationen angehören, wird die Organisation

angegeben, für die die Person am bekanntesten ist, beziehungsweise die am häufigsten in den Artikeln genannt wird. Bei eine*r Aktivist*in, die nach einiger Zeit, in der er/sie hauptsächlich in einer Bewegung aktiv war, einer Partei beigetreten ist, aber immer noch hauptsächlich mit der Klima-Bewegung in Verbindung gebracht wird, wird als Organisation die Klima-Bewegung angegeben.

Die Kategorien für die Statements werden im Verlauf der Kodierung entwickelt und überarbeitet. Im Falle einer neuen Kategorie werden die anderen Kategorien betrachtet, und bei Bedarf wird eine neue Kategorie hinzugefügt. Nach der Kodierung werden die Kategorien, beziehungsweise Statements, noch einmal auf Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen hin überprüft. Die Kategorien, mit denen die Statements kodiert werden, werden als Konzepte bezeichnet.

In dem Programm *Discourse Network Analyser* gibt es eine Dummy Variable, die „agreement“ genannt wird. Diese beschreibt entweder Zustimmung oder Ablehnung zu einem Sachverhalt. Statements, die Umwelt- oder Klimaaktivismus kritisieren, werden als ablehnend eingeordnet. Aussagen, die entweder positiv oder neutral formuliert sind, werden als Zustimmung eingeordnet. Im Folgenden werden ablehnende Aussagen als negativ und zustimmende Aussagen als positiv bezeichnet. Damit ist allerdings keine Wertung der Aussagen selbst verbunden.

Die folgenden Textausschnitte sind aus zwei Zeitungsartikeln. Beide Aussagen wurden kodiert und in der Analyse berücksichtigt. Das eine Beispiel enthält zustimmende Aussagen über Klimaaktivist*innen und das andere ablehnende.

Kodiertes Statement: „Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser sagt über die Angriffe auf die Letzte Generation: Das ist eine Ablenkungsdebatte, die geführt wird, um nicht über die eigenen Versäumnisse sprechen zu müssen. Er teile die Anliegen der Letzten Generation:“ TAZ Nr. 209 10.12.2022, „Ungehorsam, aber zivil; Die Aktionen der Letzten Generation erzeugen gerade viel Aufmerksamkeit für die Klimakrise, die Gruppe wird aber auch hart angefeindet. Wer sind die Menschen, die sich ihr anschließen und warum ist sie so hierarchisch organisiert?“			
Person/ Akteur:	Organisation:	Concept /Konzept:	agreement /Zustimmung:
Martin Kaiser	Greenpeace	Ablenkungsdebatte statt über den Klimawandel zu sprechen	Yes

Kodiertes Statement: „NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (45, Grüne) hat derweil zu einer gewaltfreien Beendigung der Besetzung aufgefordert.“ Bild, Nr. 3, 24.12.2022 „LÜTZERATH WIRD ABGERIEGELT Polizei macht Ernst“			
Person/ Akteur:	Organisation:	Concept /Konzept:	agreement /Zustimmung:
Mona Neubaur	Grüne	Forderung gewaltfreien Beendigung der Besetzung Lützerath	No

Jeder Artikel wurde einzeln kodiert. Um festzustellen, ob diese Kodierung konsistent ist, wurden einige Artikel nach einem Zeitraum von mehreren Wochen erneut kodiert. Die Kodierung stimmte mit der ersten Kodierung überein. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass andere Personen die Artikel auf eine andere Art kodieren.

4.2.3 Visualisierung der Netzwerke

Die Möglichkeiten der Netzwerkanalyse haben sich durch Visualisierungsprogramme verändert. Diese Programme ersetzen mühselige Analysen von handgezeichneten Netzwerken und Matrixalgebra. Zudem können riesige Datenmengen zu Netzwerken verarbeitet werden.

„Erst die automatische Anordnung der Einheiten zu einem Layout, das vielfältige Eigenschaften des zugrundeliegenden Graphen ablesbar werden lässt, erlaubt es in weiteren Arbeitsschritten, die Bedeutung der Anordnungen durch Abbildung (Mapping) weiterer Merkmale und Attribute näher zu inspizieren“ (Krempel, 2010, p. 218).

Durch die Erstellung von Graphen werden vielfältige Informationen sichtbar. Für die Darstellung der Informationen werden verschiedene Farben, unterschiedliche Größen und die Position der Einheiten verwendet (Krempel, 2010, p. 219).

Zur Visualisierung der Netzwerke wird das Programm *Visone*¹ verwendet. Nach der Kodierung aller Zeitungsartikel in dem Programm *Discourse Network Analyser* werden einzelne Netzwerkdateien exportiert. Jede Datei wird speziell für die Anforderungen des Netzwerkes, einzeln erstellt. Diese Dateien werden in das Programm *Visone* eingefügt. In dem Programm werden einzelne Graphen erstellt.

Für die Analyse des Diskurses werden unterschiedliche Netzwerke modelliert. Die Netzwerke sind Graphen, die aus Knoten (V) und Kanten (E) bestehen ($G = V, E$). Bei Diskursnetzwerken sind diese Knoten Akteure (A) oder Konzepte (C) und die Kanten sind die jeweiligen Relationen (E) (Janning et al., 2009, p. 71 f.).

Ein Akteurs-Netzwerk $G = (A, E)$ beschreibt die Beziehungen von Akteuren zueinander.

Konzept-Netzwerke $G = (C, E)$ werden aus den Konzepten und deren Relationen modelliert.

Netzwerke mit Akteuren und Konzepten $G = (A, C, E)$ sind Affiliationsnetzwerke. Dabei handelt es sich um bipartite Graphen. Relationen zwischen gleichen Elementmengen außer Acht gelassen. In dem Graphen werden Akteure nur mit Konzepten und nicht mit anderen Akteuren verbunden. Gleiches gilt für die Konzepte.

Affiliationsnetzwerke sind Two-Mode Netzwerke. Bei Akteurs-Netzwerken und Konzept-Netzwerken handelt es sich um One-Mode Netzwerke (Janning et al., 2009, p. 72 f.).

¹ <https://visone.ethz.ch>

Aus den Daten werden 15 Netzwerke modelliert. Diese Netzwerke sind Akteurs-Netzwerke, Konzept-Netzwerke und Affiliationsnetzwerke. Um Unterschiede zwischen den Zeitungen zu untersuchen, werden für jede Zeitung zwei Affiliationsnetzwerke modelliert, die aus Akteuren und Konzepten, beziehungsweise Organisationen und Konzepten bestehen.

Die visualisierten Netzwerke werden auf eine mögliche Polarisierung hin untersucht. Die Polarisierung beschreibt die Gegensätzlichkeit in Bezug auf die Argumentation. In einem stark polarisierten Diskurs werden keine Argumente von den Akteuren der beiden argumentativen Seiten geteilt. Entweder argumentieren sie unterschiedlich, oder die Akteure sind anderer Meinung (Nagel, 2016, p. 127). Bei einer starken Polarisierung teilen sich Akteure in zwei unterschiedliche Lager, in denen wichtige Angelegenheiten intern besprochen werden (Urban Pappi, 2010, p. 592).

Zusätzlich zu den Netzwerken werden Listen erstellt, in denen alle Personen, Organisationen und Konzepte aufgeführt sind. Die Konzepte werden in einem weiteren Schritt auf Ähnlichkeiten in der Argumentation hin untersucht. Sie werden einerseits in positive und negative Aussagen unterteilt und andererseits thematisch in Cluster eingeteilt. Dabei wurde festgestellt, dass dieselben Themen in positiven und negativen Aussagen aufgegriffen wurden.

4.2.4 Qualitative Inhaltsanalyse

Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2022) ist eine weitere Methode, um qualitative Daten zu analysieren. Die Methode wird angewandt zur „Systematisierung von Kommunikationsinhalten mit dem Ziel einer in hohem Maße regelgeleiteten Interpretation“ (Kuckartz & Rädiker, 2022, p. 38). Daten, wie beispielweise Zeitungsartikel, können untersucht und analysiert werden. Bestimmte Inhalte oder Themen werden nach bestimmten Regeln interpretiert. Es handelt sich um „eine Forschungsmethode zur Systematisierung von manifesten und latenten Kommunikationsinhalten“ (Kuckartz & Rädiker, 2022, p. 38).

Die Qualitative Inhaltsanalyse kann in Form von unterschiedlichen forschungskontextuellen Verfahren durchgeführt werden. Je nach Forschungsgegenstand und verfügbaren Daten gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten. Die Inhalte werden systematisiert, indem sie in Kategoriensysteme eingeordnet werden. Alle Materialien, die für die Untersuchung der Forschungsfrage bedeutsam sind, werden kodiert. Die Kategoriensysteme werden hauptsächlich qualitativ analysiert. Ergänzend können auch einzelne quantitative Analysen durchgeführt werden. Kuckatz beschreibt Möglichkeiten, die Qualitative Inhaltsanalyse zu

verwenden. Demnach kann diese nicht ausschließlich zur Beschreibung des qualitativen Materials verwendet werden. Es ist ebenso möglich, Zusammenhänge zu entdecken oder Theorien und Hypothesen zu überprüfen. Die Methode eignet sich für die Beschreibung und Analyse (Kuckartz & Rädiker, 2022, p. 39).

Das Material wird kodiert. Dabei werden die Kategorien entdeckt und während der Analyse fortlaufend weiterentwickelt. Währenddessen werden Memos verfasst. In Memos werden Auswertungsideen, Erkenntnisse und Arbeitshypothesen festgehalten (Kuckartz & Rädiker, 2022, p. 40).

Die Qualitative Inhaltsanalyse eignet sich für verschiedene Datenarten. Neben Interviews, Dokumenten, Beobachtungsprotokollen, Feldnotizen, Videos und Bildern werden auch Reden, Debatten, Podcasts und viele weitere Datenarten mit der Methode analysiert (Kuckartz & Rädiker, 2022, p. 41).

Drei Merkmale sind für die Methode im Vergleich zu anderen Inhaltsanalysen besonders bedeutsam. Das zentrale Merkmal der Analyse ist das kategorienbasierte Vorgehen und die Kategorien an sich. Die Inhaltsanalyse wird systematisch mit festgelegten Regeln der einzelnen Schritte durchgeführt. Die Kategorisierung und Klassifizierung des Materials wird auf alle Daten angewendet (Kuckartz & Rädiker, 2022, p. 43).

Die ausgewählten Artikel wurden für die Diskurs-Netzwerk-Analyse in das Programm DNA eingefügt und digital kodiert. Für die Qualitative Inhaltsanalyse wurden sie ausgedruckt und bearbeitet. Auf den Ausdrucken werden wichtige Textstellen hervorgehoben, durch Textmarker und Kommentare am Rand des Textes vermerkt. In den zugehörigen Memos wird die Nummer des Artikels und die Seite vermerkt.

Das zentrale Ziel der Netzwerkanalyse ist die Beschreibung von sozialen Strukturen. Die Knoten des Netzwerks stellen Akteure dar. Die Verbindungen zwischen den Akteuren bzw. die Kanten des Netzwerks bilden die Beziehungen ab, in denen die Akteure zueinanderstehen (Nagel, 2016, p. 22). Bei der Diskurs-Netzwerk-Analyse können jedoch nur Aussagen von Akteuren kodiert werden. In einigen Zeitungsartikeln, die Umwelt- und Klimaaktivismus thematisieren, sind keine Aussagen von Akteuren. Um diese Artikel ebenfalls zu berücksichtigen werden sie mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse kodiert.

Das Ziel der Qualitativen Inhaltsanalyse ist, ergänzend zur Diskurs-Netzwerk-Analyse, die Themen des Umwelt- und Klimaaktivismus-Diskurses zu untersuchen.

Die Artikel werden auf zwei Inhalte hin untersucht. Zum einen wird für jeden Artikel das Thema und Sub-thema des Artikels vermerkt. Die Debatte um Umwelt- und Klimaaktivismus ist sehr

umfangreich. In einigen Artikeln, die andere Themen behandeln, werden Kommentare oder Vergleiche zu dem Thema gezogen.

In einem zweiten Schritt werden die Inhalte über Umwelt- und Klimaaktivist*innen auf Themen hin untersucht. Hierfür wurden Memos verfasst, in denen die Themen der Beiträge zu Aktivismus und Verweise auf die Textstellen festgehalten wurden. Zudem wurden Textstellen in den Artikeln markiert und mit den Themen versehen.

Diese Themen werden dann mit der Argumentation in der Debatte durch die Konzepte, beziehungsweise den Clustern aus der Diskurs-Netzwerk-Analyse, verglichen.

4.2.5 Forschungsethik

Die Forschungsethik beschäftigt sich mit Regeln und ethischen Prinzipien, wie Forschende mit Personen, die in den Untersuchungen einbezogen werden, umgehen sollten (Scheytt & Pflüger, 2025, p. 139). Mögliche Folgen für Beforschte im medizinischen Bereich sind offensichtlich. Studien thematisieren meist direkt die Gesundheit der Teilnehmenden. Dennoch sind auch mögliche Konsequenzen von sozialwissenschaftlichen Forschungen nicht zu unterschätzen. Diese sind meist nicht so offensichtlich und direkt nachvollziehbar wie bei medizinischer Forschung. Die Auswirkung sozialwissenschaftlicher Forschung entstehen durch „komplexe, diskursive Prozesse der wechselseitigen Beeinflussung und Herstellung von Wissen und sozialen Wirklichkeiten“ (von Unger et al., 2014, p. 5).

Da sozialwissenschaftliche Forschung sich mit Menschen beschäftigt, müssen sich Forschende der Verantwortung bewusst sein. Wichtige ethische Grundsätze müssen, bezogen auf das eigene Handeln, ständig kritisch reflektiert werden. Zu diesen Grundsätzen gehören das Schadenvermeidungsprinzip, der Schutz von Rechten der Beforschten, der Datenschutz und Fragen zur Interaktion mit anderen Personen und der Wahrnehmung von Wissenschaftsverantwortung (von Unger et al., 2014, p. 5 ff.).

Das Schadenvermeidungsprinzip beinhaltet neben dem psychischen und physischen Wohlergehen auch negative rechtliche, wirtschaftliche oder soziale Folgen für Studienteilnehmer*innen. Dies kann beispielsweise durch die Weitergabe oder Veröffentlichung von sensiblen Daten geschehen (Döschner & Tausendpfund, 2022, p. 360).

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Thema der wissenschaftlichen Fälschungen. Empirische Daten müssen korrekt und ohne bewusste Manipulation erhoben werden. In den Arbeiten dürfen keine Plagiate vorkommen. Textteile oder Ideen anderer Wissenschaftler*innen werden durch einen Verweis auf die Originalquelle kenntlich gemacht. Der Forschungsprozess wird

genau dokumentiert und die Daten und Ergebnisse werden archiviert (Döschner & Tausendpfund, 2022, p. 359).

Bei klassischen sozialwissenschaftlichen Befragungen geben die Teilnehmenden eine informierte Einwilligung ab. Die Teilnahme ist freiwillig. Bei sogenannten risikolosen Studien besteht ein legitimer Verzicht, bezogen auf die informierte Einwilligung. „Diese Ausnahme bezieht sich auf non-reaktive Methoden ohne Kontakt zwischen Forschenden und Untersuchten.“ Hierzu zählt die Analyse öffentlicher Dokumente wie Zeitungsartikel (Döschner & Tausendpfund, 2022, p. 370).

Dennoch müssen auch diese Daten mit Umsicht behandelt werden, da für Personen, die in Zeitungsartikeln genannt werden, trotzdem Risiken bestehen.

Bei qualitativen Forschungsmethoden muss der subjektive Einfluss der Forschenden kritisch reflektiert werden. Die Forschung birgt eine gesellschaftliche und politische Verantwortung, insbesondere im Zusammenhang mit ungleichen Machtverhältnissen (von Unger et al., 2014, p. 2).

In der Arbeit werden einige Akteure anonymisiert und andere bewusst nicht anonymisiert. Personen des öffentlichen Lebens, wie Politiker*innen, werden nicht anonymisiert. Die Person selbst kann für die Analyse relevant sein. Außerdem sind Aussagen von Personen des öffentlichen Lebens in der Regel bewusst getätigt und in der Zeitung veröffentlicht worden. Andere Akteure werden anonymisiert. Diese sind im Anhang gekennzeichnet. Die Anonymisierung von Aktivist*innen ist in Hinblick auf mögliche Konsequenzen besonders wichtig. Gegen mehrere Umwelt- und Klimabewegungen wird von verschiedenen Behörden ermittelt. Zudem werden sie teilweise von Personen aufgrund ihrer aktivistischen Handlungen bedroht. Diese Aspekte müssen bei der Handhabung von personenbezogenen Daten berücksichtigt werden.

5 Ergebnisse

Die ausgewählten Zeitungen schrieben unterschiedlich häufig über Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Eine Stichwortsuche mit den Namen der Bewegungen zeigt, wie häufig diese im Jahr 2022 in einem Artikel in den Zeitungen erwähnt wurden (Abbildung 2). Die Stichwortsuche wurde in den bereits erwähnten Onlinedatenbanken durchgeführt.

Am häufigsten wurde in den Zeitungen *Fridays for Future* genannt. Daraufhin folgt die *Letzte Generation*. Die Gruppen *Ende Gelände* und *Extinction Rebellion* wurden etwa gleich häufig erwähnt. Die *TAZ* veröffentlichte die meisten Artikel über die Gruppen. Darauf folgt die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Welt* und zuletzt die *Bild*. Die Anzahl der Artikel zeigt bedingt, in welchem Umfang über diese Klimaaktivist*innen berichtet wurde. Dennoch kann in den Zeitungen auch über Aktionen berichtet worden sein, ohne dass der Name der Bewegung genannt wurde.

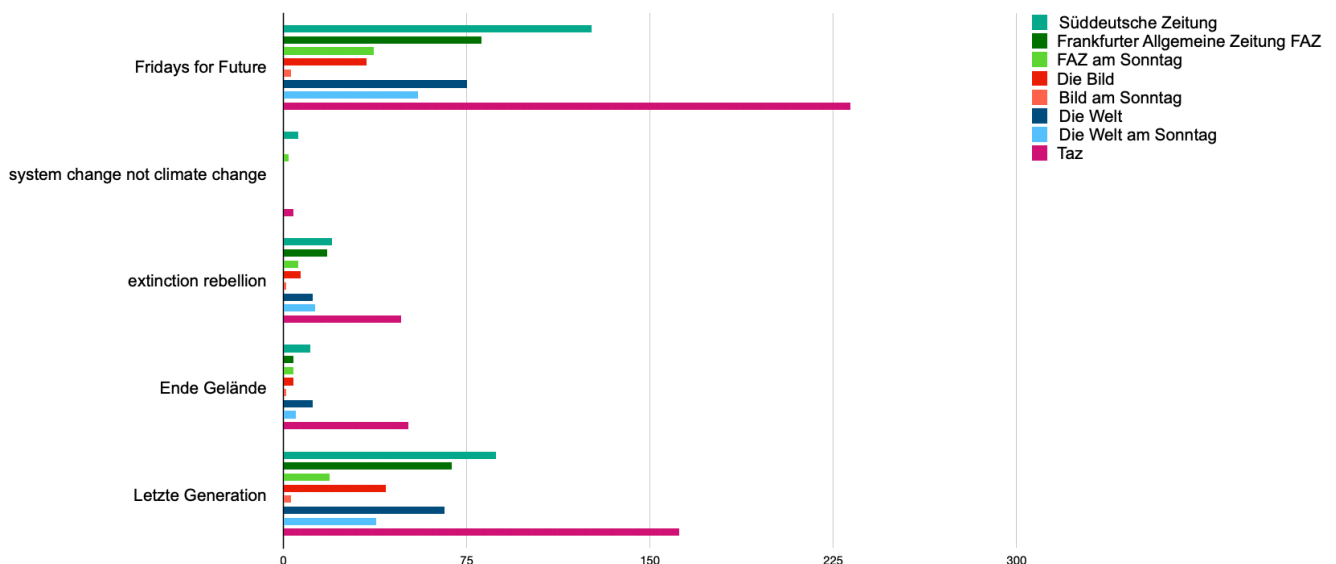


Abbildung 2: Anzahl Zeitungsberichte über Bewegungen

Mithilfe der Diskurs-Netzwerk-Analyse wurden eine Reihe von Netzwerken erstellt. Diese sind sowohl One-Mode Netzwerke, als auch Two-Mode Netzwerke.

Die Netzwerke sind entweder Gesamtnetzwerke, die alle kodierten Statements der 5 Zeitungen enthalten, oder Teilnetzwerke, die den Diskurs in einer ausgewählten Zeitung abbilden. Die Netzwerke bilden eine, oder mehrere der Variablen Personen, Organisationen oder Statements ab. In den Netzwerken, die eine oder zwei der Variablen abbilden, wurden dennoch alle Variablen in die Berechnungen einbezogen.

In dem Diskurs wurden Aussagen von 113 Personen kodiert. Diese gehören 38 unterschiedlichen Organisationen an. Insgesamt wurden 51 unterschiedliche Statements kodiert. Davon waren 25 mehrheitlich positive oder neutrale Statements und 26 mehrheitlich negativ bewertende Statements. Eine vollständige Liste der Personen, Organisationen und Statements befindet sich im Anhang.

Die Abbildung 3 zeigt, welchen Organisationstypen die Personen angehören. In dem Diagramm wird die Anzahl an Personen und nicht die Anzahl an Statements der Personen abgebildet. Etwa die Hälfte der Diskursteilnehmenden (49 %) sind Politiker*innen. Mehr als ein Viertel der Personen sind Aktivist*innen (28 %). Die weiteren Personen, die sich in dem Diskurs äußern, gehören Verbänden, Behörden, Unternehmen, NGOs und weiteren Organisationen an.

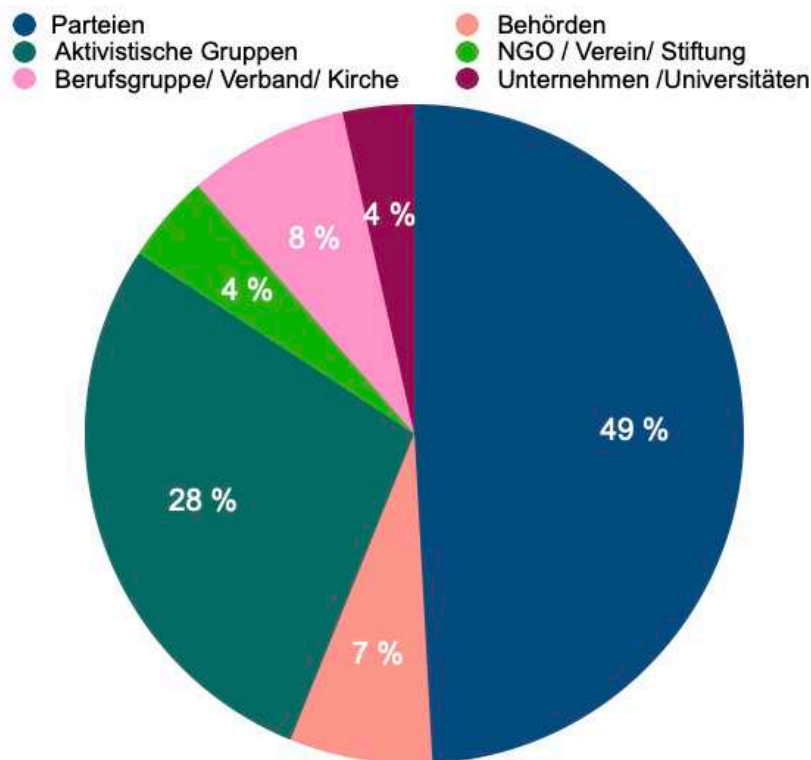


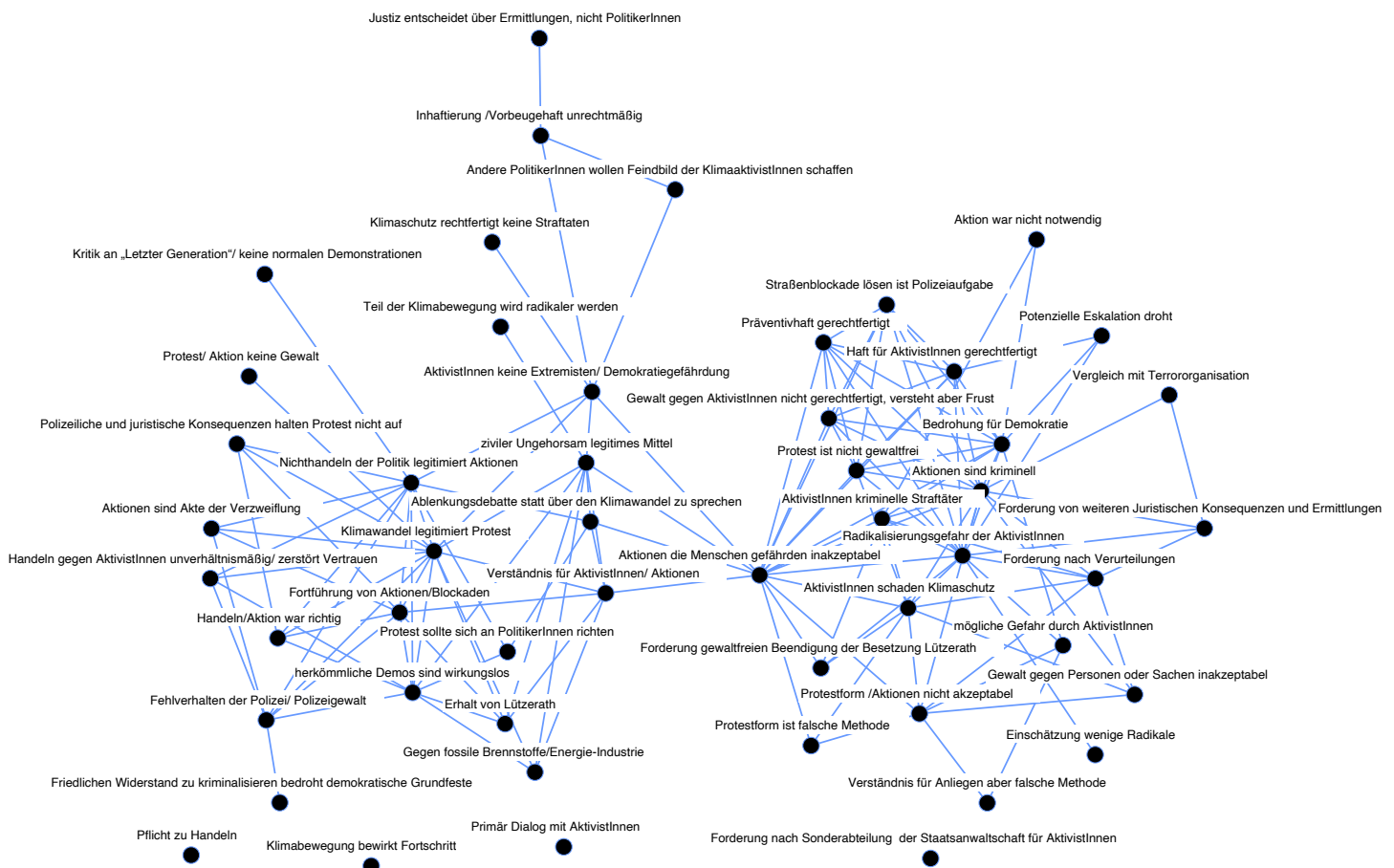
Abbildung 3: Anzahl der Personen, sortiert nach Organisationsart

Die Form der Netzwerke wird durch das Programm *Visone* und mithilfe von mathematischen Berechnungen bestimmt. Einzelne kleine Veränderungen werden vorgenommen, wenn andernfalls Informationen verloren gehen. So werden Knoten, die übereinanderliegen, für eine bessere Sichtbarkeit leicht verschoben. Dennoch wird an der wesentlichen Struktur des Netzwerkes nichts verändert.

5.1 Diskurs-Netzwerke

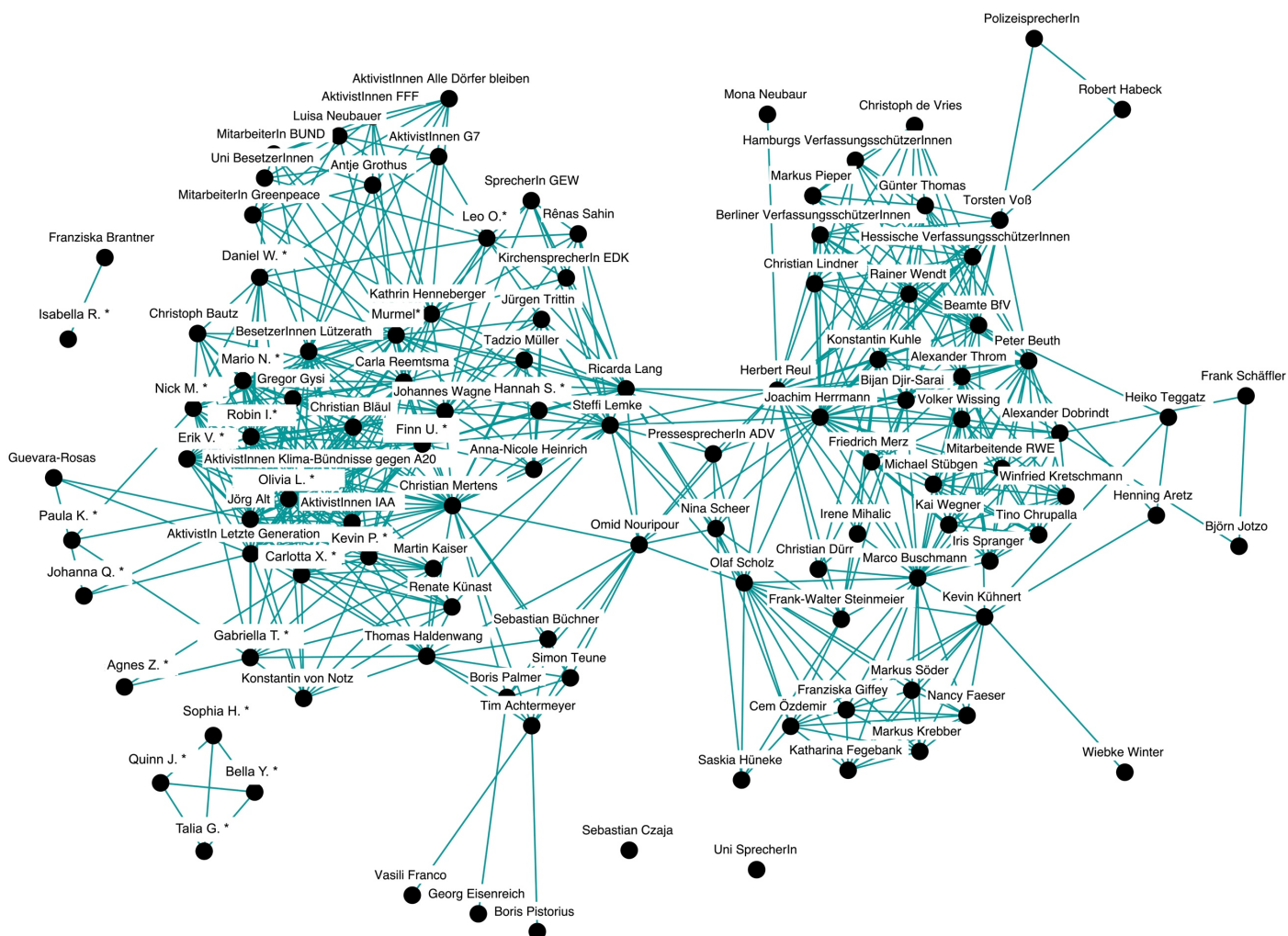
Das Netzwerk 1 besteht aus allen Statements, die in diesem Diskurs geäußert wurden. Diese werden durch die Akteure und die zugehörigen Organisationen verbunden. Die Variablen Organisation und Akteure sind nicht sichtbar. Es handelt sich um ein One-Mode Netzwerk. Auf der linken Seite des Netzwerkes befinden sich mehrheitlich Argumente, die sich für die Klimaaktivist*innen und die Protestaktionen aussprechen. Auf der rechten Seite befinden sich mehrheitlich Argumente dagegen. Das Netzwerk ist stark polarisiert. Nur wenige Kanten verbinden die zwei stark vernetzten Teile des Netzwerks. Weitere vier Statements haben keine Verbindung zum restlichen Netzwerk.

Abbildung 4: Netzwerk [1] Konzepte, One-Mode Netzwerk



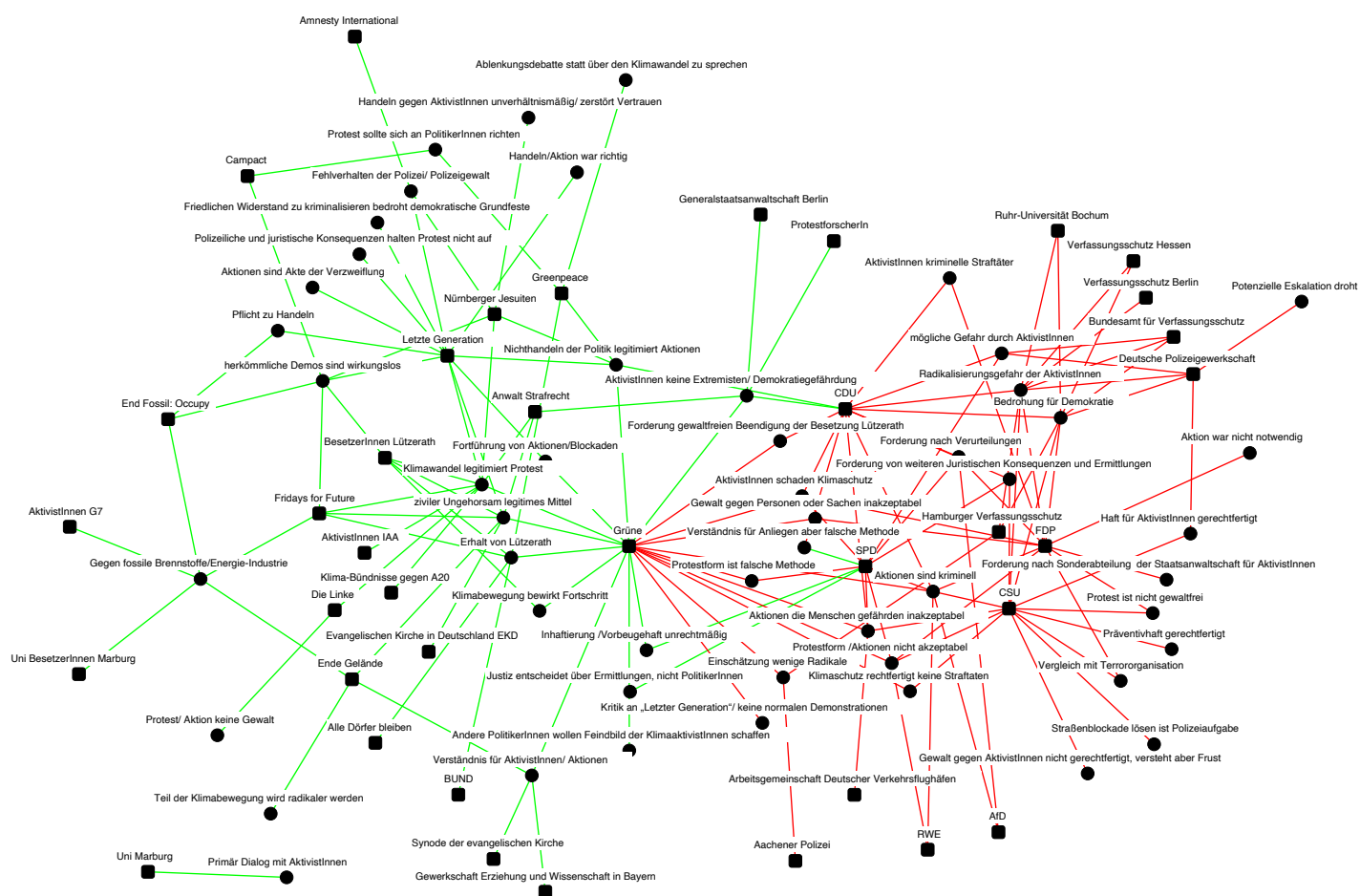
Das Netzwerk 3 besteht aus allen an dem Diskurs beteiligten Personen. Diese werden durch geäußerte Statements verbunden. Das Netzwerk ist ein One-Mode Netzwerk. Es weist eine starke Polarisierung auf. Die beiden Seiten des Netzwerkes werden durch 3 Knoten, beziehungsweise Personen, verbunden. Diese 3 Personen sind Politiker*innen der Partei *die Grünen*. Sie äußerten sich sowohl kritisch, als auch befürwortend. Neben dem Netzwerk sind 4 Personen zu einem weiteren kleinen Netzwerk verbunden. Außerdem sind 4 weitere Personen abgebildet, die keine Verbindung zu einem der Netzwerke haben. Das kleinere Netzwerk besteht ausschließlich aus Aktivist*innen. Die Personen ohne Verbindungen zu einem der Netzwerke sind ein*e Aktivist*in, ein*e Universitätssprecher*in und zwei Politiker*innen.

Abbildung 6: Netzwerk [3] Personen, One-Mode Netzwerk



Das Netzwerk 4 ist ein Two-Mode Netzwerk, in dem Organisationen und Konzepte dargestellt werden. Die Knoten haben unterschiedliche Formen. Runde Knoten sind Konzepte und eckige Knoten stehen für Organisationen. In dem Netzwerk werden die Konzepte mit den Organisationen verbunden, wenn Akteure dieser Organisationen diese geäußert haben. Kanten verlaufen ausschließlich zwischen Konzepten und Organisationen. Die Kanten haben zwei Farben. Die Farbe wird durch die Variable Zustimmung bestimmt. Rote Kanten bedeuten, der Akteur hat sich im Zusammenhang mit Umweltaktivist*innen negativ wertend geäußert, positive oder neutrale Aussagen werden durch grüne Kanten dargestellt.

Abbildung 7: Netzwerk [4] Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



Das Netzwerk weist eine relativ ausgeprägte Polarisation auf. Die zwei Diskursseiten werden durch zwei Organisationen verbunden. Die Farbe der Kanten zeigt, dass das Netzwerk auf der rechten Seite aus kritischen Organisationen und Argumenten besteht und auf der linken Seite aus befürwortenden. Die Kanten auf der linken Seite des Netzwerkes sind grün. Diese Organisationen vertreten Ansichten, die Aktivist*innen unterstützen. Auf der rechten Seite des Netzwerkes sind rote Kanten. Diese verbinden Organisationen mit kritischen Argumenten.

Die meisten Organisationen, die in diesem Diskursnetzwerk abgebildet sind, äußern sich konstant positiv oder konstant negativ zu Klimaaktivist*innen. Die drei Parteien, die sowohl positive, als auch negative Statements abgeben, unterscheiden sich durch die Position im Netzwerk. Die Parteien *SPD* und *CDU* weisen einige Kanten zu kritisierenden Statements auf. Nur zwei Kanten verbinden sie mit positiven oder neutralen Statements. *Die Grünen* haben 10 Kanten zu positiven und 10 Kanten zu negativen Statements. Sie sind in dem Netzwerk in der Mitte positioniert.

Abbildung 8: Netzwerk [5] Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



Wie bereits im Netzwerk 4 sind die Knoten in zwei unterschiedlichen Formen und die Kanten in den Farben rot und grün abgebildet. Runde Knoten markieren Konzepte, während eckige Knoten für Personen stehen.

Auf der linken Seite des Netzwerkes sind kritische Statements und Akteure abgebildet, die mit roten Kanten verbunden werden. Auf der rechten Seite sind grüne Kanten, die positive Statements mit Akteuren verbinden. Das Netzwerk zeigt, dass drei Akteure die zwei Netzwerkseiten miteinander verbinden, indem sie sowohl positive, als auch negative Statements abgeben. Diese drei Politiker*innen gehören der Partei *die Grünen* an. Zwei weitere Politiker*innen von den *Grünen* äußern sich ebenfalls gemischt, allerdings ohne weitere Netzwerkverbindungen. Neben dem Netzwerk sind 4 Netzwerkfragmente abgebildet, die keine Verbindung zu dem großen Netzwerk aufweisen. Das Netzwerk weist durch seine Verbindung der beiden Diskursseiten von ausschließlich 3 Akteuren eine starke Polarisierung auf.

Die folgenden 10 Netzwerke stellen einen Teil des Diskurses dar. Sie wurden aus den Daten von jeweils einer der ausgewählten Zeitungen modelliert. Zu jeder Zeitung werden zwei Netzwerke modelliert. Das eine Netzwerke bildet die Konzepte und Organisationen ab. In dem zweiten Netzwerk werden die Personen und Konzepte visualisiert.

Die Netzwerke, in denen nur Statements aus Artikeln von einer der Zeitungen abgebildet werden, sind kleiner. Teilweise sind diese auch wesentlich fragmentierter. Diese Netzwerk-Fragmente könnten sich in Analysen mit einer größeren Stichprobe zu ganzen Netzwerken zusammenfügen. Dennoch zeigt der Unterschied von fragmentierten zu vollständig miteinander verbunden Netzwerken Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitungen auf. Die Stichprobengröße der Zeitungen ist gleich groß. Der Unterschied in der Anzahl der Knoten und Kanten zeigt den Umfang des Diskurses in der jeweiligen Zeitung.

Abbildung 9: Netzwerk [6] SZ, Organisationen & Konzepte



Abbildung 10: Netzwerk [7] SZ, Personen & Konzepte



5.2 Statements:

In dem Diskursnetzwerk werden von den Akteuren insgesamt 51 Statements abgegeben. Davon sind 25 Statements überwiegend positive oder neutral bewertende Aussagen und 26 Statements überwiegend negative Bewertungen. Unter den 6 häufigsten Statements sind drei positive und drei negative Statements.

Befürworter*innen argumentieren, das Nichthandeln der Politik legitimiere die Aktionen, der Klimawandel legitimiere den Protest und der zivile Ungehorsam sei ein legitimes Mittel. Gegner argumentieren hingegen, die Protestform und die Aktionen seien nicht akzeptabel, es bestehe eine Radikalisierungsgefahr für die Aktivist*innen und die Aktionen seien kriminell.

5.3 Themenccluster:

Die Statements werden zu inhaltlich ähnlichen Clustern gruppiert. Auf den beiden Diskursseiten wird über dieselben Themen gesprochen. Nur werden sie von den Akteuren unterschiedlich bewertet oder begründet.

Das erste Themenccluster beschäftigt sich mit der Legitimität der aktivistischen Proteste und Aktionen. Auf der einen Seite wird argumentiert, der zivile Ungehorsam sei ein legitimes Mittel, der Klimawandel und das Nichthandeln der Politik legitimiere die Proteste. Auf der anderen Seite wird argumentiert, Klimaschutz rechtfertige keine Straftaten, die Protestform und die Aktionen seien nicht akzeptabel und die falsche Methode. In einem Statement wird geäußert, man habe zwar Verständnis für das Anliegen, aber dennoch sei die Protestform die falsche Methode.

Das zweite Cluster beinhaltet weitere Statements über die Begründung und Kritik an Klimaaktivist*innen. Aktivist*innen rechtfertigen die Aktionen mit den Argumenten, die herkömmlichen Demonstrationen seien wirkungslos und die Aktionen seien ein Akt der Verzweiflung. Außerdem begründen sie die Proteste durch eine Pflicht zu handeln und bewerten die Aktionen als richtig. Sie kündigen an, mit den Blockaden und anderen Aktionen fortzufahren. Zudem wird die fossile Brennstoffe/Energie-Industrie als Protestziel genannt. Weitere Akteure äußern Verständnis für die Aktivist*innen und die Protestaktionen. Von Aktionen betroffene Akteure äußern Verständnis für die Aktionen und wollen anstelle von polizeilichen Maßnahmen oder ähnlichem zunächst mit den Aktivist*innen in einen Dialog treten. Des Weiteren werden die Argumente genannt, der Protest solle sich primär an Politiker*innen richten. Andererseits argumentieren Akteure in diesem Cluster, die Aktionen

seien nicht notwendig, kriminell und kritisieren die Bewegung *Letzte Generation* direkt mit dem Argument, die Proteste der Bewegung seien keine normalen Demonstrationen.

Das dritte Cluster umfasst Statements zum Klimaschutz. Auf der einen Seite wird argumentiert, die Klimabewegung bewirke Fortschritte, die Kritik an den Demonstrationen sei eine Ablenkungsdebatte, die geführt würde, um sich nicht mit dem Klimawandel zu beschäftigen und Politiker*innen würden teilweise versuchen, ein Feindbild von Klimaaktivist*innen zu schaffen. Auf der anderen Seite wird das Argument genannt, die Aktivist*innen würden durch ihre Aktionen dem Klimaschutz schaden.

Das vierte Cluster umfasst Argumente zu der Legalität der Aktionen und verschiedene weitere juristische Bewertungen. Zunächst werden Verurteilungen, weitere juristische Konsequenzen und Ermittlungen gegen die Aktivist*innen gefordert. Es wird argumentiert, sowohl die Haft als auch die Präventivhaft seien als Maßnahmen gerechtfertigt. Es wird eine Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft gefordert, die sich nur mit Aktivist*innen beschäftigen soll. Das Lösen der Straßenblockade wird als polizeiliche Aufgabe eingestuft und Aktivist*innen werden als kriminelle Straftäter bewertet. Auf der anderen Seite des Clusters wird argumentiert, die Inhaftierung und Vorbeugehaft seien unrechtmäßig. Über Ermittlungen zu entscheiden sei die Aufgabe der Justiz und nicht die von Politiker*innen. Aktivist*innen argumentieren, die polizeilichen Maßnahmen und juristischen Konsequenzen würden den Protest nicht aufhalten.

In dem fünften Cluster wird das Thema Gewalt diskutiert. Dabei werden auf den beiden Seiten unterschiedliche Personengruppen beschuldigt, Gewalt auszuüben. Auf der einen Seite wird erklärt, der Protest der Aktivist*innen sei nicht gewaltfrei, Gewalt gegen Personen oder Sachen sei inakzeptabel und Aktionen, bei denen Menschen gefährdet würden, seien ebenfalls inakzeptabel. In einem weiteren Statement wird das Thema der Gewalt gegen Klimaaktivist*innen von Gegnern der Aktionen aufgegriffen. Hierbei wird argumentiert, Gewalt gegen Aktivist*innen sei nicht gerechtfertigt, aber es gäbe Verständnis für den Frust der Menschen, die die Gewalt ausüben. Auf der anderen Seite wird über das Fehlerhafte der Polizei und Polizeigewalt gegen Aktivist*innen diskutiert. Zudem wird darauf eingegangen, das Handeln gegen Aktivist*innen sei unverhältnismäßig und zerstöre das Vertrauen und die Proteste und Aktionen seien keine Gewalt.

Das sechste Cluster befasst sich mit Argumenten zu den Themen Radikalisierung und Demokratiegefährdung. Hierbei wird auf beiden Seiten mit diversen Statements diskutiert. Die Akteure, die gegen Klimaaktivismus argumentieren, bewerten den Sachverhalt zwar als negativ, doch in unterschiedlichen Ausprägungen. Einzelne Akteure sehen unter Aktivist*innen nur wenige Radikale. Weitere sehen eine Radikalisierungsgefahr von Aktivist*innen. Darüber hinaus gibt es Statements, die von einer möglichen Gefahr durch Aktivist*innen, einer Bedrohung für die Demokratie, sowie einer drohenden Eskalation ausgehen. In einem

weiteren Statement werden Aktivist*innen mit Terrororganisationen verglichen oder als solche bezeichnet. Auf der Seite der Befürworter*innen von Aktivist*innen wird argumentiert, Aktivist*innen seien keine Extremisten und würden keine Gefahr für die Demokratie darstellen. Die Kriminalisierung von friedlichem Widerstand würde hingegen demokratische Grundfesten bedrohen. In einem weiteren Statement wird von einem Akteur erklärt, ein Teil der Klimabewegung würde in Zukunft radikaler werden. Der Kontext des Statements bewertete Klimaaktivismus und die mögliche Radikalisierung dennoch positiv.

In dem siebten Cluster wird der Ort Lützerath diskutiert. Hierbei wird auf der einen Seite gefordert, die Besetzung des Ortes gewaltfrei zu beenden, und auf der anderen Seite wird der Erhalt des Ortes gefordert.

5.4 Weitere Ergebnisse

Mit der Qualitativen Inhaltsanalyse werden die Zeitungsartikel auf ihre übergeordneten Themen hin untersucht und es werden zu weiteren Themen des Diskurses Erkenntnisse gesammelt.

In einigen Artikeln, die aufgrund der Auswahlkriterien gewählt wurden, wird zwar der Umwelt- oder Klimaaktivismus angesprochen, aber das eigentliche Thema des Artikels ist ein anderes. Deshalb wurden die ausgewählten Artikel mit dem Haupt- und Sub-Thema des Artikels kodiert. Die Liste der kodierten Themen zeigt die umfangreiche Bandbreite der Themen, die mit dem Thema Umwelt- und Klimaaktivismus in Verbindung gebracht werden.

In einem weiteren Schritt werden in den Artikeln weitere Themen identifiziert, die mit dem Thema diskutiert werden.

In den ausgewählten Artikeln werden diverse Themen behandelt. Einige Artikel beschäftigen sich hauptsächlich mit Umwelt- oder Klimaaktivismus. Dabei wird über aktivistische Ereignisse, die Legitimität der Aktionen, Gewalt von Aktivist*innen, Polizeigewalt und Lützerath geschrieben. Zudem werden Themen wie Rassismus, Antisemitismus und Ungleichheit behandelt.

Die Zeitungsartikel, die Aktivismus thematisieren, beschäftigen sich weitgehend mit denselben Themen, die von den Akteuren in der Diskurs-Netzwerk-Analyse diskutiert werden. Allerdings sind beispielsweise juristische Erläuterungen und Kommentare zu aktivistischen Bewegungen oder einzelnen Ereignissen in einigen Artikeln detaillierter. Die Themen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus sind zwar Themen, die die Umwelt- und Klimabewegung thematisieren. In der Diskurs-Netzwerk-Analyse finden sich in diesem Fall allerdings keine Aussagen von

Akteuren dazu. Wie auch in den Netzwerken werden die Themen Gewalt, Legitimität und Radikalität in den Artikeln ausführlich diskutiert. Hierbei wird auf das Handeln von Aktivist*innen und Polizist*innen beziehungsweise weiteren Personen aus dem Justizsystem eingegangen. Der Ort Lützerath wird, ebenso wie in den Netzwerken von einigen Akteuren, häufig als Symbol bezeichnet.

Die Artikel, die sich anderen Themen widmen aber einen Kommentar, Vergleich oder ähnliches zu Umwelt- und Klimaaktivist*innen ziehen, behandeln die folgenden Themen. In einigen der Artikeln, geht es hauptsächlich um Politik. Die Artikel behandeln dabei Parteien, die Politik verschiedener Länder, die Europäische Union, verschiedene Gesetze, den russischen Krieg gegen die Ukraine, Energie-Politik oder Umweltgesetze. Einige der Themen weisen Überschneidungen auf. Die Energie-Politik steht unter anderem aufgrund des Erdgases in Verbindung mit Russland. In diesem Zusammenhang wird auch die Pipeline Nord-Stream 2 diskutiert. Umwelt- und Klimaschutzgesetze werden häufig auf EU Ebene diskutiert und verabschiedet.

6 Diskussion

Ziel dieser Arbeit ist es, zu untersuchen, wie die Diskussion um Umwelt- und Klimaaktivist*innen in deutschen Tageszeitungen geführt wird. Der Klimawandel ist eines der wichtigsten Themen, mit umfangreichen Auswirkungen auf die Gegenwart und Zukunft. Wie die Diskussion um Aktivismus im Zusammenhang mit dem Klimawandel und weiteren Umweltthemen geführt wird, hat daher eine gesellschaftliche Relevanz.

Die Debatte wurde durch eine Kombination aus einer explorativen Diskurs-Netzwerk-Analyse und Elementen der Qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Als Ergebnis wurden einige Netzwerke, sowie weitere Daten gewonnen. Mithilfe dieser Daten werden die folgenden Forschungsfragen beantwortet.

6.1 Diskussion der Forschungsfragen

Forschungsfrage 1: Welche Strukturen weist der Umwelt- und Klimaaktivismus-Diskurs in Deutschland auf?

Die Strukturen des Diskurses über Umwelt- und Klimaaktivismus sind in mehreren Netzwerken analysiert und dargestellt worden. An der Debatte sind zahlreiche Personen von unterschiedlichen Organisationen mit diversen Argumenten beteiligt. Die meisten Personen, die sich in der Debatte äußern, sprechen sich für Umweltaktivismus oder dagegen aus. Nur wenige Personen äußern sich kritisch und unterstützend. Bei den diskutierten Konzepten wird kein Konzept von Befürworter*innen und Kritiker*innen der Umwelt- und Klimaaktivist*innen verwendet. Die Argumentation ist vielmehr gespiegelt. Wie die Übersicht der Themen-Cluster zeigt, argumentieren Personen auf beiden Diskursseiten zu denselben Themen. Diese werden allerdings unterschiedlich bewertet oder aus einem andern Blickwinkel betrachtet. Je umfangreicher die Diskursnetzwerke sind, desto mehr Kanten verbinden die Personen, Konzepte oder Organisationen. Netzwerke, die den Diskurs aus nur einer Zeitung abbilden, sind meist fragmentierter. Je mehr Daten vorliegen, desto mehr Aussagen können kodiert werden und somit weitere Knoten und Kanten dargestellt werden.

Forschungsfrage 1.1: Welche Akteure und Organisationen sind an dem Diskurs über Umwelt- und Klimaaktivismus in deutschen Tageszeitungen beteiligt?

An dem Diskurs beteiligen sich diverse Akteure von unterschiedlichen Organisationen. Insgesamt wurden Aussagen von 113 Personen aus 38 Organisationen kodiert. Einige

Personen sind Aktivist*innen von mehreren Umwelt- oder Klimabewegungen. Diese sind *Fridays for Future*, die *Letzte Generation*, *Ende Gelände* und *End Fossil: Occupy*. Zudem werden Aktivist*innen aus lokalen oder anlassbezogenen Bewegungen genannt. Dazu gehören Aktivist*innen gegen die Besetzung von Lützerath und das Bündnis *Alle Dörfer bleiben*, Aktivist*innen gegen die Autobahn A20, gegen die Automobilmesse IAA, gegen den G7 Gipfel oder Besetzer*innen einer Universität.

Des weiteren äußern sich diverse Politiker*innen, die verschiedenen Parteien angehören. Am häufigsten äußerten sich Parteimitglieder der *CDU/CSU*, *SPD*, *Grünen* und *FDP*. Einzelne Aussagen wurden von Politiker*innen der *Linken* und *AfD* geäußert. Weitere Akteure gehören Sicherheits- und Justizbehörden an. Zu diesen Behörden zählt der Verfassungsschutz, die Generalstaatsanwaltschaft oder die Polizei. Diese Akteure gehören in einigen Fällen zudem einer Partei an.

Die weiteren Akteure sind NGOs oder Stiftungen, wie *Greenpeace*, der *BUND*, *Campact* oder *Amnesty International*, Verbände oder Kirchen und Unternehmen oder Universitäten, die von Umwelt und Klimaaktivismus betroffen sind. Diese sind beispielsweise der Energieversorger *RWE*, der mit Lützerath in Verbindung steht, oder die *Arbeitsgewerkschaft deutscher Flughäfen*, die sich aufgrund von Blockaden an Flughäfen an dem Diskurs beteiligen.

Die überwiegende Mehrheit der Akteure ist konsistent für oder gegen Umwelt- und Klimaaktivismus. Die meisten Akteure sind Politiker*innen und Aktivist*innen.

Forschungsfrage 1.2: Welche Themen werden in dem Diskurs behandelt?

Die Akteure in der Debatte diskutieren vielfältige Themen. Zunächst wird die Legitimität des Umwelt- und Klimaaktivismus diskutiert. Hierbei wird einerseits argumentiert, das Nichthandeln der Politik legitimiere den Protest. Demnach sei der Klimawandel eine Bedrohung, die von Politiker*innen nicht ausreichend ernst genommen und nicht mit wirkungsvollen Maßnahmen entgegnet wird. Demnach sei der zivile Ungehorsam als Protestform legitim. Andererseits argumentieren Kritiker*innen zur Legitimität anders. Demnach rechtfertige der Klimawandel keine Straftaten, einzelne Akteure äußern zwar Verständnis für das Anliegen, aber betonen, die Protestform sei die falsche Art, damit umzugehen. Im Falle der Legitimität wird der Begriff ziviler Ungehorsam der Bezeichnung Straftat gegenübergestellt.

Des weiteren wird über den Klimaschutz debattiert. Befürworter*innen erklären, die Klimabewegung bewirke Fortschritte und andere Akteure würden versuchen mit der Diskussion um Klimaaktivist*innen eine Debatte führen, die von anderen Themen wie dem Klimawandel ablenken soll. Zudem würden Akteure, insbesondere Politiker*innen, versuchen,

ein Feindbild von Klimaaktivist*innen zu erschaffen. Kritiker*innen der Bewegung erklären, die Aktivist*innen würden dem Klimaschutz durch ihre Formen des Aktivismus schaden. In diesem Thema werden von den beiden Diskussionsseiten unterschiedliche Personen verantwortlich gemacht.

Aktivist*innen und Befürworter*innen begründen das aktivistische Vorgehen, indem sie erklären, herkömmliche Demos hätten keine Wirkung. Sie empfinden eine Pflicht zu Handeln und erklären, es sei ein Akt der Verzweiflung. Hierbei werden auch die Ziele diskutiert, gegen die sich der Protest richtet, beziehungsweise richten sollte. Diese sind Politiker*innen und die Industrie, die großen Mengen an klimaschädlichen Emissionen verursacht. Kritiker*innen argumentieren, die Proteste seien nicht notwendig. Einzelne Akteure argumentieren, die Proteste seien kriminell. Die Bewegung *Letze Generation* wird hierbei insbesondere genannt. Die Demonstrationen der Bewegung seien keine gewöhnlichen Demonstrationen. In diesem Argumentationscluster werden Begründungen gegenübergestellt. Die Frage nach der Notwendigkeit von Umwelt- und klimaaktivistischen Protesten wird von den beiden Seiten der Debatte unterschiedlich bewertet.

Neben der Legitimität werden juristische Aspekte diskutiert. Hierbei erklären Aktivist*innen, das Vorgehen der Polizei und Justiz gegen die Klimabewegung halte den Protest nicht auf. Weitere Akteure beurteilen die Inhaftierung von Aktivist*innen und insbesondere die Vorbeugehaft als unrechtmäßig. Ein weiterer Akteur erklärt, über Ermittlungen gegen die Klimabewegung entscheide die Justiz und nicht einzelne Politiker*innen. Dem gegenüber fordern Kritiker*innen der Bewegung, Verurteilungen von Aktivist*innen, weitere Ermittlungen oder die Einführung einer Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft, die gegen Aktivist*innen ermittelt. Die Inhaftierung von Aktivistinnen und die Präventivhaft wird von Akteuren als gerechtfertigt betrachtet und Aktivist*innen werden von einzelnen Akteuren als kriminelle Straftäter bezeichnet.

Ein weiteres Thema, das kontrovers diskutiert wird, ist das Thema Gewalt. Akteure, die sich für Aktivist*innen aussprechen, verurteilen das Fehlverhalten von Polizeibehörden und insbesondere Polizeigewalt. Hierbei wird das Argument genannt, das Handeln gegen Klimaaktivist*innen sei unverhältnismäßig und würde dabei Vertrauen zerstören. Des weiteren wird argumentiert, die Proteste und Aktionen seien keine Form von Gewalt. Kritiker*innen der Klimaaktivist*innen hingegen erklären, deren Protest seien nicht frei von Gewalt. Gewalt gegen Personen oder Sachen sei inakzeptabel, ebenso wie Proteste, bei denen Menschen in Gefahr geraten könnten. Ein weiterer Akteur argumentiert, Gewalt gegen Aktivist*innen sei zwar inakzeptabel, aber der Frust von Personen sei verständlich. Akteure von den beiden Seiten teilen keine Ansichten, obwohl über dasselbe Thema argumentiert wird. Uneinigkeit

besteht über die Personen, die Gewalt ausüben und in der Bewertung, ob es sich in den Situationen tatsächlich um Gewalt handelt.

Eng mit dem Thema Gewalt verbunden ist das Thema der Radikalisierung und Demokratiegefährdung. Die Statements von kritisierenden Akteuren unterscheiden sich im Ausmaß der Gefahrenbewertung. Einzelne Akteure erklären, der Klimabewegung würden nur wenige radikale Aktivist*innen angehören. Andere Akteure sprechen von einer Bedrohung für die Demokratie und einer möglichen Gefahr, die von Aktivist*innen ausgehe. Die drastischste Bewertung und Kritik wird von Akteuren geäußert, die von einer potentiellen Eskalation ausgehen und die Vergleiche der Umwelt- und Klimabewegung mit Terrororganisationen ziehen. Wie in der Argumentation um das Thema Gewalt werden von den Akteuren unterschiedliche Akteure in Bezug auf die Demokratiegefährdung kritisiert. Einerseits wird die Kriminalisierung von friedlichen Protesten als Gefährdung der demokratischen Grundfesten betrachtet und andererseits werden einzelne Aktivist*innen oder Bewegungen als Gefahr betrachtet.

Zuletzt wird in der Debatte das Thema Lützerath diskutiert. Der Ort, unter dem sich Kohle für die Kohleverstromung befand, wurde von Aktivist*innen besetzt. In der Debatte wird der Ort häufig als Symbol für den Umwelt- und Klimaaktivismus sowie den Klimaschutz bezeichnet. Befürworter*innen fordern, den Ort zu erhalten, während Kritiker*innen ein gewaltfreies Ende der Besetzung fordern. Auch dieses Thema wird von den Akteuren unterschiedlich bewertet.

Forschungsfrage 1.3: Besteht in den Diskursnetzwerken eine Polarisierung?

Die Netzwerke weisen überwiegend eine starke Polarisierung auf. Es gibt kein Argument, das von Befürworter*innen und Kritiker*innen zugleich verwendet wird. In den Netzwerken gibt es einzelne wenige Akteure, denen befürwortende und kritische Konzepte zugeordnet werden. Die Konzepte werden allerdings ausschließlich als unterstützend oder kritisch eingeordnet. Das Ausmaß der Kritik kann unterschieden werden. Akteure, die Klimaaktivist*innen zwar nicht als Bedrohung für die Demokratie ansehen und keine terroristische Gefahr sehen, unterstützen Klimaaktivismus deshalb nicht unbedingt.

Das Netzwerk [1] zeigt alle untersuchten Konzepte. Diese werden durch nicht sichtbare Variablen verbunden. Auf der linken Seite befinden sich unterstützende Aussagen mit einigen Verbindungen. Auf der rechten Seite des Netzwerks sind kritische Konzepte abgebildet. Diese sind ebenfalls mit vielen Kanten untereinander verbunden. Zwischen den beiden Seiten bestehen nur einige Verbindungen. Dies verdeutlicht die Polarisierung des Diskurses.

Das Netzwerk [3] weist eine ähnliche Struktur auf. Es stellt die Verbindungen der Akteure, beziehungsweise Personen, dar. Wie im Konzeptnetzwerk [1] befinden sich auf der linken Seite Befürworter*innen und auf der rechten Seite Kritiker*innen. Drei Akteure verbinden die beiden Diskursseiten durch geteilte Meinungen. Sie äußern kritische und unterstützende Statements.

Die Netzwerke [4] und [5] bilden das Verhältnis von Konzepten und Personen oder Organisationen ab. Hierbei wird die Polarisierung des Diskurses durch die Farbgebung deutlich. Unterstützende Konzepte werden mit grünen Kanten verbunden und kritische Konzepte mit roten Kanten. Die Farben in den Netzwerken sind auf den beiden Seiten sortiert. Sowohl die roten als auch die grünen Kanten sind beieinander angeordnet.

Die Verbindungen der beiden Diskursseiten bestehen durch drei Akteure. Diese drei Akteure sind Politiker*innen der *Grünen*. Sie erklären Verständnis für Aktivist*innen, sehen in Aktivist*innen keine Demokratiegefährdung und argumentieren, mit der Debatte um Klimaaktivist*innen würde man von dem Thema des Klimawandels ablenken. Die drei erklären zudem, Aktionen von Aktivist*innen, bei denen Menschen in Gefahr geraten, würden zu weit gehen und seien inakzeptabel.

Forschungsfrage 2: Welche Unterschiede bestehen in der Berichterstattung über Umwelt- und Klimaaktivismus zwischen den Zeitungen?

Die Berichterstattung über Umwelt- und Klimaaktivismus in den Zeitungen unterscheidet sich voneinander. Um die Berichterstattung der einzelnen Zeitungen miteinander zu vergleichen, wurden aus den Daten, für jede Zeitung einzeln, Netzwerke erstellt. Das erste Netzwerk jeder Zeitung besteht aus den Konzepten und Organisationen. In dem zweiten Netzwerk sind Personen und Konzepte abgebildet. Bei den Netzwerken handelt es sich um die Netzwerke [6] bis [15].

Die Netzwerke weisen einige Unterschiede auf. Sie unterscheiden sich in der Anzahl der Knoten und Kanten und sind unterschiedlich stark fragmentiert. Zudem berichten die einen Zeitungen verstärkt von kritischen Akteuren und Aussagen und andere vermehrt von unterstützenden Akteuren und Argumenten.

Die Netzwerke der *Süddeutschen Zeitung* haben die meisten Knoten und Kanten. Daraufhin folgen die *Bild*, die *TAZ* und die *Welt*. In den Netzwerken der *FAZ* sind die wenigsten Knoten. Die Anzahl der Knoten in den Netzwerken wird durch die Artikelauswahl beeinflusst. Es ist möglich, dass die Netzwerkgrößen sich bei einer anderen zufällig gewählten Stichprobe oder einer größeren Stichprobe verändern oder angleichen.

Die Netzwerke der Zeitungen, in denen Personen und Konzepte dargestellt sind, unterscheiden sich von den Netzwerken, in denen Organisationen und Konzepte dargestellt werden. Die Netzwerke, in denen Personen sind, weisen meist keine Kanten von positiven zu negativen Konzepten auf. Die Netzwerke sind teilweise in viele Teile fragmentiert. Wenn aus denselben Daten Organisations-Konzept-Netzwerke modelliert werden, sind diese Netzwerkteile durch verschiedene Personen, die derselben Organisation angehören, teilweise verbunden. Nur das Netzwerk [8] der *Bild*, weist keine verbindenden Kanten zwischen den Diskussionsseiten auf.

In den Netzwerken der *Süddeutschen Zeitung* und der *TAZ* kommen mehr positive Aussagen vor. In den Netzwerken der *Bild*, der *FAZ* und der *Welt* überwiegen die negativen Statements. Am stärksten ausgeprägt ist dies bei der *Welt*. Hier werden mehr als doppelt so viele kritische Konzepte, wie positive Konzepte diskutiert.

Der Ort Lützerath wird in jedem der Diskursnetzwerke behandelt. Allerdings werden in den Netzwerken der *Welt* nur Argumente gegen die Besetzung von Lützerath genannt. Einige Akteure und Konzepte werden in jeder der fünf Zeitungen diskutiert. In einzelnen Netzwerken werden jedoch auch Aussagen von Akteuren diskutiert, die in den anderen Netzwerken nicht vorkommen.

Am häufigsten berichten die Zeitungen über Aktionen der *Letzten Generation*. Zudem werden einzelne Artikel über andere Bewegungen wie *Fridays for Future*, *Ende Gelände* oder die Besetzung von Lützerath geschrieben. Dies wird auch in den Netzwerken sichtbar. Das Netzwerk der Organisationen zeigt, welche Bewegungen viele Kanten zu Konzepten aufweisen und zentrale Positionen in den Netzwerken einnehmen. Aktivist*innen von *Alle Dörfer Bleiben*, oder anlassbezogenen Aktionen wie der Besetzung einer Universität oder einer geplanten Autobahn kommen seltener und nur in einzelnen Zeitungen vor. Diese seltener erwähnten Bewegungen werden in der *Süddeutschen Zeitung*, der *Bild* und der *TAZ* genannt.

Jede Zeitung zitiert Politiker*innen der *CDU/CSU*, *FDP*, *SPD* und der *Grünen*. Politiker*innen der *AfD* kommen nur in der *Welt* und Politiker*innen der *Linken* nur in der *Süddeutschen Zeitung* vor. Statements der Polizei oder anderen Behörden, wie dem Verfassungsschutz, kommen in jeder Zeitung vor. Statements über Aktivist*innen des Energie-Unternehmens *RWE*, das im Zusammenhang mit Lützerath und der Räumung steht, wurden in der *Bild* und der *FAZ* diskutiert. *Greenpeace* und der *BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz)* kommen hingegen nur in den Diskurs-Netzwerken der *TAZ* und in der *Süddeutschen Zeitung* vor.

Über Aktivist*innen der *Letzen Generation*, *Fridays for Future* und *Ende Gelände* wird am häufigsten diskutiert. Aktivist*innen von anderen Gruppen werden eher selten genannt. In diesen Fällen wird meist anlassbezogen über ein einzelnes Ereignis berichtet.

In der Debatte werden zahlreiche unterschiedliche Frames von den Akteuren verwendet. Aussagen von Akteuren sind mit bestimmten Zielen verbunden.

Die Debatte ist das Ergebnis von Aussagen von Akteuren, die dann von Journalist*innen für relevant gehalten und in einem Artikel veröffentlicht wurden. Dabei versuchen die Akteure bestimmte Themen zu vermitteln und bestimmte Begründungen und Bewertungen abzugeben. Es werden Sichtweisen über Umwelt- und Klimaaktivist*innen von zahlreichen Akteuren dargestellt. Dabei werden verschiedene Lösungs- und Ursachenzuschreibungen verwendet. Die Akteure in den Diskurs-Netzwerken sprechen über bestimmte Themen und nennen dabei Verantwortliche. Jeder Akteur versucht dabei, entweder ein bestimmtes Thema in die Debatte einzubringen, oder auf ein Thema eines anderen Akteurs einzugehen. Die Themen, die von den Akteuren diskutiert werden, wurden bereits erläutert. Hierbei fällt insbesondere auf, dass Akteure, die unterschiedlicher Ansicht zu einem Sachverhalt sind, entweder den Sachverhalt anders bewerten oder einen anderen Akteur als Verantwortlichen betrachten.

Die häufigsten Akteure sind Aktivist*innen und Politiker*innen. Aktivist*innen erklären Beweggründe und Rechtfertigungen für ihr Handeln, während kritische Politiker*innen diese nicht anerkennen und juristische Maßnahmen gegen Aktivist*innen fordern. Während die Akteure bestimmte Statements abgeben, wird selbst das Thema der Debatte an sich diskutiert. Hierbei wird von einer möglichen Ablenkungsdebatte gesprochen. Die Debatte um die Legitimität des Umwelt- und Klimaaktivismus würde vom eigentlichen Thema, dem Klimawandel ablenken.

Akteure von beiden Diskursseiten vermitteln ihre Ansichten zu Klima- und Umweltaktivismus in den Zeitungsartikeln. Hierbei sind die Blickwinkel der Journalist*innen, beziehungsweise der Zeitung, relevant. Zwar werden vielfältige Argumente in den fünf untersuchten Zeitungen genannt. Dennoch zeigt das Verhältnis von positiven zu negativ bewertenden Kommentaren Unterschiede zwischen den Zeitungen. In der *Süddeutschen Zeitung* und der *TAZ* überwiegen die positiv bewertenden Kommentare. In der *Bild*, der *FAZ* und insbesondere der *Welt* überwiegen kritische Kommentare. Zudem berichten die Zeitungen unterschiedlich detailliert über Argumente und Akteure.

In den Diskursnetzwerken wurden einerseits die an der Debatte beteiligten Akteure und zugehörigen Organisationen ausfindig gemacht, und andererseits die diskutierten Konzepte. Zudem wurden diese in Verbindung miteinander gebracht. Die Diskurs-Netzwerke wurden auf eine mögliche Polarisierung hin untersucht.

Die Anwendung der Diskurs-Netzwerk-Analyse ermöglichte, die Debatte umfassend zu analysieren. Dabei wurden, wie bereits bei ähnlichen Analysen von Diskursen, unter anderem verborgene Strukturen, Argumente und Themen erforscht.

In dem untersuchten Diskurs wurden zahlreiche Argumente genannt. Nur wenige Akteure sprachen sich für und gegen Umweltaktivismus aus. Die Mehrzahl der Akteure ist entweder gegen den aktuellen Umwelt- und Klimaaktivismus oder dafür.

Zu den Befürworter*innen gehören hauptsächlich aktivistische Bewegungen, NGOs und Institutionen. Nur wenige Politiker*innen sprechen positiv über die Proteste und Bewegungen. Zu den Kritiker*innen gehören hauptsächlich Parteien und Behörden. Neben der Polizei und dem Verfassungsschutz sind Argumente von konservativen oder rechten Parteien ausschließlich kritisch. Dabei unterscheiden sie sich jedoch in der Intensität der Kritik. Politiker*innen der *CDU* und *CSU* vergleichen Aktivist*innen mit Terrorist*innen. Andere Politiker*innen dieser Parteien kritisieren zwar die Aktionen, aber argumentieren, es handle sich dabei keinesfalls um terroristische oder radikale Aktionen. Verbindungen zwischen den beiden Diskursseiten entstehen nur durch wenige Akteure. Drei Politiker*innen der *Grünen* argumentieren unterstützend und kritisch. Einzelne weitere Politiker*innen der *CDU* und *SPD* sprechen sich ebenfalls positiv aus. Da diese allerdings keine kritischen Aussagen getätigt haben, sind sie nicht in der Mitte des Netzwerks platziert. In den Netzwerken, die Personen und Konzepte abbilden, wie dem Netzwerk [5], befinden sie sich in dem grünen Bereich. Unterschiede in den Parteien durch diese Akteure werden in dem Netzwerk [4] sichtbar. Durch diese Akteure verlaufen Kanten von der *CDU* und *SPD* zu unterstützenden Konzepten. Die Partei der *Grünen* ist in dem Diskurs gespalten. Die Partei weist ebenso viele Kanten zu kritischen wie unterstützenden Konzepten auf.

Die Akteure der Debatte verfügen über unterschiedliche Ressourcen. Politiker*innen verfügen durch ihr Amt über erhebliche mit dem Amt verbundene Ressourcen. Sie erhalten viel Aufmerksamkeit von Medien, anderen Politiker*innen, Verbänden und vielen weiteren Akteuren. Aktivist*innen hingegen haben weder ein politisches Amt, noch zunächst dieselben Möglichkeiten, in Kontakt mit Medien zu treten. Dennoch haben einzelne Aktivist*innen durch soziale Netzwerke und öffentlichkeitswirksame Proteste ebenfalls enorme Aufmerksamkeit erhalten. Einzelne Aktivist*innen werden mittlerweile in Fernsehdebatten eingeladen und als Akteure in der Debatte neben Politiker*innen genannt. Durch die aktivistischen Handlungen sind Aktivist*innen zu bekannten Persönlichkeiten geworden. Ihnen wird in den Debatten mittlerweile eine gewisse Relevanz und Kompetenz zugesprochen.

7 Fazit & Ausblick

In dieser Arbeit wurde der Zeitungsdiskurs über Umweltaktivismus im Jahr 2022 in Deutschland untersucht. Für die Analyse des Diskurses wurde eine Kombination von mehreren Methoden angewendet. Der Schwerpunkt der Analyse liegt in der Darstellung des Diskurses in Netzwerken, um verborgene Strukturen und Verbindungen zu entdecken.

Verschiedene Sozialwissenschaften beschäftigen sich unter anderem mit der Erstellung und Analyse von Netzwerken, um Akteure, egal ob Organisationen, Personen oder Nationalstaaten, in Verbindung zu anderen Akteuren zu untersuchen. Zwischen den Akteuren bestehen soziale Beziehungen. Diese können in Netzwerken dargestellt werden. Diese Beziehungen können bestimmte Muster und Strukturen bilden, die nur durch eine Analyse des Netzwerkes aufgedeckt werden kann (Haas & Malang, 2010, p. 90). Für die Diskurs-Netzwerk-Analyse wurden ausschließlich Aussagen von Akteuren in der Debatte kodiert. Dabei wurden einerseits Argumente, beziehungsweise Konzepte, ausfindig gemacht. Diese Netzwerke bilden die Argumentation der Akteure ab. Diese Konzepte wurden, um sie thematisch zu ordnen und zu vergleichen, in Clustern sortiert.

Bei der Sozialen Netzwerkanalyse werden soziale Strukturen, die aus Beziehungen von sozialen Akteuren bestehen, intuitive betrachtet und analysiert. Die empirischen Daten werden systematisch erhoben. Ein Großteil der Analyse beruht auf Visualisierungen der sozialen Netzwerke. Diese Netzwerke werden mithilfe mathematischer Modelle berechnet (Raab, 2010, p. 30). Zudem wurden in der Debatte weitere Aussagen von Journalist*innen in den Artikeln getätigt. Diese werden in der Diskurs-Netzwerk-Analyse nicht dargestellt. Deshalb wurde eine zusätzliche Inhaltsanalyse vorgenommen, um weitere Themen, die in dem Diskurs um Umwelt- und Klimaaktivismus genannt werden, herauszufinden.

Die Themen, die mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse ausfindig gemacht wurden, stimmen weitgehend mit den Themen überein, die von den Akteuren in der Diskurs-Netzwerk-Analyse diskutiert werden. Allerdings werden die Themen in den Artikeln ausführlicher und umfangreicher diskutiert. Die meisten Aussagen von Akteuren sind kurz.

Für die Analyse des Diskurses sind die fünf auflagenstärksten deutschen Tageszeitungen ausgewählt worden. In Zeitungsdiskursen wird Bezug auf Diskurse in sozialen Netzwerken und anderen Medien genommen. Daher wird durch die Auswahl der Zeitungen ein umfangreiches Bild der Debatte um Umweltaktivismus in Deutschland abgebildet.

Die visualisierten Netzwerke liefern einige Erkenntnisse. In dem untersuchten Diskurs sind zahlreiche Akteure von unterschiedlichen Organisationen beteiligt. Die Netzwerke weisen überwiegend eine ausgeprägte Polarisierung auf. Der Großteil der Akteure ist entweder

ausschließlich für oder gegen Umweltaktivismus. Nur einzelne Politiker*innen argumentieren sowohl positiv als auch negativ. Die meisten Akteure in dem Diskurs sind Politiker*innen und Aktivist*innen.

Der Diskurs beschäftigt sich mit Argumenten zur Legitimität der aktivistischen Handlungen, dem Klimaschutz, Begründungen oder Kritik an dem Vorgehen, Argumenten zu Legalität und weiteren juristischen Aspekten, dem Thema der Gewalt, der Radikalisierung oder möglichen Gefahren für die Demokratie und dem Ort Lützerath. Die Argumente zu den Themen sind ausschließlich positiv oder negativ. Die beiden Diskursseiten argumentieren zu denselben Themen unterschiedlich. Die Situationen und Bewertungen fallen unterschiedlich aus. Zudem werden von den beiden Seiten unterschiedliche Personengruppen für Probleme oder Missstände verantwortlich gemacht.

Unter den häufigsten und zentralsten Konzepten sind drei unterstützende und drei kritische Argumente. Einerseits wurde argumentiert, die Aktionen seien kriminell, bei den Aktivist*innen bestände eine Gefahr der Radikalisierung, und die Protestform oder Aktion sei nicht akzeptabel. Andererseits wird argumentiert, der Klimawandel und die unterlassenen Handlungen der Politik, um gegen diesen vorzugehen, würden den Protest legitimieren. Zudem wird erklärt, der zivile Ungehorsam sei als Protestform ein legitimes Mittel.

Die Zeitungen unterscheiden sich in ihrer Berichterstattung. Einige Akteure und Argumente werden in jeder der Zeitungen genannt. In der *Süddeutschen Zeitung* und in der *TAZ* werden vermehrt positive Argumente von Akteuren genannt. In der *Bild*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Welt* überwiegen kritische Argumente. Am stärksten ausgeprägt ist dies bei der *Welt*. Die Netzwerke sind unterschiedlich groß. Die Größe der Netzwerke wird bestimmt durch die Anzahl der Knoten und Kanten, also der Akteure und Kategorien. Die Netzwerke der *FAZ* und der *Welt* sind am kleinsten. Das Netzwerk der *Süddeutschen Zeitung* ist das umfangreichste.

Die Analyse des Diskurses mithilfe der Diskurs-Netzwerk-Analyse und der ergänzenden Qualitativen Inhaltsanalyse birgt einige Vorteile, aber auch Einschränkungen. Die Diskurs-Netzwerk-Analyse ermöglicht die Untersuchung des Diskurses auf eine einzigartige Weise. Es werden Akteure, Organisationen und Argumente auffindig gemacht und in Verbindung zueinander abgebildet. Dadurch können zahlreiche Erkenntnisse gewonnen werden. Die ergänzende Qualitative Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel ermöglicht es, weitere Themen auffindig zu machen.

Allerdings werden sowohl für die Diskurs-Netzwerk-Analyse, als auch für die Qualitative Inhaltsanalyse die Texte von einer Person kodiert. Damit ist eine Subjektivität der Kodierung verbunden. Um die Artikel konsistent zu kodieren, wurden einige Artikel in dem verwendeten Programm *Discourse Network Analyser* nach einigen Wochen erneut kodiert. Die Kodierung stimmte mit der ersten Kodierung überein. Zudem wurden die Artikel nach der ersten Kodierung erneut überarbeitet. Auch die Auswahl und Überarbeitung der Kategorien wurde mehrfach vorgenommen. Dennoch besteht ein subjektiver Einfluss.

Die Auswahl der Artikel wurde mithilfe von Suchworten und einer Zufallsstichprobe vorgenommen. Eine andere zufällig gewählte Stichprobe oder die Einbeziehung von allen Artikeln, die das Suchwort beinhalten, könnte ein anderes Diskurs-Netzwerk ergeben. Insbesondere bei den Vergleichen zwischen den Zeitungen ist die Stichprobengröße zu bedenken.

Mit der Diskurs-Netzwerk-Analyse lassen sich Diskurse umfangreich untersuchen. Die Methode eignet sich zudem, um Veränderungen über die Zeit zu analysieren. Da sich die Debatte um Umwelt- und Klimaaktivist*innen, oder auch die Debatte um den Klimawandel ständig weiterentwickelt, könnten weitere Untersuchungen mit der Methode wertvolle Erkenntnisse bringen. Bei einem längeren Zeitraum könnte insbesondere die Einbeziehung von Zeitvariablen interessante Veränderungen und Entwicklungen aufzeigen.

Die Räumung des Ortes Lützerath wurde außerhalb des untersuchten Zeitraums im Januar 2023 vorgenommen. Eine Analyse der Berichterstattung um die kontrovers diskutierten Ereignisse würde einen weiteren Teil des umfangreichen Diskurses um Umwelt- und Klimaaktivismus abdecken. Zudem könnte die Einbeziehung von den Diskursen in anderen Ländern, wie sie bereits vorgenommen wurden, weitere interessante Ähnlichkeiten oder Unterschiede aufzeigen.

8 Literatur

- Anderson, S. (2021). Eine intersektional-feministische Perspektive für die Klimabewegung: Zur Anerkennung und Wertschätzung (marginalisierter) Stimmen von Black, Indigenous und Women of Color. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 2, 64 - 79.
- Antilla, L. (2005). Climate of scepticism: US newspaper coverage of the science of climate change. *Global environmental change*, 15(4), 338 - 352.
- Boscheinen, J., & Bortfeldt, L. (2021). *Umwelt- und Ökologiebewegungen. Ein Überblick*. Springer VS
- Bosse, J. (2017). Analyse: „Zurück in der Grube. Ende Gelände 2“1 – Die Anti-Kohlebewegung in der Lausitz im Mai 2016. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(1), 88 - 92.
- Boykoff, M. T., & Boykoff, J. M. (2004). Balance as bias: global warming and the US prestige press. *Global environmental change*, 14(2).
- Brasseur, G., Becker, P., Claußen, M., Jacob, D., Schellnhuber, H.-J., & Schuck-Zöller, S. (2017). Einführung. In G. Brasseur, D. Jacob, & S. Schuck-Zöller (Eds.), *Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven* (pp. 1 - 6). Springer Spektrum.
- Brüggemann, M. (2022). Boykoff, Maxwell T. & Jules Boykoff (2004) Balance as Bias. Global Warming and the US Prestige Press. In Y. Ibrahim & S. Rödder (Eds.), *Schlüsselwerke der sozialwissenschaftlichen Klimaforschung*. transcript Verlag.
- Burkart, R. (2019). *Kommunikationswissenschaft: Grundlagen und Problemfelder einer interdisziplinären Sozialwissenschaft* (5 ed.). Böhlau Verlag.
- Demmelbauer, C. (2023). Gleichheit und ziviler Ungehorsam. *juridikum*, 2023(2), 186 - 195.

- Dietz, M. (2013). Ergebnisse des Handbuchs: Verfassung, Einfluss und Zukunft der Klimabewegung. In H. Garrelts & M. Dietz (Eds.), *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch* (pp. 469 - 484). Springer VS.
- Döschner, J., & Tausendpfund, M. (2022). Forschungsethik. In M. Tausendpfund (Ed.), *Forschungsstrategien in den Sozialwissenschaften : Eine Einführung*. Springer Fachmedien.
- Ekardt, F. (2024). Deutungsmacht und Narrative im Klima und Umweltdiskurs. In M. Kumlehn, S. Wodianka, & J. Gärtner (Eds.), *Zukunftsnarrative* (pp. 77 - 90). transcript Verlag.
- Endruweit, G. (2014). Bewegung, soziale. In *Wörterbuch der Soziologie*.
- Fisher, D. R., & Leifeld, P. (2019). The polycentricity of climate policy blockage. *Climatic Change*, 155(4), 469-487.
- Fisher, D. R., Leifeld, P., & Iwaki, Y. (2013). Mapping the ideological networks of American climate politics. *Climatic Change*, 116(3-4), 523 - 545.
- Fisher, D. R., Waggle, J., & Leifeld, P. (2013). Where Does Political Polarization Come From? Locating Polarization Within the U.S. Climate Change Debate. *The American behavioral scientist (Beverly Hills)*, 57(1), 70 - 92.
- Fotaki, M., & Foroughi, H. (2022). Extinction Rebellion: Green activism and the fantasy of leaderlessness in a decentralized movement. *Leadership (London, England)*, 18(2), 224 - 246.
- Franzen, A. (2024). Umweltbewusstsein. In M. Sonnberger, A. Bleicher, & M. Groß (Eds.), *Handbuch Umweltsoziologie* (Vol. 2, pp. 699 - 710). Springer Fachmedien Wiesbaden Imprint: Springer VS.
- Gallinat, M. (2022). Erst Schulschwänzer, dann Klimaaktivisten. Einzelsprachliche Perspektivierungen von Akteur:innen einer Protestbewegung am Beispiel von FAZ und EL PAÍS. In A. Wieders-Lohéac & D. Höllein (Eds.), *Fridays for Future:*

sprachliche Perspektiven auf eine globale Bewegung (pp. 95 - 124). Narr Francke Attempto.

Garrelts, H., & Dietz, M. (2013). Konturen der internationalen Klimabewegung. Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In H. Garrelts & M. Dietz (Eds.), *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch* (pp. 15 - 35). Springer VS.

Geiß, S., & Schemer, C. (2016). Frames – Framing – Framing-Effekte: Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion. In M. Potthoff (Ed.), *Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung* (pp. 309 - 322). Springer VS.

Ghini, S., De Vita, R., & Silvestri, F. (2023). Local policymakers' attitudes towards climate change: A multi-method case study. *Social networks*, 75, 197 - 209.

Gkiouzepas, G., & Botetzagias, I. (2017). Climate Change Coverage in Greek Newspapers: 2001-2008. *Environmental communication*, 11(4), 490 - 514.

Goertz, S. (2023). (Militante) Klimaaktivisten: Zwischen legitimem Protest und Extremismus? *Kriminalistik*, 8 - 9, 467 - 475.

Grauvogel, J., & Diez, T. (2014). Framing und Versicherheitlichung: Die diskursive Konstruktion des Klimawandels. *ZeFko*, 3(2), 203 - 232.

Grimm, J., Franzki, H., & Salehi, M. (2023). Neue Radikalität? Protest, Gewalt und ziviler Ungehorsam – Versuche einer Grenzziehung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 36(2), 179-185.

Haas, J., & Malang, T. (2010). Beziehungen und Kanten. In C. Stegbauer & R. Häußling (Eds.), *Handbuch Netzwerkforschung* (pp. 89 - 98). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hannover, E. R. (2019). *"Hope dies - Action begins": Stimmen einer neuen Bewegung* (1 ed.).

- Häußling, R. (2010). Zur Verankerung der Netzwerkforschung in einem methodologischen Relationalismus. In C. Stegbauer (Ed.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften* (pp. 65 - 78). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häußling, R., & Stegbauer, C. (2010a). Einleitung in das Handbuch Netzwerkforschung. In C. Stegbauer & R. Häußling (Eds.), *Handbuch Netzwerkforschung* (pp. 13 - 16). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häußling, R., & Stegbauer, C. (2010b). Einleitung: Selbstverständnis der Netzwerkforschung. In C. Stegbauer & R. Häußling (Eds.), *Handbuch Netzwerkforschung* (pp. 57 - 60). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hein, J., & Klepp, S. (2025). Umweltgerechtigkeit. In C. Wergin & K. Eitel (Eds.), *Handbuch Umweltethnologie* (pp. 449 - 470).
- Huber, J. (2014). Umweltsoziologie. In *Wörterbuch der Soziologie*.
- Janning, F., Leifeld, P., Malang, T., & Schneider, V. (2009). Diskursnetzwerkanalyse. Überlegungen zur Theoriebildung und Methodik. In V. Schneider, F. Janning, P. Leifeld, & T. Malang (Eds.), *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen* (pp. 59 - 92). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaiser, R. (2020). Bäume, die die Welt bedeuten. Der Hambacher Forst als Symbol der deutschen Klimabewegung. *Soziologiemagazin*, 13(2), 51 - 67.
- Kammerer, M., & Ingold, K. (2023). Actors and issues in climate change policy: The maturation of a policy discourse in the national and international context. *Social networks*, 75, 65 - 77.
- Keller, R., & Pöferl, A. (2024). Umweltdiskurse. In M. Sonnberger, A. Bleicher, & M. Groß (Eds.), *Handbuch Umweltsoziologie* (Vol. 2, pp. 79 - 94). Springer Fachmedien Wiesbaden Imprint: Springer VS.
- Kiesewetter, B. (2022). Klimaaktivismus als ziviler Ungehorsam. *Zeitschrift für Praktische Philosophie*, 9(1), 77 - 114. <https://doi.org/10.22613/zfpp/9.1.3>

- Kosak, S., Paganini, C., Prinzing, M., & Serong, J. (2023). Einleitung. In M. Prinzing, J. Serong, & C. Paganini (Eds.), *Wissen kommunizieren: Ethische Anforderungen an die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft* (pp. 11 - 26). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Kössler, G. (2013). Die Klimabewegung in Deutschland. In H. Garrelts & M. Dietz (Eds.), *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch* (pp. 185 - 204). Springer VS.
- Krauß, F. (2013). Klimawandel kommunizieren: die richtigen Framings, Formate und Zielgruppen. In K.-D. Müller (Ed.), *Wissenschaft in der digitalen Revolution. Klimakommunikation 21.0* (pp. 105 - 130). Springer VS.
- Krempel, L. (2010). Netzwerkanalyse. Ein wachsendes Paradigma. In C. Stegbauer (Ed.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften* (pp. 215 - 226). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kuckartz, U., & Rädiker, S. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung* (5. Auflage ed.). Verlagsgruppe Beltz Juventa.
- Kuhn, L. (2024). Grüne Subjektivierungen im Kampf um Lützerath: Die Partei Bündnis 90/Die Grünen zwischen klimapolitischen Grundsätzen und Regierungslogiken. The German Green Party Between Climate Policy Principles and Government Logics. *Berichte Geographie und Landeskunde*, 97(1-2), 61 - 77.
- Leifeld, P. (2009). Die Untersuchung von Diskursnetzwerken mit dem Discourse Network Analyzer (DNA). In V. Schneider, F. Janning, P. Leifeld, & T. Malang (Eds.), *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen* (pp. 391 - 403). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leifeld, P. (2017). Discourse Network Analysis: Policy Debates as Dynamic Networks. In J. N. Victor, A. H. Montgomery, & M. Lubell (Eds.), *The Oxford Handbook of Political Networks*. Oxford University Press.
- Leifeld, P., & Malang, T. (2009). Glossar der Politiknetzwerkanalyse. In V. Schneider, F. Janning, P. Leifeld, & T. Malang (Eds.), *Politiknetzwerke. Modelle,*

Anwendungen und Visualisierungen (pp. 371 - 390). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Manemann, J. (2020). „Hope dies – Action begins“ (Extinction Rebellion) – Plädoyer für eine politische Umweltphilosophie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(4), 829-833.

Marschall, N. (2009). Zur Validität in der Netzwerkanalyse. In V. Schneider, F. Janning, P. Leifeld, & T. Malang (Eds.), *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen* (pp. 115 - 136). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Matthes, J. (2014). *Framing. Nomos*.

Moini, B. (2023). Ziviler Ungehorsam als Stresstest: Die Letzte Generation und der Rechtsstaat zwischen Legalität und Legitimität. *Politikum*, 9(4), 40 - 47.

Müller, K.-D. (2013). *Wissenschaft in der digitalen Revolution : Klimakommunikation 21.0*. Springer Fachmedien Wiesbaden.

Muraca, B. (2023). Von den Rechten der Natur zum konvivialen Naturschutz?: Allianzen zwischen globalen Umweltbewegungen und dem Kampf indigener Völker durch kontrollierte Äquivokation. *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft*, 9(2), 135 - 164.

Nagel, M. (2016). *Polarisierung im politischen Diskurs. Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“*. Springer VS.

Nagel, M., & Satoh, K. (2019). Protesting iconic megaprojects. A discourse network analysis of the evolution of the conflict over Stuttgart 21. *Urban studies (Edinburgh, Scotland)*, 56(8), 1681 - 1700.

Nagel, M., & Schäfer, M. (2023). Powerful stories of local climate action: Comparing the evolution of narratives using the “narrative rate” index. *The Review of policy research*, 40(6), 1093 - 1119.

- Otto, D. (2024). Umweltgerechtigkeit In M. Sonnberger, A. Bleicher, & M. Groß (Eds.), *Handbuch Umweltsoziologie* (Vol. 2, pp. 611 - 624). Springer Fachmedien Wiesbaden Imprint: Springer VS.
- Pfeffer, J. (2010). Visualisierung sozialer Netzwerke. In C. Stegbauer (Ed.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften* (pp. 227 - 238). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Preisendörfer, P. (2014). Umweltgerechtigkeit. *SozW*, 65(1), 25 - 45.
- Raab, J. (2010). Der „Harvard Breakthrough“. In C. Stegbauer & R. Häußling (Eds.), *Handbuch Netzwerkforschung* (pp. 29 - 38). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reuter, H.-R. (2023). Klimaprotest als ziviler Ungehorsam – liberal oder radikal? *Zeitschrift für evangelische Ethik*, 67(3), 165 - 170.
- Ruser, A. (2020). Radikale Konformität und konforme Radikalität? Fridays for Future und Ende Gelände. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(4), 801 - 814.
- Sander, H. (2017). Ende Gelände: Anti-Kohle-Proteste in Deutschland. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30, 36. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0004>
- Scheytt, C., & Pflüger, J. (2025). Forschungsethik in der Arbeitssoziologie. *Arbeit*, 34(1), 135 - 160.
- Schmidt, H., Eyring, V., Latif, M., Rechid, D., & Sausen, R. (2017). Globale Sicht des Klimawandels. In G. Brasseur, D. Jacob, & S. Schuck-Zöller (Eds.), *Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven* (pp. 7 - 16). Springer Spektrum.
- Schmidt, T. S., Schmid, N., & Sewerin, S. (2019). Policy goals, partisanship and paradigmatic change in energy policy - analyzing parliamentary discourse in Germany over 30 years. *Climate policy*, 19(6), 771 - 786.

- Stegbauer, C. (2010). Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma. In C. Stegbauer (Ed.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften* (pp. 11 - 20). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stoddart, M. C. J., Ramos, H., Foster, K., & Ylä-Anttila, T. (2023). Competing Crises? Media Coverage and Framing of Climate Change During the COVID-19 Pandemic. *Environmental communication*, 17, 292.
- Stoddart, M. C. J., & Smith, J. (2016). The Endangered Arctic, the Arctic as Resource Frontier: Canadian News Media Narratives of Climate Change and the North. *Canadian Review of Sociology/Revue canadienne de sociologie* Canadian Review of Sociology/Revue canadienne de sociologie, 53(3), 316 - 336.
- Tereick, J. (2016). *Klimawandel im Diskurs. Multimodale Diskursanalyse crossmedialer Korpora*. De Gruyter.
- Tittor, A. (2020). Umweltgerechtigkeit. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 40(159/160), 388 - 390.
- Urban Pappi, F. (2010). Netzwerkansätze in der Eliteforschung. In C. Stegbauer & R. Häußling (Eds.), *Handbuch Netzwerkforschung* (pp. 587 - 600). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Unger, H., Narimani, P., & M'Bayo, R. (2014). *Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Reflexivität, Perspektiven, Positionen*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Walzenbach, S., & Meyer, J. (2025). Fridays for Future und die Letzte Generation: Eine Mixed-Methods-Analyse zur Wahrnehmung von friedlichen und disruptiven Formen des Klimaprotests. *Zeitschrift für Soziologie*, 54(2), 257 - 277.
- Wehling, E. (2016). *Politisches Framing : wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht*. Herbert von Halem Verlag.

Weimann, J., Pethig, R., Hendricks, B., Edenhofer, O., Puls, T., Schaefer, T., Bottermann, H., Gronwald, M., Bettzüge, M. O., & Peter, J. (2016). Anspruch und Wirklichkeit: Kann das Pariser Klimaabkommen funktionieren? *Ifo schnelldienst*, 69(3), 3 - 29.

Yordy, J., Durnová, A., & Weible, C. M. (2024). Exploring emotional discourses: The case of COVID-19 protests in the US media. *Administrative theory & praxis*, 46(1), 35 - 54.

YouGov. (2022). *Eurotrack Apr22: Climate Change Survey*. Retrieved 09.07.24 from https://d3nkl3psvxxpe9.cloudfront.net/documents/Eurotrack_Apr22_climatechange_w.pdf

Anhang

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis Anhang	88
Tabellenverzeichnis Anhang	88
Abstract deutsch	89
Abstract english.....	90
Netzwerk [1], One-Mode Netzwerk, Konzepte.....	91
Netzwerk [2] Organisationen, One-Mode Netzwerk	92
Netzwerk [3] Personen, One-Mode Netzwerk.....	93
Netzwerk [4] Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	94
Netzwerk [5] Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	95
Netzwerk [6] Süddeutsche Zeitung, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk.....	96
Netzwerk [7] Süddeutsche Zeitung, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	97
Netzwerk [8] Bild, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	98
Netzwerk [9] Bild, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk.....	99
Netzwerk [10] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk.....	100
Netzwerk [11] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	101
Netzwerk [12] Die Welt, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	102
Netzwerk [13] Die Welt, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	103
Netzwerk [14] Die Tageszeitung TAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	104
Netzwerk [15] Die Tageszeitung TAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk.....	105
Liste mit Konzepten, sortiert in Cluster.....	106
Liste Organisationen.....	108
Auswahl Zeitungsartikel	109
Themen und Subthemen der Zeitungsartikel	126

Liste: Personen und Organisationen	133
--	-----

Abbildungsverzeichnis Anhang

Abbildung 1: Netzwerk [1], One-Mode Netzwerk, Konzepte	91
Abbildung 2: Netzwerk [2] Organisationen, One-Mode Netzwerk	92
Abbildung 3: Netzwerk [3] Personen, One-Mode Netzwerk	93
Abbildung 4: Netzwerk [4] Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	94
Abbildung 5: Netzwerk [5] Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	95
Abbildung 6: Netzwerk [6] SZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	96
Abbildung 7: Netzwerk [7] Süddeutsche Zeitung, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	97
Abbildung 8: Netzwerk [8] Bild, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	98
Abbildung 9: Netzwerk [9] Bild, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	99
Abbildung 10: Netzwerk [10] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	100
Abbildung 11: Netzwerk [11] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	101
Abbildung 12: Netzwerk [12] Die Welt, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	102
Abbildung 13: Netzwerk [13] Die Welt, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	103
Abbildung 14: Netzwerk [14] Die Tageszeitung TAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	104
Abbildung 15: Netzwerk [15] Die Tageszeitung TAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk	105

Tabellenverzeichnis Anhang

Tabelle 1: Liste mit Konzepten, sortiert in Cluster	106
Tabelle 2: Liste Organisationen	108
Tabelle 3: Auswahl Zeitungsartikel	109
Tabelle 4: Themen und Subthemen der Zeitungsartikel	128
Tabelle 5: Liste: Personen und Organisationen	135

Abstract deutsch

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Analyse des Zeitungsdiskurses von Umwelt- und Klimaaktivist*innen im Jahr 2022 in Deutschland. Für die Analyse werden Zeitungsberichte aus den fünf auflagenstärksten deutschen Tageszeitungen verwendet. Die Debatte wird durch eine Kombination einer Diskurs-Netzwerk-Analyse und einer ergänzenden Qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Als theoretische Hintergründe sind die soziale Netzwerkanalyse, die Diskurs-Netzwerk-Analyse und der Framing Ansatz relevant. In der Arbeit werden mehrere Netzwerke modelliert, die verschiedene Aspekte des Diskurses darstellen. Untersucht werden die beteiligten Akteure, die diskutierten Argumente und die Themen des Diskurses. Zudem werden die Diskurs-Netzwerke auf eine mögliche Polarisierung untersucht und Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den Zeitungen analysiert. Der Diskurs um Umwelt- und Klimaaktivist*innen weist eine ausgeprägte Polarisierung auf. Die meisten an dem Diskurs beteiligten Akteure, sind Politiker*innen und Aktivist*innen. Die diskutierten Themen der Debatte sind die Legitimität von aktivistischen Handlungen, Kritik oder Rechtfertigungen, der Klimaschutz, juristische Bewertungen, der Ort Lützerath, Gewalt, Radikalisierung und die Frage nach einer Gefahr für die Demokratie.

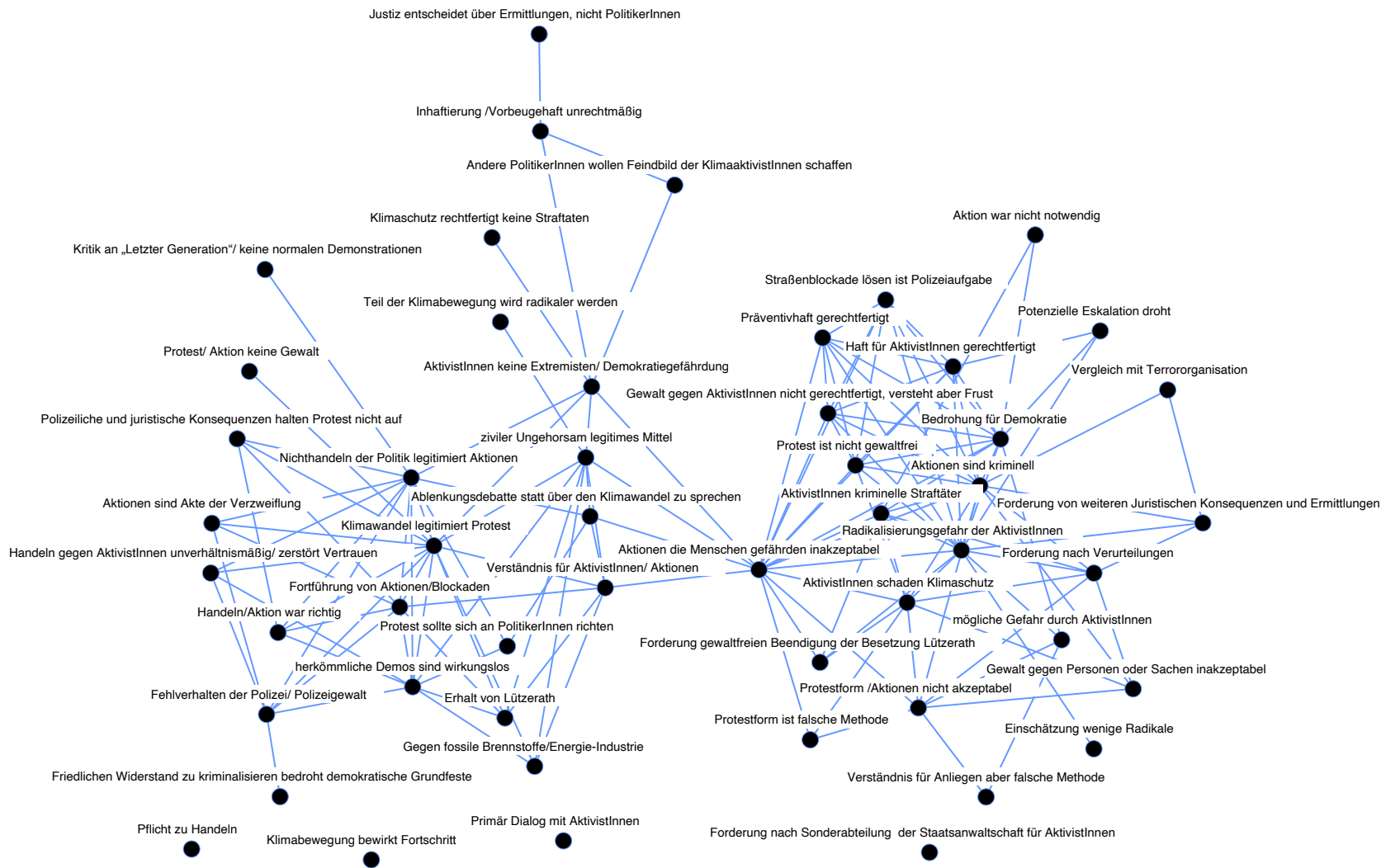
Schlagworte: Diskursforschung, Umwelt- und Klimaaktivismus, Diskurs-Netzwerk-Analyse, Framing Ansatz, Tageszeitungen

Abstract english

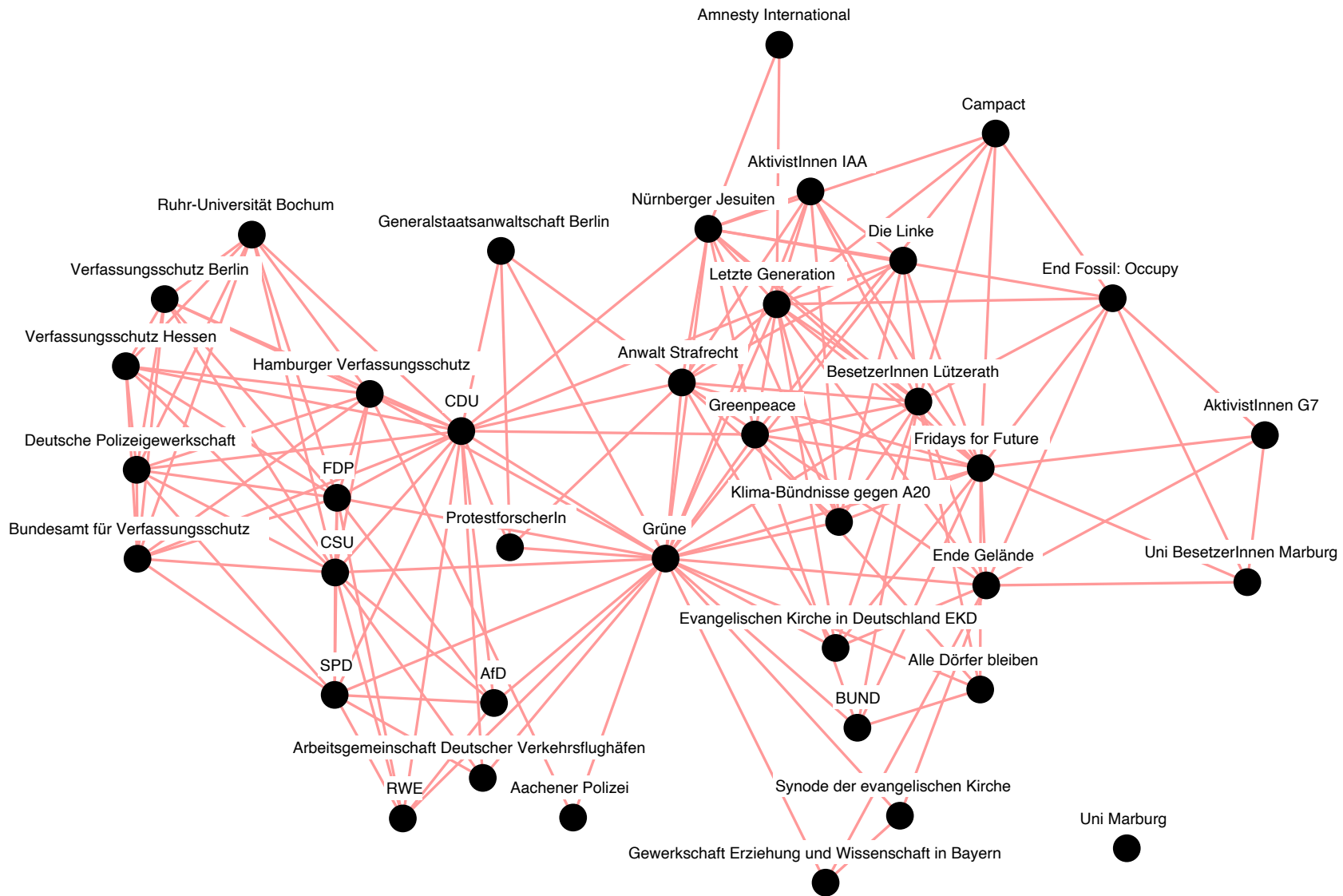
This work analyzes the newspaper discourse of environmental and climate activists in Germany in 2022. For the analysis, newspaper reports from the five largest German daily newspapers are used. The debate is examined through a combination of discourse network analysis and supplementary qualitative content analysis. Theoretical backgrounds include social network analysis, discourse network analysis, and the framing approach. Several networks are modeled in the work, representing various aspects of discourse. The study examines the actors involved, the arguments discussed, and the topics of the discourse. Additionally, the discourse networks are examined for possible polarization, and differences in reporting between the newspapers are analyzed. The discourse surrounding environmental and climate activists is highly polarized. Most of the actors involved in the discourse are politicians and activists. The topics discussed in the debate are the legitimacy of activist actions, criticism or justifications, climate protection, legal assessments, Lützerath, violence, radicalization, and the question of a threat to democracy.

Keywords: discourse research, environmental and climate activism, discourse network analysis, framing approach, daily newspapers

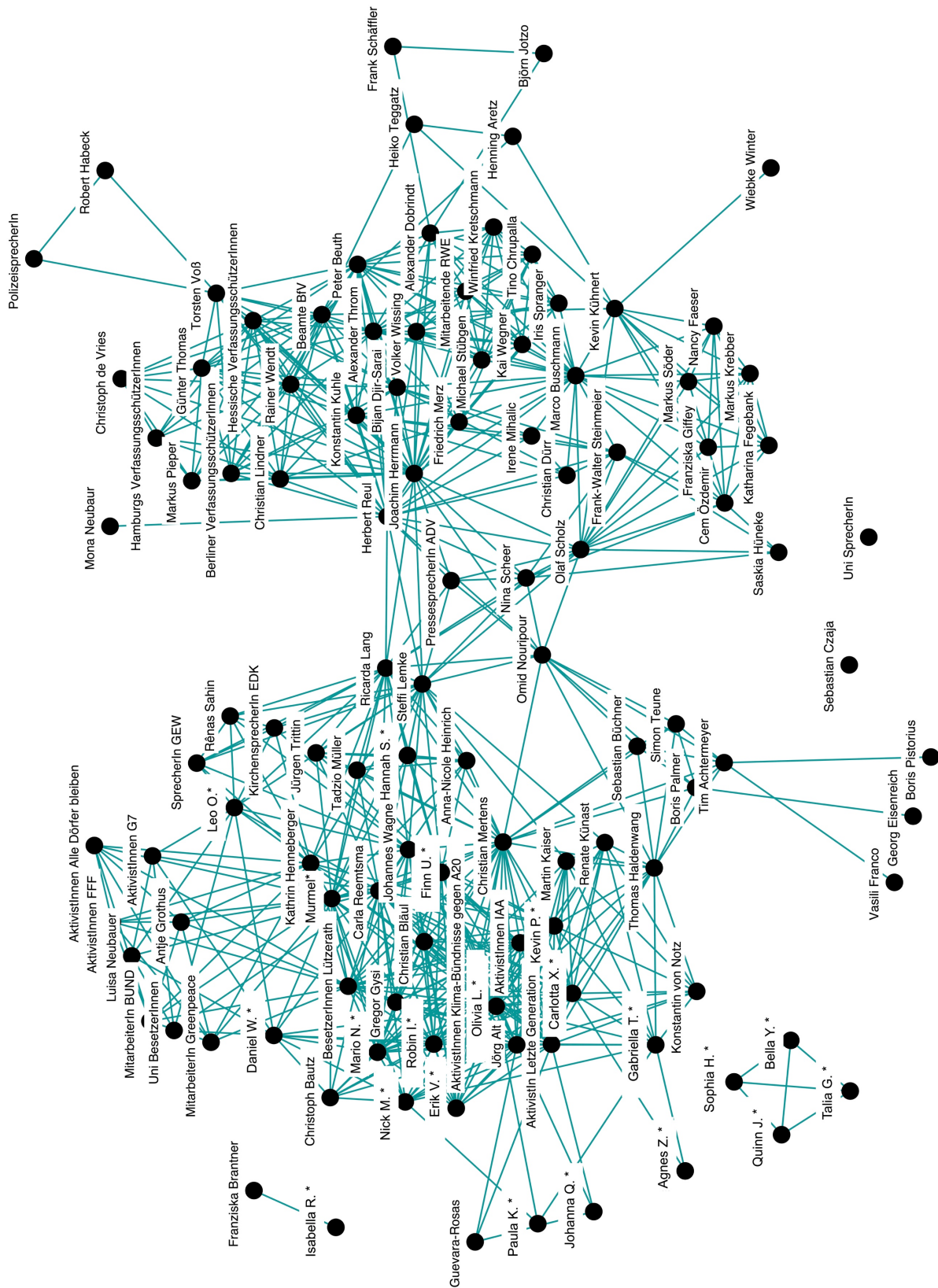
Netzwerk [1], One-Mode Netzwerk, Konzepte



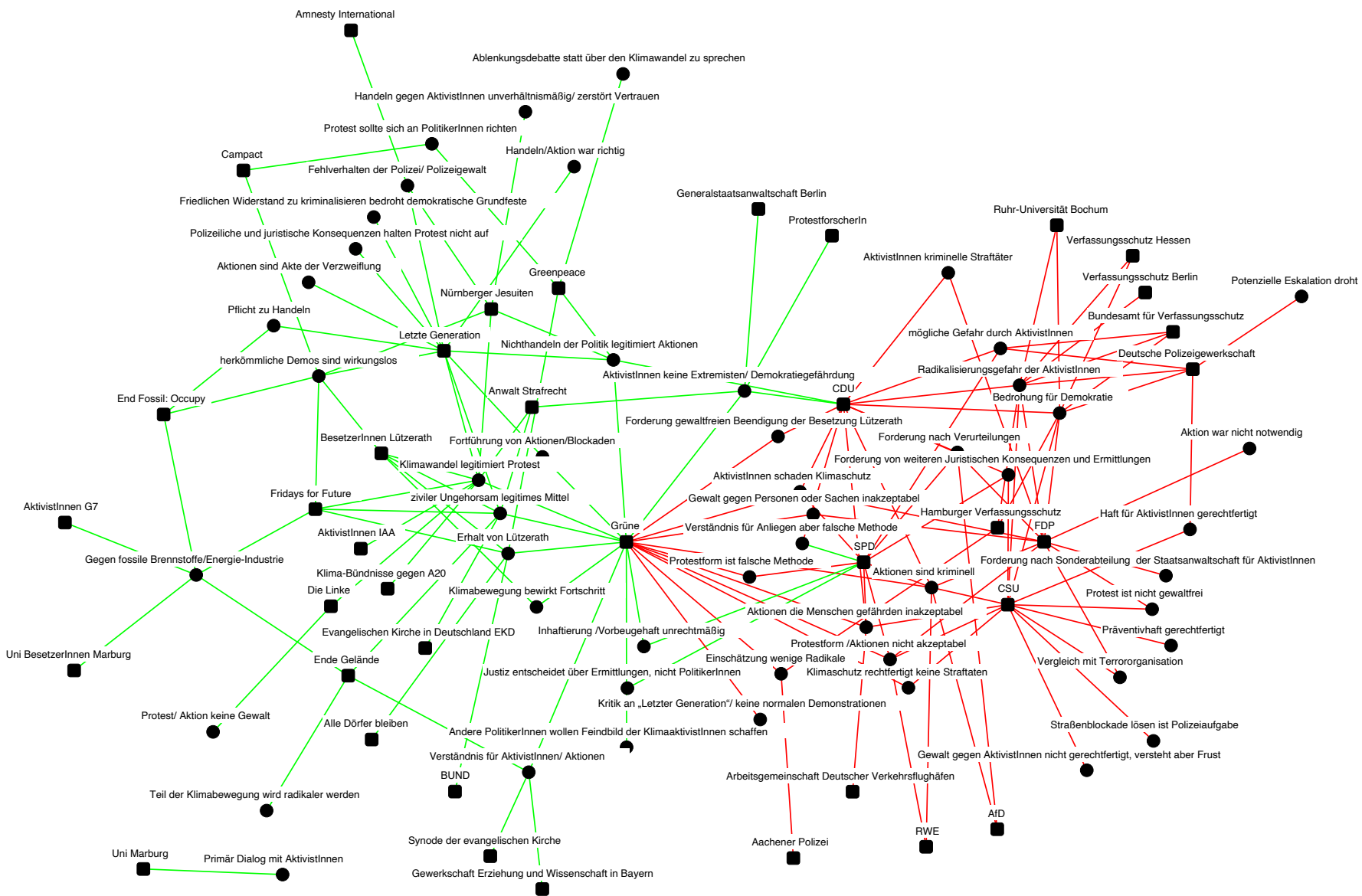
Netzwerk [2] Organisationen, One-Mode Netzwerk



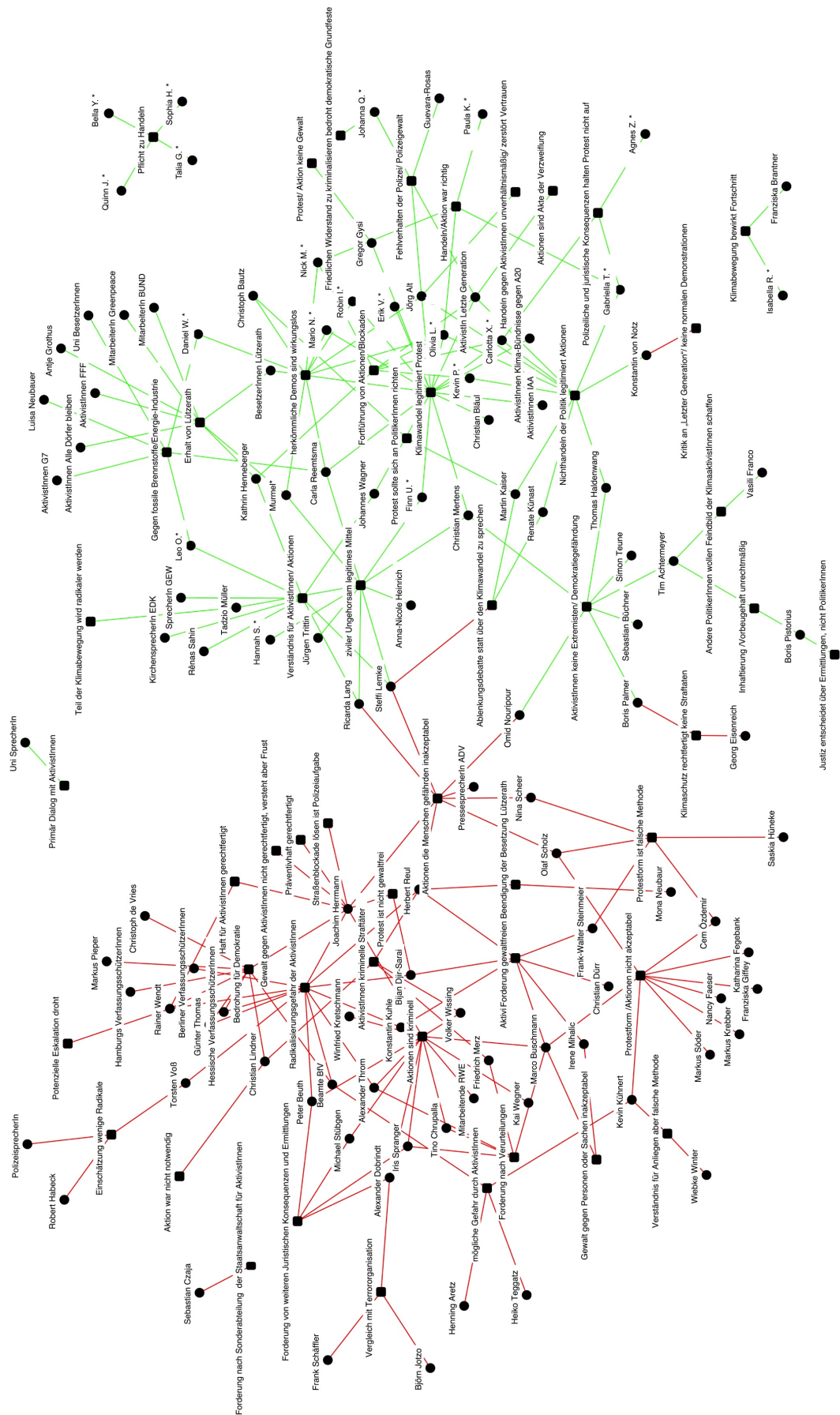
Netzwerk [3] Personen, One-Mode Netzwerk



Netzwerk [4] Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



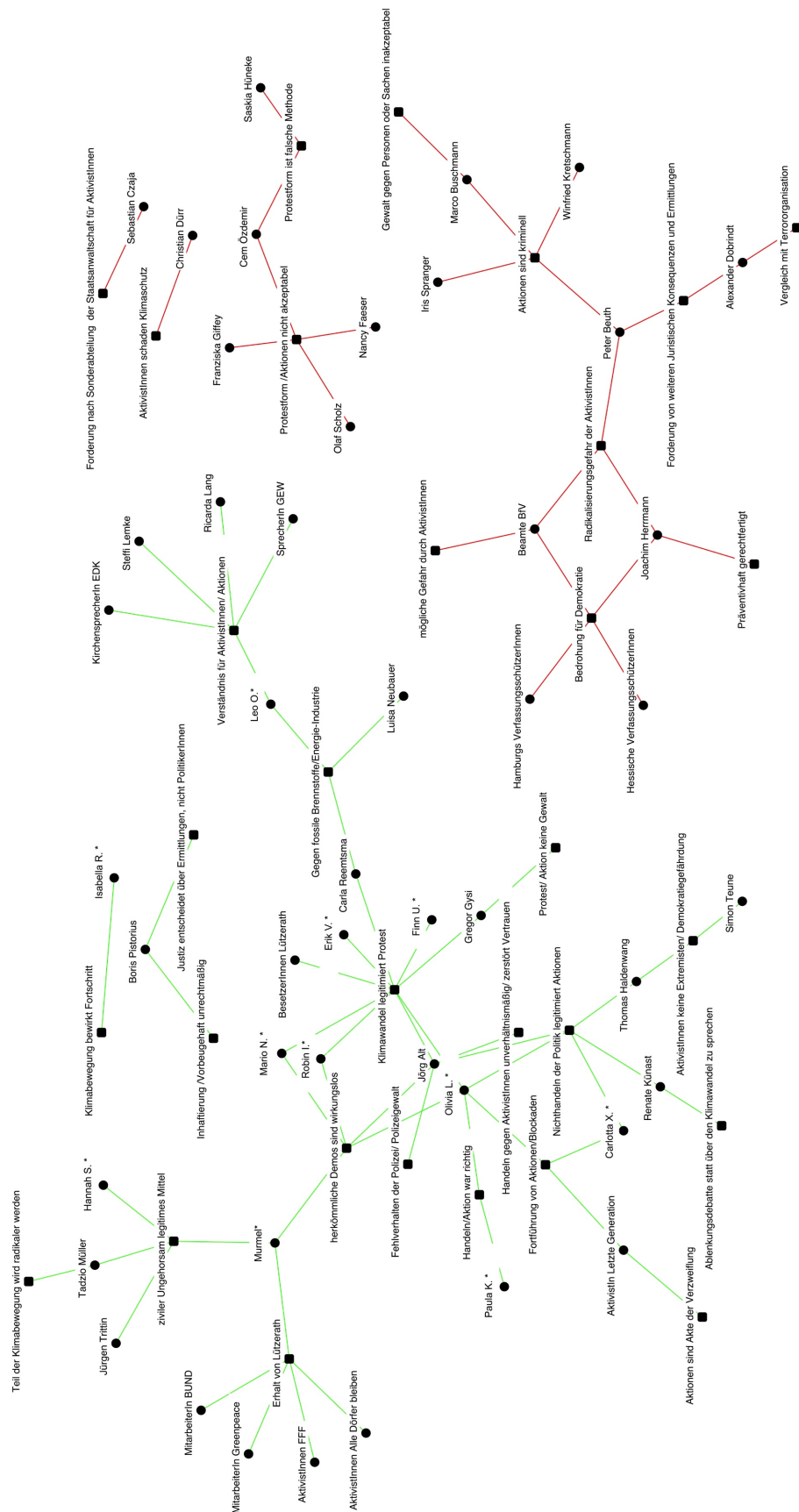
Netzwerk [5] Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



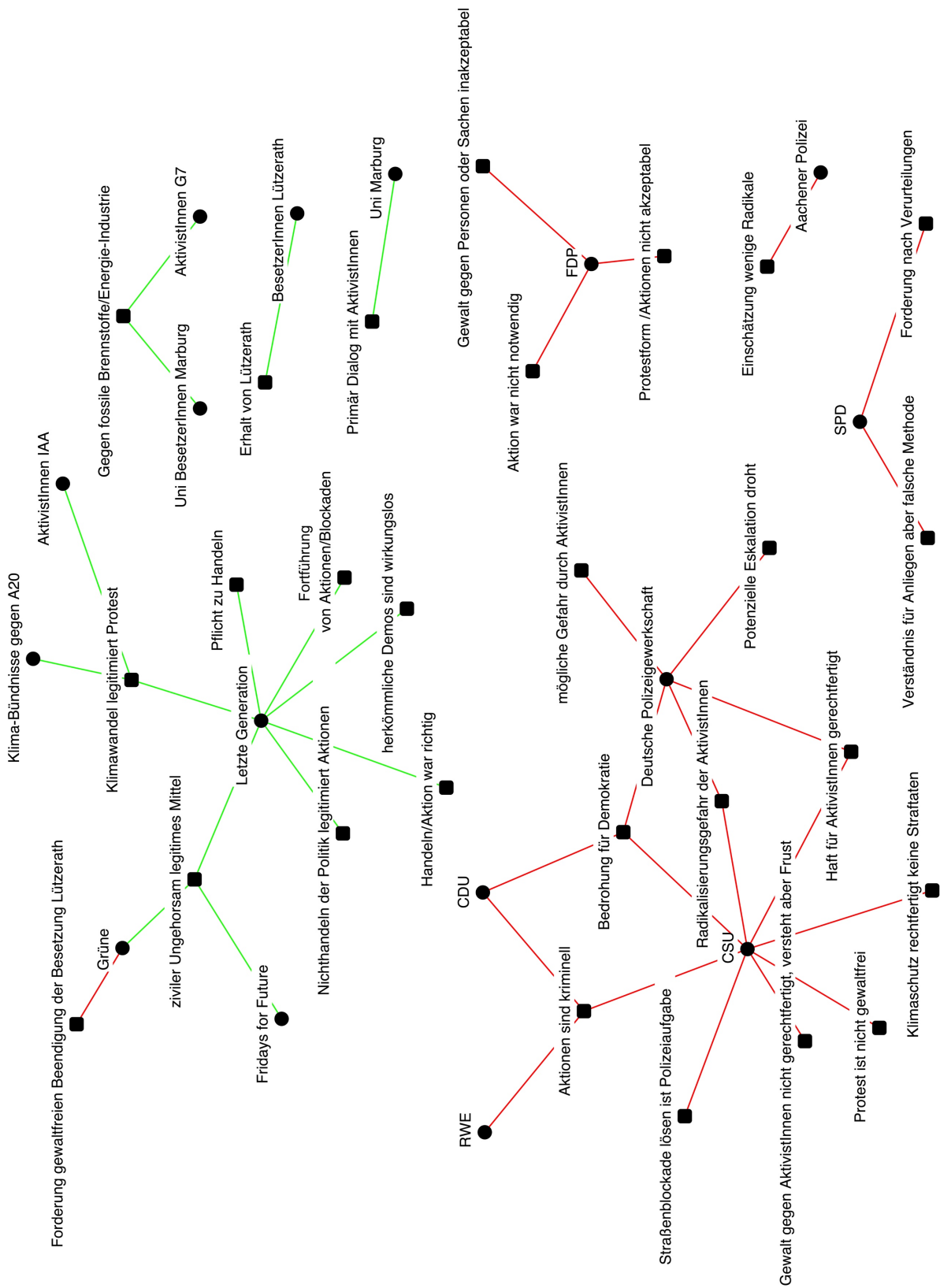
Netzwerk [6] Süddeutsche Zeitung, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



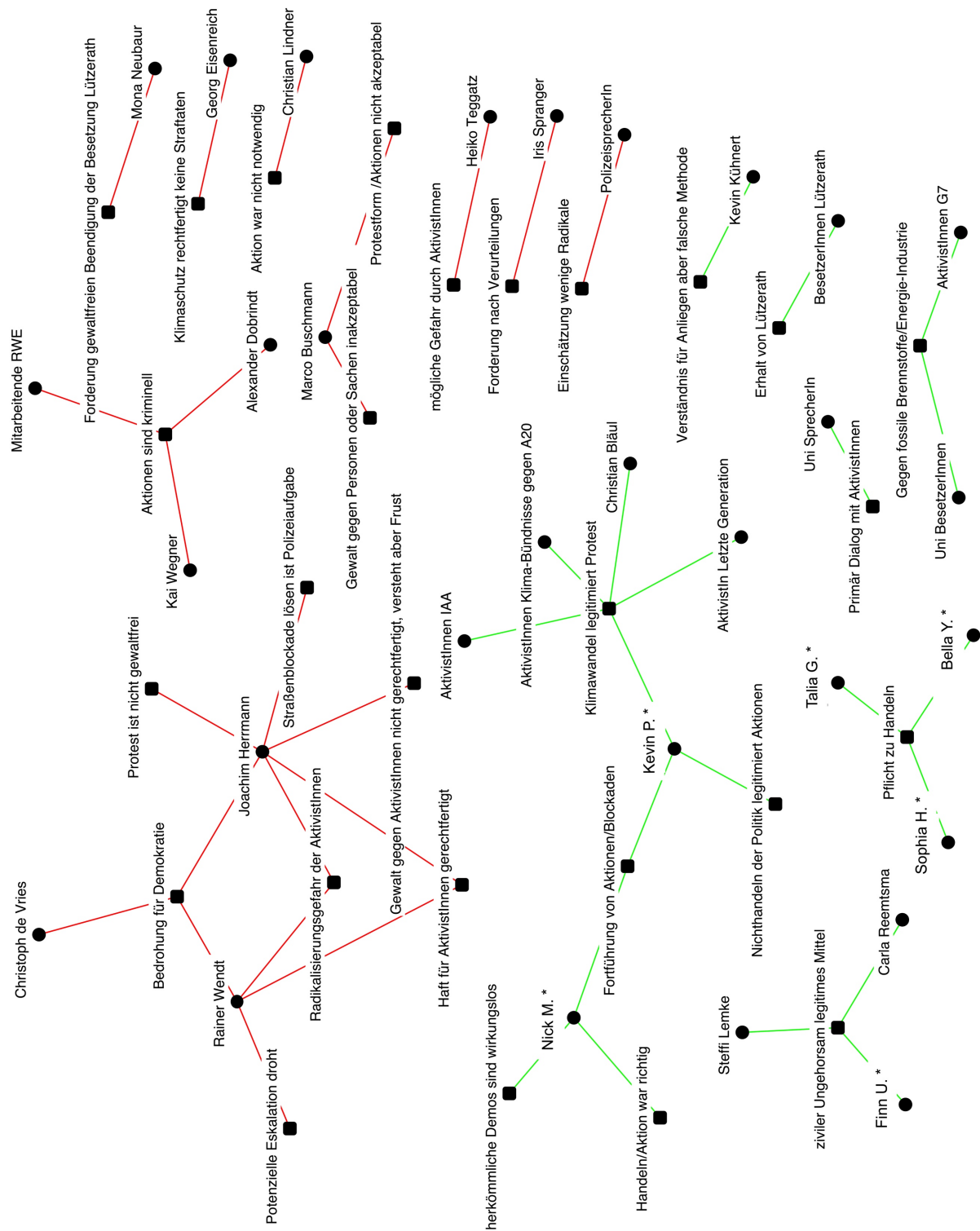
Netzwerk [7] Süddeutsche Zeitung, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



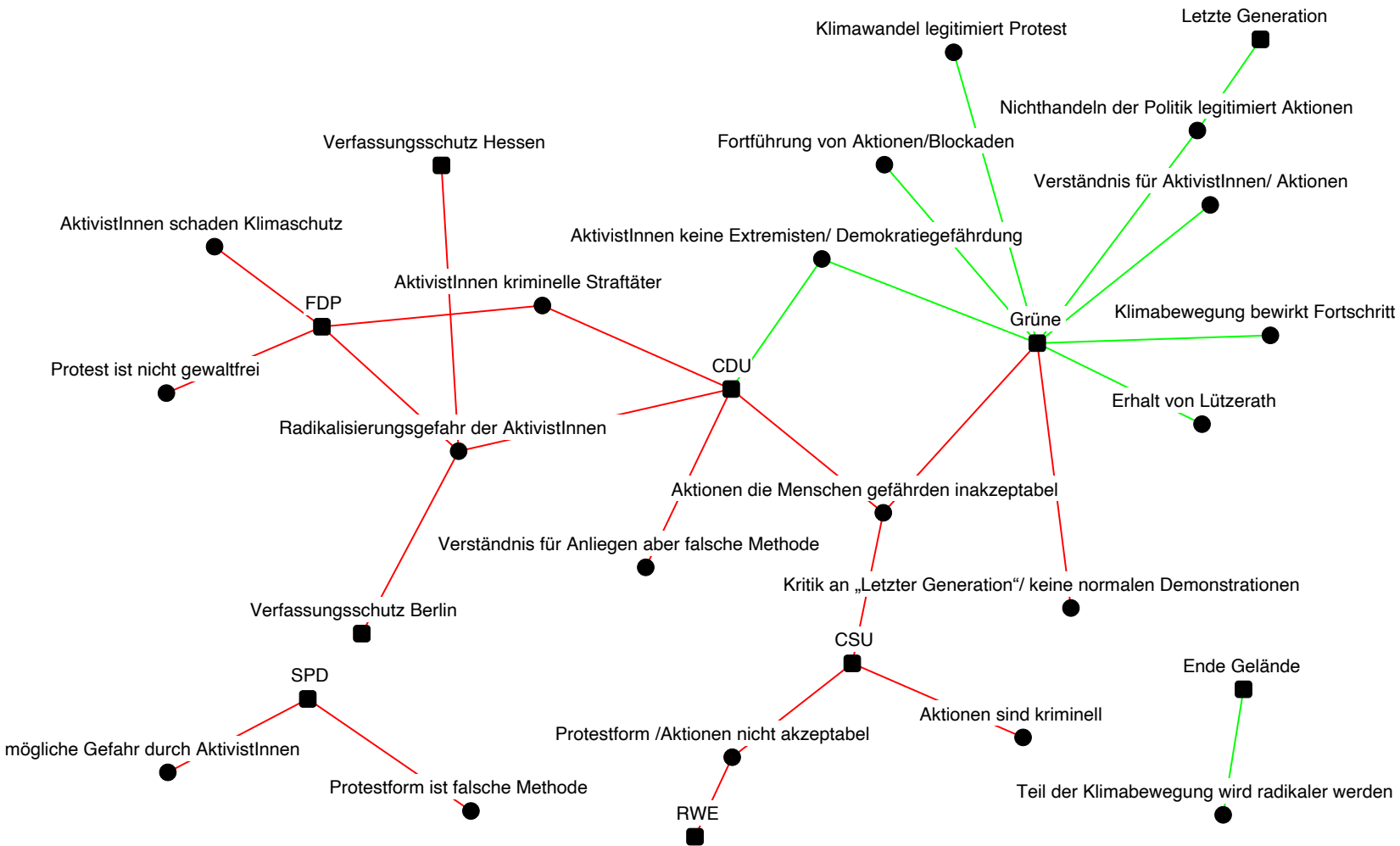
Netzwerk [8] Bild, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



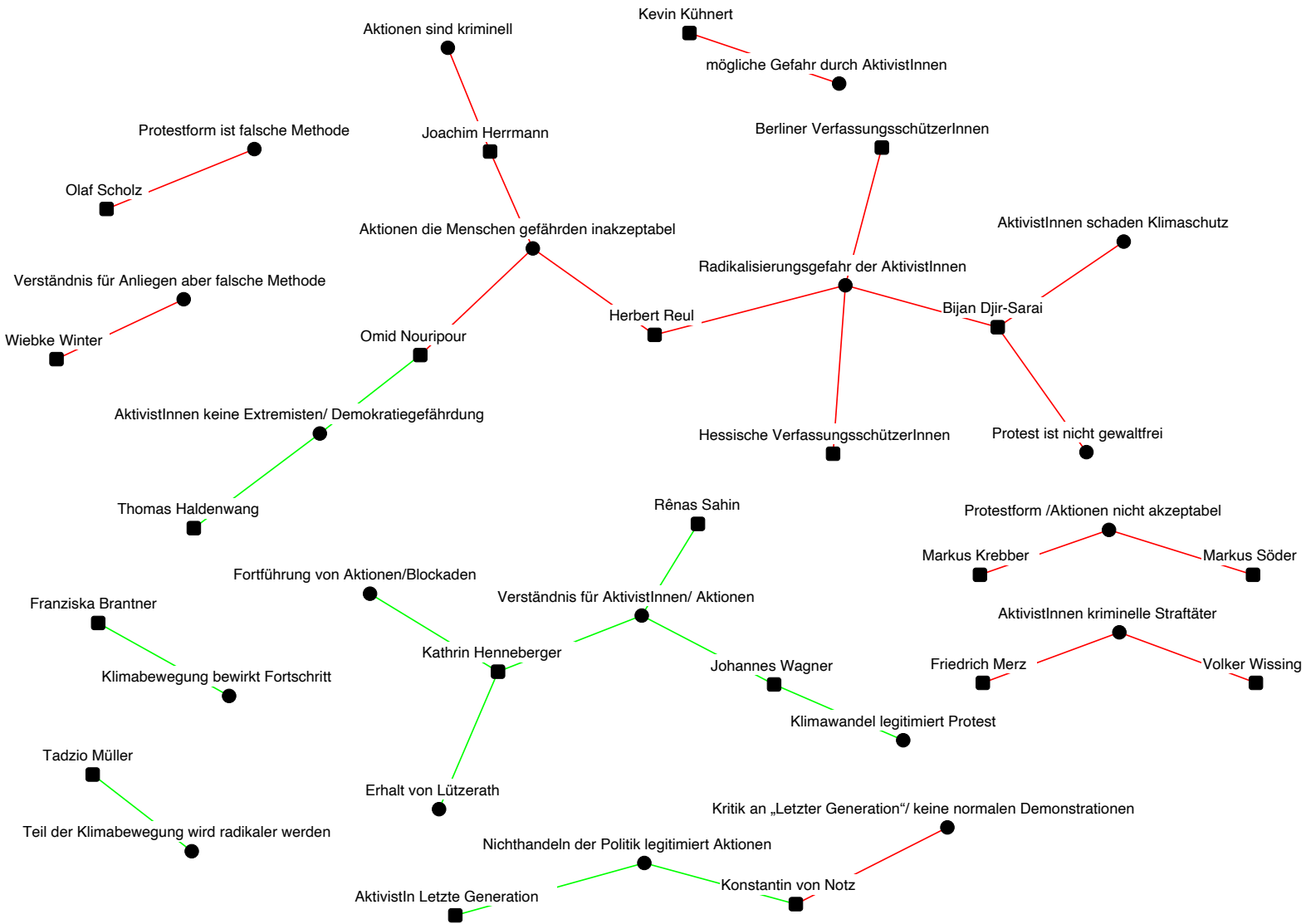
Netzwerk [9] Bild, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



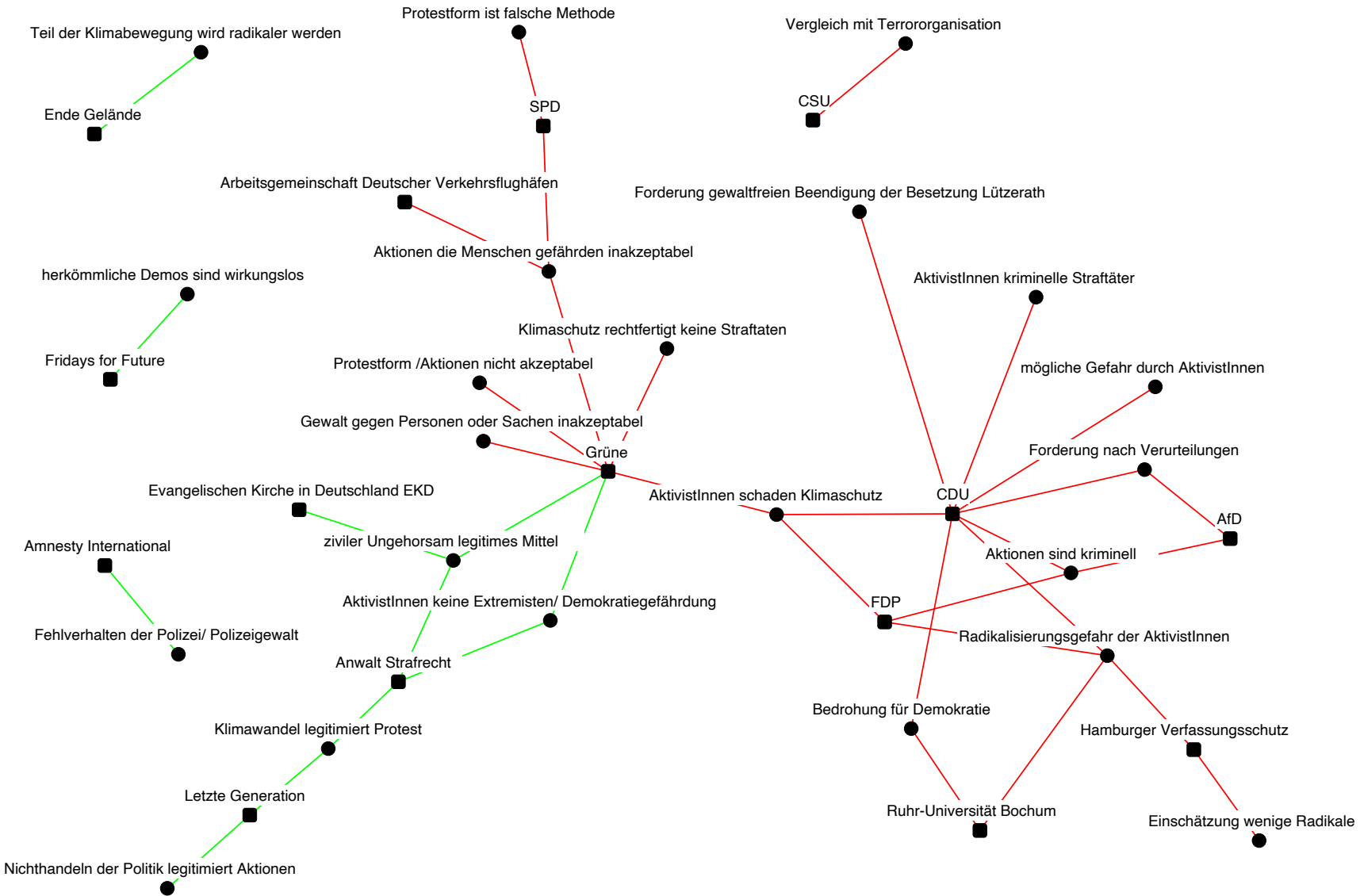
Netzwerk [10] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



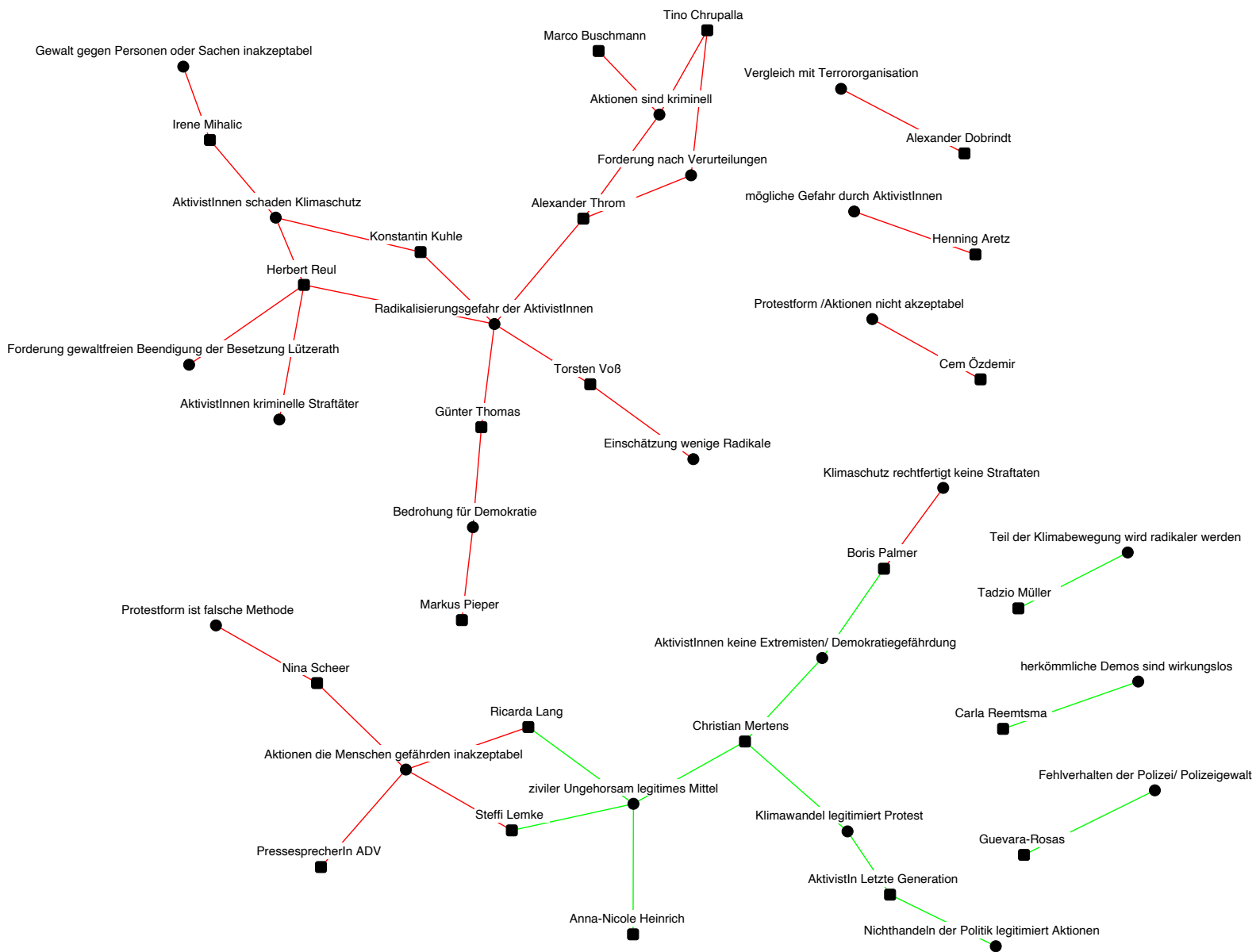
Netzwerk [11] Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



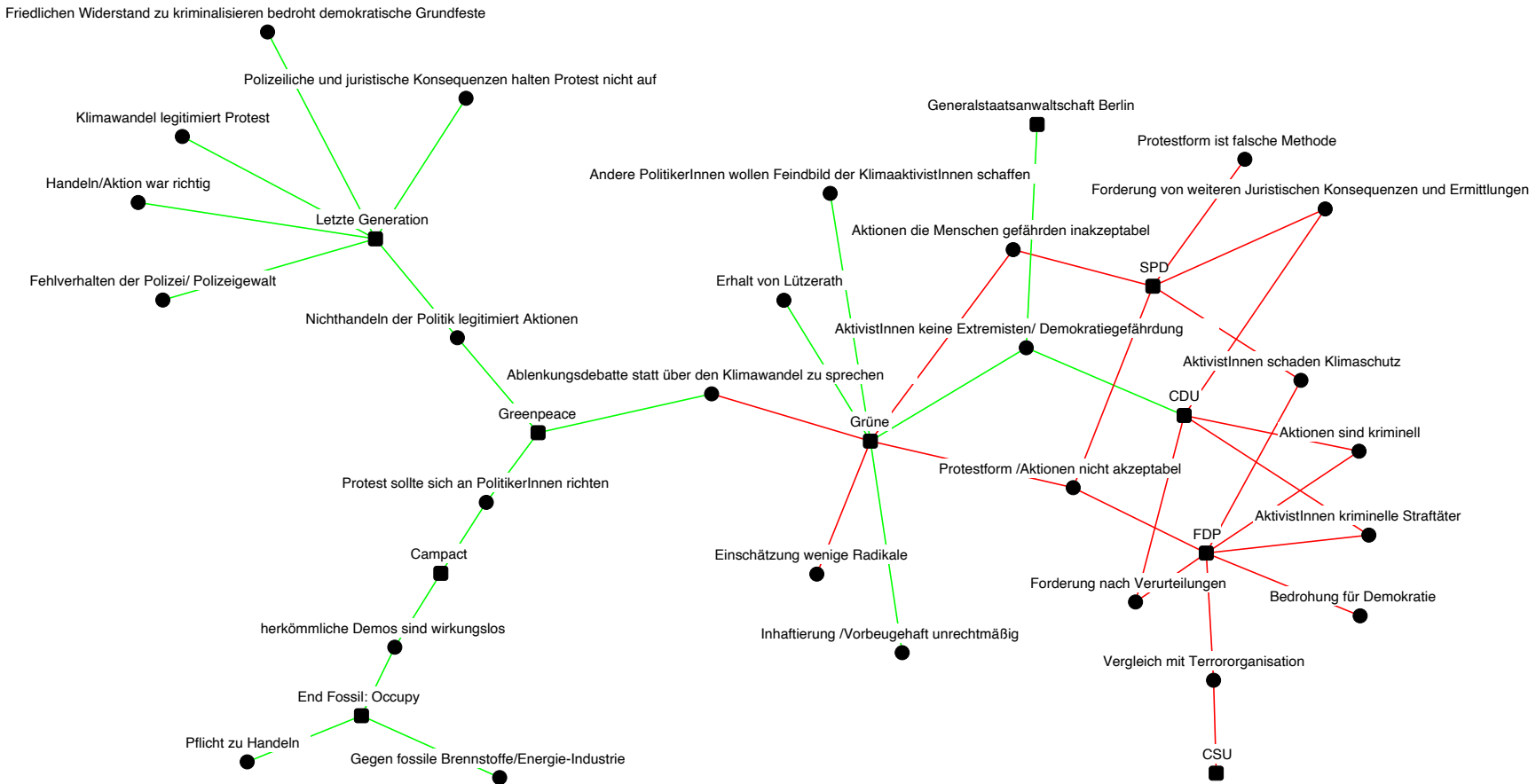
Netzwerk [12] Die Welt, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



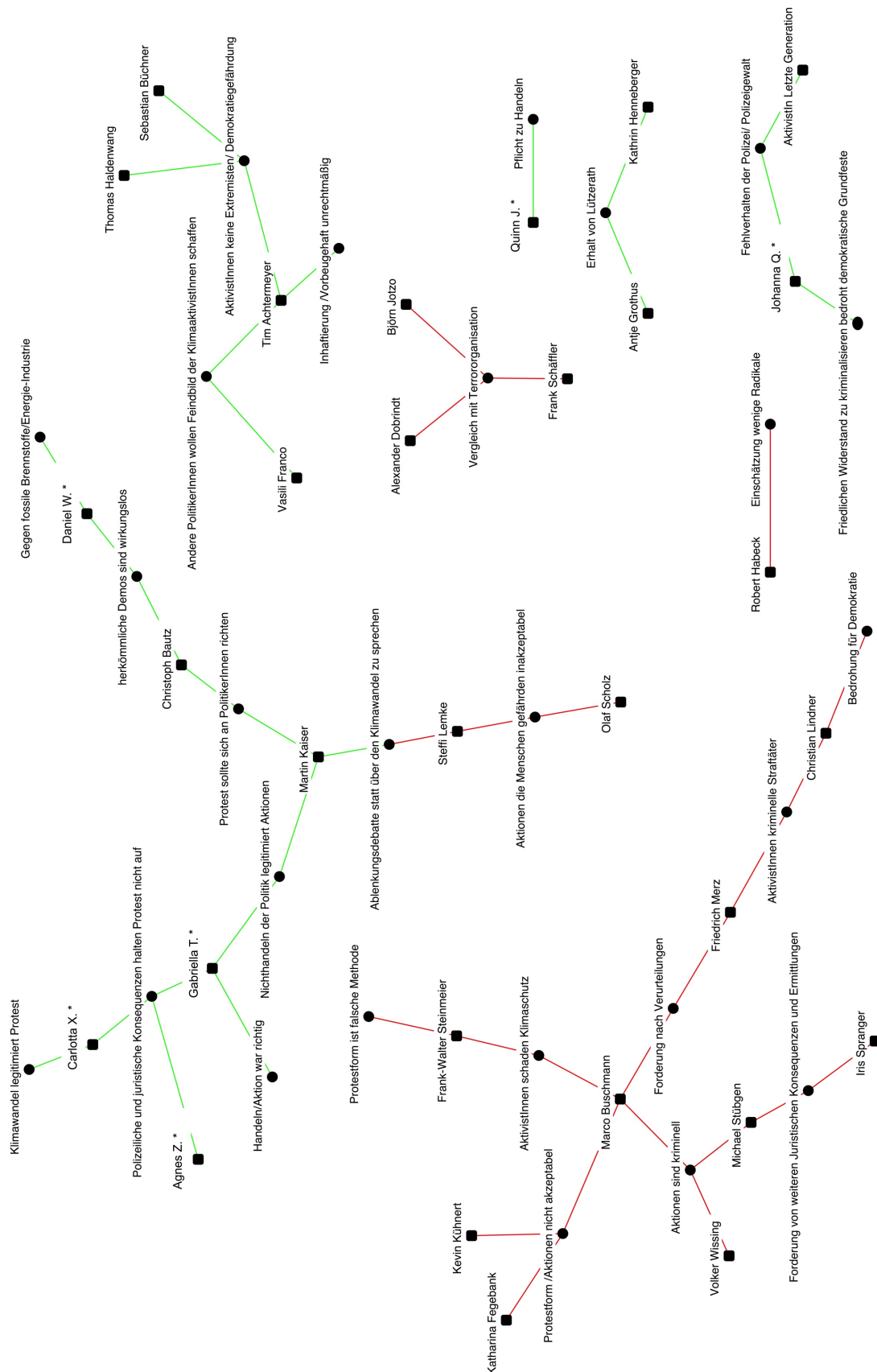
Netzwerk [13] Die Welt, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



Netzwerk [14] Die Tageszeitung TAZ, Organisationen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



Netzwerk [15] Die Tageszeitung TAZ, Personen & Konzepte, Two-Mode Netzwerk



Liste mit Konzepten, sortiert in Cluster

Themen Cluster	Neutral / Positive Bewertung	Negative Bewertung
1. Legitimität der Aktionen	Klimawandel legitimiert Protest	Klimaschutz rechtfertigt keine Straftaten
	Nichthandeln der Politik legitimiert Aktionen	Protestform /Aktionen nicht akzeptabel
	ziviler Ungehorsam legitimes Mittel	Protestform ist falsche Methode
		Verständnis für Anliegen aber falsche Methode
2. Begründung/ Kritik	herkömmliche Demos wirkungslos	Aktion war nicht notwendig
	Aktionen sind Akte der Verzweiflung	Aktionen sind kriminell
	Pflicht zu Handeln	Kritik an „Letzter Generation“/ keine normalen Demonstrationen
	Handeln/Aktion war richtig	
	Fortführung von Aktionen/Blockaden	
	Protest sollte sich an PolitikerInnen richten	
	Verständnis für AktivistInnen/ Aktionen	
	Primär Dialog mit AktivistInnen	
	Gegen fossile Brennstoffe/Energie-Industrie	
3. Klimaschutz	Klimabewegung bewirkt Fortschritt	AktivistInnen schaden Klimaschutz
	Ablenkungsdebatte statt über den Klimawandel zu sprechen	
	Andere PolitikerInnen wollen Feindbild der KlimaaktivistInnen schaffen	
4. Legalität/ Juristisches	Polizeiliche und juristische Konsequenzen halten Protest	Forderung nach Verurteilungen

	nicht auf	
	Justiz entscheidet über Ermittlungen, nicht PolitikerInnen	Forderung von weiteren Juristischen Konsequenzen und Ermittlungen
	Inhaftierung /Vorbeugehaft unrechtmäßig	Präventivhaft gerechtfertigt
		Haft für AktivistInnen gerechtfertigt
		Forderung nach Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft für AktivistInnen
		Straßenblockade lösen ist Polizeiaufgabe
		AktivistInnen kriminelle Straftäter
5. Gewalt	Fehlverhalten der Polizei/ Polizeigewalt	Gewalt gegen AktivistInnen nicht gerechtfertigt, versteht aber Frust
	Handeln gegen AktivistInnen unverhältnismäßig zerstört Vertrauen	Gewalt gegen Personen oder Sachen inakzeptabel
	Protest/ Aktion keine Gewalt	Protest ist nicht gewaltfrei
		Aktionen die Menschen gefährden inakzeptabel
6. Radikalisierung/ Demokratie-Gefährdung	AktivistInnen keine Extremisten/ Demokratiegefährdung	Bedrohung für Demokratie
	Friedlichen Widerstand zu kriminalisieren bedroht demokratische Grundfeste	Einschätzung wenige Radikale
	Teil der Klimabewegung wird radikaler werden	Mögliche Gefahr durch AktivistInnen
		Potenzielle Eskalation droht
		Radikalisierungsgefahr der AktivistInnen
		Vergleich mit Terrororganisation
7. Lützerath	Erhalt von Lützerath	Forderung gewaltfreien Beendigung der Besetzung Lützerath

Liste Organisationen

	Partei n	Behörden	Aktivistische Gruppen	NGO / Verein/ Stiftung	Berufsgruppe/ Verband/ Kirche	Unternehmen /Universitäten
1	AfD	Aachener Polizei	AktivistInnen G7	Amnesty International	Anwalt Strafrecht	RWE
2	CDU	Bundesamt für Verfassungssch utz	AktivistInnen IAA	BUND	Arbeitsgemein schaft Deutscher Verkehrsflugh äfen	Ruhr- Universität Bochum
3	CSU	Generalstaatsan waltschaft Berlin	Alle Dörfer bleiben	Campact	Evangelischen Kirche in Deutschland EKD	Uni Marburg
4	Die Linke	Hamburger Verfassungssch utz	BesetzerInnen Lützerath	Greenpeace	Nürnberger Jesuiten	
5	FDP	Verfassungssch utz Berlin	End Fossil: Occupy		Deutsche Polizeigewerk schaft	
6	Grüne	Verfassungssch utz Hessen	Ende Gelände		Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Bayern	
7	SPD		Fridays for Future		Protestforsche rIn	
8			Klima- Bündnisse gegen A20		Synode der evangelischen Kirche	
9			Letzte Generation			
10			Uni Besetzer- Innen Marburg			

Auswahl Zeitungsartikel

No.	Zeitung	Datum	Titel
1	Bild	31.12.2022	HAMBURGS GRÜNE Wenn das Herz das Hirn schlägt Rathaus INTERN
2	Bild	29.12.2022	Klima-Chaoten verwüsten ganze Straße
3	Bild	24.12.2022	LÜTZERATH WIRD ABGERIEGELT Polizei macht Ernst
4	Bild	24.12.2022	Lützerath wird abgeriegelt Polizei macht Ernst
5	Bild	16.12.2022	FÖRDERT ROT-ROT NUR "WUNSCHFILME"? MIT 627 000 EURO STEUERGELD
6	Bild	14.12.2022	BRÜDERCHEN, HAU' MICH DA RAUS! Der Klima-Kleber und sein Anwalt
7	Bild	23.11.2022	Wer ist reif für den Rostocker Greif? Ebert & Kröger in OB- Stichwahl
8	Bild	16.11.2022	Uni knickt vor Klima-Chaoten ein FRANKFURT RHEIN- MAIN
9	Bild	14.11.2022	KRAWALL-DEMO IN LÜTZERATH Hausbesetzer zeigen PKK-Flagge
10	Bild	09.11.2022	Klima-Kleber sind nicht gewaltfrei MINISTER HERRMANN
11	Bild	07.11.2022	Katar-Protest geht auch morgen weiter Sport
12	Bild	04.11.2022	Baerbock lädt zum G7-Gipfel Titelseite
13	Bild	22.10.2022	Klima-Kleber verteidigen Sabotage
14	Bild	18.12.2022	KLIMA-KLEBER stürmen Lindners MINISTERIUM
15	Bild	28.09.2022	Klima-Aktivisten werfen sich selbst Rassismus vor
16	Bild	17.09.2022	KLIMAKLEBER KOMMEN DAVON! München
17	Bild	25.08.2022	Klima-Kleber müssen in den Knast! Polizei-Gewerkschaft fordert
18	Bild	23.08.2022	Dresdner Klima-Kleber im Schweden-Knast Leipzig
19	Bild	23.08.2022	DRESDNER KLIMA-KLEBER DRESDEN
20	Bild	23.08.2022	DRESDNER KLIMA-KLEBER DRESDEN
21	Bild	15.08.2022	Kein Hass auf die Polizei! KOMMENTAR
22	Bild	12.08.2022	Klima-Camper unter Randal-Verdacht Deutsche-Bank- Scheibe mit Hammer eingeschlagen
23	Bild	30.07.2022	Fridays for Future pestet gegen Israel ANTISEMITISMUS
24	Bild	30.07.2022	LEIPZIG Leipzig

25	Bild	23.07.2022	DRESDEN
26	Bild	30.06.2022	Klimaaktivistin mit Helmut-Schmidt-Preis geehrt HAMBURG UND DER NORDEN
27	Bild	27.06.2022	Hier schmieden Scholz und Biden ihren Während der G7-Gipfel in den bayerischen Alpen tagt, lässt Putin Wohnviertel in ganz Kiew bombardieren
28	Bild	22.06.2022	Klima-Kleber-Blockade auf der A 100 Berlin/Brandenburg
29	Bild	08.06.2022	MP Rhein will Hessen sicherer machen FRANKFURT RHEIN-MAIN
30	Bild	07.06.2022	Wir verneigen uns, Eure Majestät! 70 JAHRE IM DIENST DER KRONE
31	Bild	30.05.2022	Klima-Demo gegen A-20-Ausbau Leipzig
32	Bild	11.05.2022	GROSSDEMO ZUM G7-GIPFEL MÜNCHEN UND BAYERN
33	Bild	07.05.2022	Dieser Kreml-Mann managte Schwesigs Schummelstiftung BILD ENTHÜLLT
34	Bild	06.05.2022	Mildes URTEIL für IAA-CHAOTEN Richter zeigt Verständnis
35	Bild	22.04.2022	DIE SCHWESIG-AFFÄRE
36	Bild	26.03.2022	HAARE SIND KEIN PROBLEM, SONDERN DAS KLIMA! Nur ein Thema bei "Fridays for Future"-Streik: Klima-Kids verurteilen Dreadlocks-Irrsinn
37	Bild	25.03.2022	IN TOLERANZ UND FREIHEIT FFF BRAUCHT NACHHILFE
38	Bild	16.03.2022	SIND DAS 20 000 ODER 120 000 DEMONSTRANTEN? Klimaschützer streiten mit Polizei
39	Bild	04.03.2022	"PUTIN, verpiss dich!" HAMBURG UND DER NORDEN
40	Bild	01.03.2022	"Papa, pass auf Dich auf!" Bewegende Handy-Nachricht von Vitali Klitschkos Sohn Max (16) an seinen Vater in der Kriegs-Hölle von Kiew
41	Bild	28.02.2022	Putin droht mit ATOM-WAFFEN! +++ Russlands Tyrann immer aggressiver +++ Nuklearstreitkräfte in Alarmbereitschaft +++
42	Bild	22.02.2022	Rezzo Schlauch kritisiert grünen Landesvorstand Partei-Ausschlussverfahren
43	Bild	22.02.2022	KLIMA-KLEBER IMMER RADIKALER! Berlin/Brandenburg
44	Bild	12.02.2022	So gefährlich sind die Klima-Chaoten Straßenblockaden,

			Reifen-Attacken, Brücken-Besetzungen
45	Bild	12.02.2022	Schluss mit der Doppelmoral! KOMMENTAR
46	Bild	11.02.2022	Straftaten im Namen des Klima-Schutzes! +++ Ampel-Zoff um Grünen-Ministerin Lemke +++ Sie verteidigt Autobahn-Blockaden
47	Bild	10.02.2022	Verständnis für Autobahn-Blockierer Bundesumweltministerin
48	Bild	10.02.2022	Verständnis für Autobahn-Blockierer Bundesumweltministerin
49	Bild	10.02.2022	Verständnis für Autobahn-Blockierer Bundesumweltministerin
50	Bild	05.02.2022	HIER FEGT DIE POLIZEI DEN DRECK DER KLIMA-AKTIVISTEN WEG Autobahn-Blockierer sorgen für Stau-Chaos im Berufsverkehr
51	SZ	14.12.2022	Treffen sich zwei Wasserstoffkerne
52	SZ	14.12.2022	Das wird eng
53	SZ	13.12.2022	G7 gründen Klimacub
54	SZ	10.12.2022	Macht mal
55	SZ	03.12.2022	Kriminell - oder nicht?
56	SZ	02.12.2022	Gibt es gewaltfreie Gewalt?
57	SZ	01.12.2022	Vom Recht auf Kleben
58	SZ	26.11.2022	Wir Heuchler
59	SZ	22.11.2022	Klimaaktivisten unter Verdacht
60	SZ	12.11.2022	Lex Pattex
61	SZ	05.11.2022	Protestbrief an den Landtag
62	SZ	05.11.2022	Methode Meloni
63	SZ	04.11.2022	Biden warnt vor "Angriff auf unsere Demokratie"
64	SZ	04.11.2022	Ist das noch friedlich?
65	SZ	3.11.2022	Justizminister warnt Klimaaktivisten
66	SZ	03.11.2022	Kleber und Ketten
67	SZ	26.10.2022	Beziehungsstress
68	SZ	18.10.2022	Pakt gegen Panik
69	SZ	24.09.2022	Zu banal, zu böse
70	SZ	14.09.2022	Die Wünsche alter Männer
71	SZ	10.09.2022	VERGESST DEN VW-KÄFER NICHT!
72	SZ	06.09.2022	Oh girl

73	SZ	26.08.2022	Regieren schmerzt
74	SZ	13.08.2022	"Das ist ein großer Kraftakt"
75	SZ	23.07.2022	Heimweh nach Kummerland
76	SZ	08.07.2022	Hoffnungsmaschine
77	SZ	11.06.2022	Im Weltgarten
78	SZ	18.05.2022	Manchmal denk i no an di
79	SZ	14.05.2022	Hinsetzen für den Aufstand
80	SZ	05.05.2022	Die großen Meinungsküchen der Nation
81	SZ	30.04.2022	Gefühle am Anschlag
82	SZ	19.04.2022	Durchaus mächtig
83	SZ	16.04.2022	Leben mit dem Wald
84	SZ	12.04.2022	Die Staatsfeinde sind mehr geworden
85	SZ	02.04.2022	Gib' dein Auto her
86	SZ	28.03.2022	Kraftwerk besetzt
87	SZ	18.03.2022	Der kleine Atomtod
88	SZ	17.03.2022	Feuer unterm Dach
89	SZ	12.03.2022	Bei vorgehaltener Waffe
90	SZ	07.03.2022	Wie es ihm gefällt
91	SZ	28.02.2022	Berlin in Blau und Gelb
92	SZ	22.02.2022	Einmal Demo? 241 Euro, bitte
93	SZ	12.02.2022	Sitzen bleiben für das Klima
94	SZ	31.01.2022	Grüne Träume
95	SZ	24.01.2022	Verheerende Bilanz
96	SZ	24.01.2022	Geschiedene Leute
97	SZ	17.01.2022	Bis hierhin und nicht weiter
98	SZ	12.01.2022	Nicht ganz so scharf
99	SZ	08.01.2022	Im Matsch von "Lützi"
100	SZ	07.01.2022	Die Grünen kellnern wieder
101	FAZ	15.12.2022	Klimakonferenz, Geld und Macht
102	FAZ	12.12.2022	Der Tag X naht für Lützerath
103	FAZ	12.12.2022	Wie radikal darf Klimakampf sein?

10 4	FAZ	09.12.2022	Klimaproteste an Flughäfen
10 5	FAZ	06.12.2022	Mobilitätspartnerschaft zwischen Berlin und Neu Delhi
10 6	FAZ	04.12.2022	Zwischen Mangel und Maximum
10 7	FAZ	25.11.2022	"Wasserstoff ist keine Universallösung"
10 8	FAZ	18.11.2022	Ungeahnte Kriegsfolgen
10 9	FAZ	15.11.2022	Schnelldenker mit Öko-Masterplan MENSCHEN UND WIRTSCHAFT
11 0	FAZ	13.11.2022	Generation Selbständig
11 1	FAZ	07.11.2022	Geht doch rüber
11 2	FAZ	05.11.2022	Fahrlässige Tötung?
11 3	FAZ	06.11.2022	Spur der Steine
11 4	FAZ	25.10.2022	Umschalten auf Dunkelgrün
11 5	FAZ	21.10.2022	Gewalt fürs Klima?
11 6	FAZ	16.10.2022	Kleines Dorf, großes Symbol
11 7	FAZ	18.08.2022	Den Aktivisten jedweder Ideologie widerstehen
11 8	FAZ	15.08.2022	Wider den Klima-Terrorismus
11 9	FAZ	27.07.2022	Ist die Schuldenunion da?
12 0	FAZ	26.07.2022	Grüne Armee Fraktion?
12 1	FAZ	18.07.2022	Nach der Zeitenwende

12 2	FAZ	16.07.2022	Manchin will nicht für Bidens Vorlagen stimmen Wichtiges in Kürze
12 3	FAZ	13.07.2022	Überraschender Redebedarf
12 4	FAZ	08.07.2022	VW will 20 000 Stellen in Batteriezellfabriken schaffen
12 5	FAZ	04.07.2022	Das Knirschen der Macht
12 6	FAZ	28.06.2022	Klimaaktivistin im Beamtenstatus
12 7	FAZ	24.06.2022	"Wir können keine Thermostatpolizei losschicken"
12 8	FAZ	17.06.2022	Zu Gast beim nicht immer leichten Wertepartner
12 9	FAZ	11.06.2022	Die Inflation steigt ...
13 0	FAZ	09.06.2022	Rückschlag für EU-Klimapaket
13 1	FAZ	08.06.2022	Streitbare Klimaschützerin MENSCHEN UND WIRTSCHAFT
13 2	FAZ	03.06.2022	Monat der Wahrheit für Europas Klimapolitik
13 3	FAZ	27.09.2022	Das Tauziehen um den Pazifik geht in die nächste Runde
13 4	FAZ	20.05.2022	Kleb dich fest
13 5	FAZ	13.05.2022	Mehr Windräder in Sicht
13 6	FAZ	13.05.2022	Formuliert klar und direkt
13 7	FAZ	05.05.2022	Lufthansa warnt vor Abhängigkeit im Luftverkehr
13 8	FAZ	03.05.2022	Wollen Merz und Söder dasselbe?
13 9	FAZ	30.04.2022	Schicksalswahl für Nordirland

14 0	FAZ	29.04.2022	Pazifisches Faustpfand
14 1	FAZ	25.04.2022	Friedlicher Protest gegen Tagebau in Lützerath
14 2	FAZ	24.04.2022	Für eine Handvoll Jobs
14 3	FAZ	02.04.2022	"Sri Lanka geht vor die Hunde"
14 4	FAZ	01.02.2022	Neuvermessung des Risikos
14 5	FAZ	26.01.2022	Europas Bekenntnis zum Kernenergie RECHT UND STEUERN
14 6	FAZ	20.01.2022	Vorschusslob der Eliten für Ampel
14 7	FAZ	18.01.2022	Wasserstoff statt Waffen
14 8	FAZ	17.01.2022	Die dunkle Seite der Verkehrswende SCHNELLER SCHLAU
14 9	FAZ	14.01.2022	In der Nische die ganze Welt
15 0	FAZ	04.01.2022	Kabinett Rutte mit umbesetztem Kernressort Finanzen
15 1	Welt	15.12.2022	LETZTE GENERATION: BERLIN VERHÄNGT ZWANGSGELDER
15 2	Welt	09.12.2022	Klimaaktivisten kleben sich wieder am BER fest; Auch am Airport fand eine Aktion statt
15 3	Welt	07.12.2022	AUF EINEN BLICK
15 4	Welt	30.11.2022	„Das Klima wird nicht in Lützerath gerettet“; Der Innenminister von NRW, Herbert Reul (CDU), sagt: Mit der Räumung der Ortschaft wird auch der Rechtsstaat verteidigt
15 5	Welt	23.11.2022	"ES DROHT RELIGIÖSE BEFÖRDERUNG DER RADIKALISIERUNG" DURCHS SYMPATHISIEREN MIT RADIKALEN KLIMA-AKTIVISTEN DROHT DIE EVANGELISCHE KIRCHE ZUM "SCHUBVERSTÄRKER POLITISCHER ANSINNEN" ZU WERDEN, WARNT

			THEOLOGE GÜNTER THOMAS
15 6	Welt	17.11.2022	Die Träume der Anti-Demokraten
15 7	Welt	14.11.2022	Klima-Experte kritisiert EKD-Präses hart; CDU-Politiker bereiten Petition gegen Heinrich vor
15 8	Welt	11.11.2022	BEKOMMEN WIR EINEN BONUS FÜR DEN DEUTSCHEN GEBURTENRÜCKGANG?
15 9	Welt	10.11.2022	Demokratie ist kein Ponyhof; "Klima-RAF", ernsthaft? Die Empörung über die Protestaktionen der "Letzten Generation" verliert jedes Maß. Das gilt besonders für jene Stimmen, die den Widerstand gegen Corona Auflagen noch als Freiheitsliebe feierten
16 0	Welt	09.11.2022	AKTIVISTEN SIND NICHT DIE EINZIGE VERKEHRSTÖRUNG
16 1	Welt	09.11.2022	LESERBRIEFE
16 2	Welt	25.10.2022	AUF EINEN BLICK
16 3	Welt	20.10.2022	GRETA HEIßT JETZT ROMINA
16 4	Welt	18.10.2022	ZURÜCK AUF DEM WEG ZUM KRANKEN MANN EUROPAS
16 5	Welt	19.10.2022	DIE INSZENIERUNG EINES KANZLER-MACHTWORTS MIT DEM GEBRAUCH DER RICHTLINIENKOMPETENZ WILL OLAF SCHOLZ (SPD) RUHE IN DIE KOALITION BRINGEN. DER STREIT ÜBER AKWS ABER KOMMT BALD ZURÜCK
16 6	Welt	18.10.2022	AUF EINEN BLICK
16 7	Welt	22.09.2022	Bildungsministerin für "Fridays for Education"; Hat Stark-Watzinger zu Schüler-Demos aufgerufen?
16 8	Welt	09.09.2022	Hamburg warnt vor linker Gewalt gegen Einzelne; Verfassungsschutz sieht neue Extremisten-Strategie
16 9	Welt	09.09.2022	Wo es Aktivisten um eine neue Weltordnung geht; RWE will in Lützerath Braunkohle aus der Erde holen. Klima-Aktivisten drohen mit harter Gegenwehr

17 0	Welt	30.08.2022	"WIR WERDEN ERDGAS NICHT MEHR ZU JEDEM PREIS EINKAUFEN" BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER ROBERT HABECK ERWARTET EINE ENTSPANNUNG AUF DEN MÄRKTEN UND VERSPRICHT EINE VERBESSERTE GASUMLAGE
17 1	Welt	19.08.2022	NACH DREI JAHREN WIEDER CRUISE DAYS NABU UND LINKE KRITISIEREN UMWELTBELASTUNG DURCH DIE KREUZFAHRT-SHOW IM HAFEN
17 2	Welt	12.08.2022	DIE ANTIKAPITALISTISCHE KLIMA-INTERNATIONALE IN EINEM CAMP IN HAMBURG ÜBEN AKTIVISTEN BLOCKADEN UND HALTEN WORKSHOPS. DIE RADIKALE KLIMABEWEGUNG HOFFT AUF MOBILISIERUNGSPOTENZIAL IN DER ENERGIEKRISE
17 3	Welt	02.08.2022	AUF EINEN BLICK
17 4	Welt	25.07.2022	POLEN WILL DEN DEUTSCHEN ATOMAUSSTIEG VERHINDERN INITIATIVE PRÜFT PACT UND BETRIEB VON MEILERN
17 5	Welt	12.07.2022	UNIPER-EINSTIEG ZWINGT ROBERT HABECK IN EINE HEIKLE KLIMA- KLAGE DER ENERGIEKONZERN FORDERT VON DEN NIEDERLANDEN EINE MILLIARDE EURO, WEIL ER EIN KOHLEKRAFTWERK VORZEITIG ABSTELLEN MUSS. DAMIT SCHLITTERN DIE GRÜNEN IN EIN DILEMMA
17 6	Welt	12.07.2022	"PUTIN UND XI HABEN EINE ALLWETTERFREUNDSCHAFT MOSKAU UND PEKING WOLLTEN DIE INTERNATIONALE FRIEDENSORDNUNG BEENDEN, SAGT EU- PARLAMENTARIER BÜTIKOFER (GRÜNE). WIE KANN DIE EU DAS VERHINDERN?
17 7	Welt	08.07.2022	AUF EINEN BLICK
17 8	Welt	06.07.2022	"UNSER GESCHÄFTSMODELL KOMMT AN SEINE GRENZEN" DIE JÜNGSTEN ZAHLEN ZUR DEUTSCHEN WIRTSCHAFT SIND ERSCHÜTTERND. WELT SPRACH MIT GRÜNEN-POLITIKER DANYAL BAYAZ UND UNTERNEHMER JOSEF BRUNNER DARÜBER, WAS SICH JETZT ÄNDERN MUSS

17 9	Welt	29.06.2022	SCHOLZ BESCHEINIGT G 7 "KLARHEIT UND STÄRKE" DIFFERENZEN BEI RUSSLAND-SANKTIONEN UND IM UMGANG MIT CHINA. KANZLER LOBT GIPFEL DENNOCH
18 0	Welt	28.06.2022	STREIT UM DIE NEUE EUROPÄISCHE UMVERTEILUNG FÜRS KLIMA MIT EINEM GELDTOPF WILL URSULA VON DER LEYEN OSTEUROPÄISCHEN STAATEN MEHR KLIMASCHUTZ SCHMACKHAFT MACHEN. JETZT BLOCKIERT ÜBERRASCHEND DIE BUNDESREGIERUNG
18 1	Welt	28.06.2022	STREIT UM DIE NEUE EUROPÄISCHE UMVERTEILUNG FÜRS KLIMA MIT EINEM GELDTOPF WILL URSULA VON DER LEYEN OSTEUROPÄISCHEN STAATEN MEHR KLIMASCHUTZ SCHMACKHAFT MACHEN. JETZT BLOCKIERT ÜBERRASCHEND DIE BUNDESREGIERUNG
18 2	Welt	28.06.2022	SELENSKYJ WILL KRIEG NOCH VOR DEM WINTER BEENDEN UKRAINISCHER PRÄSIDENT FORDERT AUF G-7 -GIPFEL UNTERSTÜTZUNG DES WESTENS, UM RUSSEN AUS SEINEM LAND ZU VERTREIBEN. SCHOLZ WEGEN FÖRDERUNG FOSSILER ENERGIEN IN DER KRITIK
18 3	Welt	27.06.2022	MAßVOLLE LÖSUNGEN FÜR RADIKALE PROBLEME
18 4	Welt	27.06.2022	AUF EINEN BLICK
18 5	Welt	31.05.2022	"Sie tun das, damit wir alle länger leben können"; Rechtsanwalt Christian Mertens verteidigt vor Gericht radikale Klima-Aktivisten. Er hält Blockaden von Kohlekraftwerken für Notwehr
18 6	Welt	13.05.2022	DER PHILOSOPH UND DER RAUM OHNE VOLK SEIT KRIEG IST, REDEN ALLE VON ZEITENWENDE. RICHARD DAVID PRECHT STELLT IM ZDF DIESE GEWISSHEIT INFRAGE. KÖNNTE PUTINS PROBLEM CHINA UND DAS ASIATISCHE RUSSLAND SEIN?
18 7	Welt	21.04.2022	KAUM MEHR GLAUBWÜRDIG - UND INTRANSPARENT DER DRUCK AUF MINISTERPRÄSIDENTIN MANUELA

			SCHWESIG WEGEN IHRER RUSSLAND-NÄHE STEIGT DEUTLICH. ABER SIE TUT VORWÜRFE ALS "UNSINN" AB
18 8	Welt	19.04.2022	WIE ANTWORTEN AUF EINE ATOMARE BEDROHUNG?
18 9	Welt	13.04.2022	Klimaschützer in Lebensgefahr; Öko-Aktivisten in Lateinamerika werden immer öfter ermordet oder landen im Gefängnis - auch dort, wo linke Politik herrscht
19 0	Welt	06.04.2022	AUF EINEN BLICK
19 1	Welt	04.03.2022	DAS ÖL-KARTELL SCHLÄGT SICH AUF MOSKAUS SEITE OPEC - STAATEN LASSEN DEN ÖLPREIS WEITER STEIGEN
19 2	Welt	22.02.2022	AUF EINEN BLICK
19 3	Welt	21.02.2022	"Niemand steht über dem Gesetz"; Union und AfD fordern ein härteres Vorgehen gegen Blockaden und Sabotage durch Klimaschutz-Gruppen. Der Verfassungsschutz hat Teile der Szene im Blick
19 4	Welt	21.02.2022	Die Grünen und der Glaube an "zivilen Ungehorsam"; Ricarda Lang und Steffi Lemke zeigen Verständnis für Autobahn-Sitzblockaden - und geraten ins Straucheln
19 5	Welt	18.02.2022	EIN WICHTIGER BAUSTEIN DES KLIMAPLANS DROHT ZU KIPPEN DIE EU-KOMMISSION WILL BENZIN, HEIZÖL UND ANDERE BRENNSTOFFE TEURER MACHEN. DARÜBER GIBT ES STREIT
19 6	Welt	17.02.2022	AUF EINEN BLICK
19 7	Welt	08.02.2022	AUF EINEN BLICK
19 8	Welt	27.01.2022	HABECK DEFINIERT DEN DEUTSCHEN WOHLSTAND NEU NEBEN DEM BRUTTOINLANDSPRODUKT SOLL DIE STÄRKE DER WIRTSCHAFT AN 32 ANDEREN INDIKATOREN GEMESSEN WERDEN
19 9	Welt	21.01.2022	"DIE LAGE IST ERNST WIE LANGE NICHT MEHR"; DER PRÄSIDENT DES SÄCHSISCHEN

			VERFASSUNGSSCHUTZES ÜBER RECHTSEXTREMISTEN BEI CORONA-PROTESTEN
20 0	Welt	04.01.2022	MERCEDES HEIZT DEN EFFIZIENZ-WETTBEWERB AN MIT DEM "VISION EQXX" STELLEN DIE STUTTGARTER EINEN PROTOTYP VOR, DER 1000 KILOMETER MIT EINER BATTERIELADUNG SCHAFFEN SOLL
20 1	Taz	30.12.2022	Da ist in mir etwas gekippt ; Solange die Bundesregierung nichts tut, um das Klimachaos zu verhindern, will die Göttingerin Jana Mestmäcker auf die Straße gehen. Sie hat ihren Job aufgegeben, um für ihre Werte und Prinzipien einzustehen
20 2	Taz	29.12.2022	INFLATION, KRIEG, KÄLTE; DER PODCAST AUF DEN TAG GENAU LÄSST EINEN TIEF IN DIE WEIMARER REPUBLIK EINTAUCHEN. DIE PARALLELEN ZUR GEGENWART SIND VERBLÜFFEND MANCHMAL AUCH BEÄNGSTIGEND
20 3	Taz	27.12.2022	Alte Generation stört Weihnacht; Staatsoberhaupt Steinmeier (SPD) kritisiert in seiner Weihnachtsansprache die Letzte Generation
20 4	Taz	24.12.2022	VW WIE VERKEHRSWENDE IN DER VW -STADT WOLFSBURG HABEN SICH AKTIVIST*INNEN NIEDERGELASSEN. SIE KÄMPFEN FÜR DIE VERKEHRSWENDE UND WOLLEN DAFÜR SORGEN, DASS VW AUF DIE PRODUKTION VON STRAßENBAHNEN UMSTELLT
20 5	Taz	21.12.2022	Wie man als Schulleiter Ra---di---ka---li---sie-rung einübt; ausgeglitten
20 6	Taz	20.12.2022	Blockieren wird noch teurer; Neben Geldstrafen und Geldbußen will die Polizei in München von Klima- Aktivist:innen nun auch Kosten fürs Wegtragen verlangen
20 7	Taz	17.12.2022	Niemand ist so staatsgläubig und de---mo---kra-tie---fes-ti---gend wie die Letzte Generation; der leitartikel
20 8	Taz	14.12.2022	Bundesweite Razzia gegen Letzte Generation ; Elf Hausdurchsuchungen soll es gegeben haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Doch diese rechtliche Einschätzung ist

			umstritten
20 9	Taz	10.12.2022	Ungehorsam, aber zivil; Die Aktionen der Letzten Generation erzeugen gerade viel Aufmerksamkeit für die Klimakrise, die Gruppe wird aber auch hart angefeindet. Wer sind die Menschen, die sich ihr anschließen und warum ist sie so hierarchisch organisiert?
21 0	Taz	06.12.2022	Da bleibt was kleben; Die Letzte Generation blockiert erneut Straßen trotz aller Versuche, den Protest zu kriminalisieren. Das zeigt: Die Gruppe könnte sich am Ende durchsetzen
21 1	Taz	06.12.2022	WILLKOMMEN IM RUMPELSTILZCHEN-ZEITALTER DIE GESELLSCHAFTSKRITIK
21 2	Taz	03.12.2022	KÜNSTLICHE INTELLIGENZ, SPIEL DICH NICHT AUF! DIE LESERINNEN UND LESER REGT DIE KOLUMNE EINER MASCHINE AUF, DIE FÜR DIE TAZ SCHREIBT; EBENSO EIN INTERVIEW OHNE JULIAN ASSANGE UND PROTESTE DER LETZTEN GENERATION
21 3	Taz	01.12.2022	Der Rechtsstaat muss radikalen Klimaprotest aushalten, findet Tim Achtermeyer; die dritte meinung
21 4	Taz	28.11.2022	Kurze Verschnaufpause; 19 Aktivist*innen sind aus dem Gewahrsam entlassen worden. Die Letzte Generation will ihre Proteste in München und Berlin bis Ende kommen
21 5	Taz	16.11.2022	EXTREMISTISCHES WEITER-SO; NICHT DIE KARTOFFELBREIWERFER UND STRAßENBLOCKIERER SIND EXTREMISTISCH, SONDERN DIE RIGOROSEN VERTEIDIGER DES STATUS QUO. ZUM BEISPIEL CHRISTIAN LINDNER
21 6	Taz	11.11.2022	FREIWILLIG AUCH NACHTS IN DER SCHULE IN GÖTTINGEN HABEN DUTZENDE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER ZWEI AULEN BESETZT. SIE FORDERN EINEN STÄRKEREN KLIMASCHUTZ UND DIE ABKEHR VON FOSSILEN ENERGIEN
21 7	Taz	08.11.2022	MEILENSTEIN AUF DEM KLIMAGIPFEL; SUSANNE SCHWARZ ÜBER KLIMAWANDELBEDINGTE SCHÄDEN
21 8	Taz	24.10.2022	FÜR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT IN DER ENERGIEKRISE DAS BÜNDNIS WAR BREIT, DOCH DER ZUSPRUCH BLIEB BESCHEIDEN: LAUT ANGABEN DER VERANSTALTER:INNEN NAHMEN INSGESAMT RUND

			24.000 MENSCHEN AN DEN BUNDESWEIT SECHS DEMONSTRATIONEN FÜR EINEN SOLIDARISCHEN HERBST TEIL
21 9	Taz	12.10.2022	DEN SÜDEN ENTSCULDEN; JONAS WAHMKOW BEWEGUNG
22 0	Taz	01.10.2022	BLUBBERN AUF ALLEN KANÄLEN: DIE VORTEILE EINER VOLLNARKOSE; DER ROTE FADEN
22 1	Taz	30.09.2022	CHOOSE YOUR FIGHTER BÜNDNISSE RUFEN ZU PROTESTEN AUF, GEGEN STEIGENDE BELASTUNGEN UND FÜR GERECHTERE TEILHABE. WER MITMACHEN WILL, HAT EINE GANZE BANDBREITE ZUR WAHL: WIE MASSENTAUGLICH, WIE ANTIKAPITALISTISCH, WIE KLIMAGERECHT ODER HEDONISTISCH DARF ES SEIN?
22 2	Taz	27.09.2022	DIESES WAHLDESASTER HAT VIELE URSACHEN; KOMMENTAR VON MICHAEL BRAUN ZUM WAHLSIEG VON GIORGIA MELONI IN ITALIEN
22 3	Taz	10.09.2022	FREI VON FURCHT ZU SEIN, IST KEIN KRITERIUM EINER DEMOKRATIE CORONA, KLIMA, KRIEG: VIELE MENSCHEN HABEN GERADE ANGST. DER POLITOLOGE JAN- WERNER MÜLLER ÜBER DEN UMGANG MIT UNSICHERHEIT, DIE NOTWENDIGKEIT VON DRAMA UND DIE STÄRKE STREITENDER DEMOKRATIEN
22 4	Taz	09.09.2022	RECHTE ENTZÜCKT ÜBER WAGENKNECHT SARAH WAGENKNECHT WIRFT DEUTSCHLAND IM BUNDESTAG EINEN WIRTSCHAFTSKRIEG GEGEN RUSSLAND VOR. UND TEILE DER LINKSFRAKTION KLATSCHEN GEMEINSAM MIT DER AFD
22 5	Taz	06.09.2022	ZU VIEL GEMECKER SILKE MERTINS ÜBER DAS GEPLANTE 49-EURO- TICKET
22 6	Taz	29.08.2022	GRÜNE NULL ODER EHER GRÜNE NULLNUMMER?; IMMER MEHR STAATEN UND FIRMEN SETZEN SICH DAS ZIEL, KLIMANEUTRAL ZU WERDEN. ABER VIELE RECHNEN SICH SCHÖN, ZEIGT EIN BERICHT. UN KRITISIERT KLIMAPLÄNE ALS NICHT AUSREICHEND
22 7	Taz	12.08.2022	NACHRICHTEN; KLIMAENTSCHEID KOMMT ZUSTANDE DIE

22 8	Taz	22.07.2022	AUßENMINISTERIN IM INNEREN REISEBUS STATT REGIERUNGSJET: ANNALENA BARBOCK REIST FÜR DIE ARBEIT AN DER NATIONALEN SICHERHEITSSTRATEGIE DURCHS LAND. UND MACHT DEUTLICH: SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE UND SOZIALE SICHERHEIT GEHÖREN ZUSAMMEN
22 9	Taz	21.07.2022	DIE DEMOKRATEN SIND DAS PROBLEM DOROTHEA HAHN ÜBER BIDENS KLIMAPOLITIK
23 0	Taz	15.7.2022	DER DEAL MIT DEM INVESTOR PLATZT; IM STREIT UM DEN ERHALT ODER ABRISS DER HABERSAATHSTRAßE 40-48 IST KEINE EINIGUNG IN SICHT
23 1	Taz	06.07.2022	UNSICHTBAR IM TESTOSTERONRAUM ALINA SCHWERMER INSEL
23 2	Taz	04.07.2022	MAN SCHAFFT NEUE FOSSILE ABHÄNGIGKEITEN DIE G7 -STAATEN HABEN EIN KLIMAVERSPRECHEN VERWÄSSERT, ANGEBLICH IST DAS TROTZDEM MIT DEN KLIMAZIELEN VEREINBAR. ENERGIEÖKONOMIN CLAUDIA KEMFERT SIEHT DAS ANDERS
23 3	Taz	10.06.2022	OFFENE STALLTORE, OFFENE FRAGEN LANDPARTIE IN BRANDENBURG: BAUERNHÖFE UND KÄSEREIEN LADEN ZUM SCHAUEN UND KOSTEN EIN
23 4	Taz	28.05.2022	SOLARSTROM? JA, ABER ... IN BRANDENBURG SOLL EIN RIESIGER SOLARPARK ENTSTEHEN. IN DER GEMEINDE GIBT ES ABER STREIT ZWISCHEN BEFÜRWORTERN UND GEGNERN. DER KONFLIKT ZEIGT, WORAN DIE ENERGIEWENDE SCHEITERN KÖNNTE
23 5	Taz	13.04.2022	DIE REVOLUTION WIE IMMER DER 1. MAI BRINGT, WAS MAN VON IHM ERWARTEN DARF. VON HEDONISTISCHER PARADE IN DEN GRUNEWALD BIS ZUR REVOLUTIONÄREN DEMO SIND ALLE LINKEN PROTESTE AUCH DIESES JAHR AM START. DIE FRAGE: GEBEN KRIEG UND KRISEN IHNEN AUFSCHWUNG ODER VERLIERT DIE SZENE AN BEDEUTUNG?
23	Taz	09.04.2022	DIE THEMEN DER ZEIT: KRIEG, KLIMA UND CORONA

6			WIRTSCHAFT KONTRA MENSCHENRECHTE GIBT ES EINE PAZIFISTISCHE ALTERNATIVE ZU WAFFENLIEFERUNGEN? KANN MAN DIE ERDERWÄRMUNG NOCH STOPPEN? WAS HEIßT BRUDERVOLK?
23 7	Taz	31.03.2022	DAS ZIEL: SIEG ÜBER RUSSLAND KOMPROMISSE, WAFFENSTILLSTÄNDE, PUTIN ABER WEITER IM SPIEL? NO WAY. JOE BIDEN HAT RECHT: DIESER MANN KANN NICHT AN DER MACHT BLEIBEN
23 8	Taz	25.03.2022	WENN WEIßE DIE FRISUREN VON SCHWARZEN TRAGEN; UNERWÜNSCHT
23 9	Taz	12.03.2022	SIEGER IST NICHT, WER SCHLACHTEN GEWINNT SICHERHEIT IN EUROPA GEHT NUR MIT RUSSLAND OHNE PUTIN. IN IHM UND SEINEM SYSTEM HABEN SICH VIELE GETÄUSCHT. ENTSCHIEDEND IST, WAS MIT DEN MENSCHEN IN DER UKRAINE PASSIERT
24 0	Taz	12.03.2022	BAUEN, BAUEN, BAUEN; IN HAMBURG HAT DER DAMALIGE BÜRGERMEISTER OLAF SCHOLZ DIE STARK STEIGENDEN MIETEN ALS ZENTRALES PROBLEM AUSGEMACHT UND DEN WOHNUNGSBAU AUF TRAB GEBRACHT. DAS REZEPT BAUEN, BAUEN, BAUEN SOLL NUN AUCH BUNDESWEIT DIE PREISE DÄMPFEN. ÜBER DIE VERDIENSTE UND GRENZEN DES HAMBURGER MODELLS
24 1	Taz	22.02.2022	SCHÄRFERE GANGART; INNENAUSSCHUSS DISKUTIERT BLOCKADEN DER LETZTEN GENERATION . POLIZEI NIMMT AKTIONEN ERNST UND WILL TAKTIK ANPASSEN
24 2	Taz	22.02.2022	BLOCKADE NACH ULTIMATUM; AM MONTAGMORGEN LEGTE DIE LETZTE GENERATION DEN VERKEHR IM HAMBURGER HAFEN LAHM, INDEM SIE DIE KÖHLBRANDBRÜCKE BLOCKIERTE
24 3	Taz	14.02.2022	EIN ZWEITES LEBEN FÜR DEN FÖHN; IN DEUTSCHLAND WERDEN MEHR ELEKTROGERÄTE RECYCELT. DIE DEUTSCHE UMWELTHILFE BEKLAGT ZU NIEDRIGE SAMMELQUOTEN. REPARIERT WIRD ZU WENIG

24 4	Taz	09.02.2022	DAS DORF LÜTZERATH MUSS BLEIBEN, FORDERN ANTJE GROTHUS UND KATHRIN HENNEBERGER; DIE DRITTE MEINUNG
24 5	Taz	07.02.2022	PUTIN-VERSTEHER ODER PAZIFIST; AUCH BEI DER BEWERTUNG DER DEUTSCHEN POSITION ZUM RUSSLAND-UKRAINE-KONFLIKT ZEIGEN SICH DIE USA ALS GESPALTENES LAND. DIE WICHTIGSTEN POSITIONEN KURZ VOR OLAF SCHOLZ ANTRITTSBESUCH IM WEIßEN HAUS
24 6	Taz	28.01.2022	AUSSPIONIERT VOM EIGENEN FREUND; DER BERLINER UMWELTAKTIVIST JASON KIRKPATRICK WURDE JAHRELANG VOM BRITISCHEN POLIZEISPITZEL MARK KENNEDY AUSGESPÄHT. SIE WAREN SOGAR BEFREUNDET. DER VERRAT LÄSST DEN 53- JÄHRIGEN NICHT LOS. NUN ENTSCHIEDET EIN GERICHT IN SCHWERIN ÜBER SEINEN FALL
24 7	Taz	22.01.2022	NUR GLÜCK GEHABT DIE ERDERWÄRMUNG IST EINE GEFAHR FÜR UNSER ÜBERLEBEN DIE ATOMARE VERNICHTUNG NICHT WENIGER. LIEBER GLEICH KOMPLETT UMSTEIGEN, ALS AUF NUKLEARE BRÜCKENENERGIE ZU SETZEN
24 8	Taz	19.01.2022	MILLIARDEN EURO, WARUM IST DA KEIN DECKEL DRAUF? LIN HIERSE POETICAL CORRECTNESS
24 9	Taz	15.01.2022	AUCH DIE IM DUNKLEN; DAS TAZ LAB WIRD SICH NEBEN DER KLIMATRANSFORMATIONSPOLITIK BESONDERS KLASSENSPEZIFISCHEN FRAGEN WIDMEN
25 0	Taz	07.01.2022	VOM SCHRILLEN PINK INS MILDE GOLD-GELB; AUF DEM DREIKÖNIGSTREFFEN DER LIBERALEN SCHLÄGT DER NEUE FINANZMINISTER CHRISTIAN LINDNER AUSGLEICHENDE TÖNE AN. NUR WINFRIED KRETSCHMANN MUSS ALS FEINDBILD HERHALTEN

Themen und Subthemen der Zeitungsartikel

No.	Zeitung	Thema	Subthema
1	Bild	Politik	Partei / Grüne
2	Bild	Aktivismus	Lützerath
3	Bild	Aktivismus	Lützerath
4	Bild	Aktivismus	Lützerath
5	Bild	Parteien	Steuergeld
6	Bild	Aktivismus	Juristisches
7	Bild	Lokalpolitik	Bürgermeisterwahl
8	Bild	Aktivismus	Universität Besetzung
9	Bild	Aktivismus	Lützerath
10	Bild	Aktivismus	Gewalt
11	Bild	Aktivismus	WM /Demo
12	Bild	Politik	G7
13	Bild	Aktivismus	Aktion
14	Bild	Aktivismus	Aktion
15	Bild	Aktivistische Gruppe	Rassismus
16	Bild	Aktivismus	Juristisches
17	Bild	Aktivismus	Radikalität
18	Bild	Aktivismus	Juristisches
19	Bild	Aktivismus	Juristisches
20	Bild	Aktivismus	Juristisches
21	Bild	Polizeigewalt	
22	Bild	Aktivismus	Sachbeschädigung
23	Bild	Aktivistische Gruppe	Antisemitismus
24	Bild	Aktivismus	Aktion
25	Bild	Aktivismus	Juristisches
26	Bild	Aktivistin	Würdigung
27	Bild	Ukraine Russland Krieg	Politik
28	Bild	Aktivismus	Aktion
29	Bild	Lokalpolitik	
30	Bild	Tod der Queen	
31	Bild	Aktivismus	Aktion
32	Bild	Aktivismus	Aktion

33	Bild	Politik	NordStream2
34	Bild	Aktivismus	Juristisches
35	Bild	Politik	NordStream2
36	Bild	Aktivistische Gruppe	Rassismus
37	Bild	Aktivistische Gruppe	Rassismus
38	Bild	Aktivismus	Debatte Teilnehmerzahlen
39	Bild	Demo	Ukraine Russland Krieg
40	Bild	Ukraine Russland Krieg	
41	Bild	Ukraine Russland Krieg	
42	Bild	Politik	Partei / Grüne
43	Bild	Aktivismus	Radikalität
44	Bild	Aktivismus	Radikalität
45	Bild	Aktivismus	
46	Bild	Aktivismus	Debatte Legitimität
47	Bild	Aktivismus	Debatte Legitimität
48	Bild	Aktivismus	Debatte Legitimität
49	Bild	Aktivismus	Debatte Legitimität
50	Bild	Aktivismus	Aktion
51	SZ	Energie Forschung	
52	SZ	Energie	
53	SZ	Politik	G7
54	SZ	Politik	Probleme
55	SZ	Politik	Debatte um Legalität /Aktivismus
56	SZ	Juristische Debatte	Aktivismus
57	SZ	Juristische Debatte	Aktivismus
58	SZ	Gesellschaft	Protest
59	SZ	Aktivismus	
60	SZ	Juristische Debatte	Aktivismus
61	SZ	Juristische Debatte	Aktivismus
62	SZ	Politik	Rechtspopulismus
63	SZ	Politik	Rechtspopulismus
64	SZ	Aktivismus	
65	SZ	Politik	Aktivismus
66	SZ	Aktivismus	
67	SZ	Politik	

68	SZ	Politik	
69	SZ	Politik	Parteien: CDU/ CSU
70	SZ	Politik	USA
71	SZ	Autoindustrie	
72	SZ	Politik	UK
73	SZ	Politik	Partei: Grüne
74	SZ	Politik	Partei: Grüne
75	SZ	Ungleichheit	Europa/ Asien
76	SZ	Politik	UN-Menschenrechtsrat
77	SZ	Gesellschaft	Geschichte
78	SZ	Politik	Österreich
79	SZ	Aktivismus	
80	SZ	Meinungsfreiheit	Debatten
81	SZ	Gesellschaft	Emotionen
82	SZ	Politik	Ukraine Russland Krieg
83	SZ	Gesellschaft	Geschichte
84	SZ	Verfassungsschutzbericht	Radikalisierung
85	SZ	Verkehrspolitik	Klimaschutz
86	SZ	Aktivismus	Klimaprotest
87	SZ	Energiepolitik	Atomenergie
88	SZ	Ukraine Russland Krieg	Politik
89	SZ	Ukraine Russland Krieg	Politik
90	SZ	Tesla	Berlin/ Brandenburg
91	SZ	Ukraine Russland Krieg	Protest
92	SZ	Aktivismus	Juristisches
93	SZ	Aktivismus	
94	SZ	Politik	Grüne
95	SZ	Klimapolitik	Brasilien
96	SZ	Politik	CDU
97	SZ	Demonstration	Rechtspopulismus
98	SZ	EU Politik	Energie
99	SZ	Aktivismus	Lützerath
100	SZ	Politik	Grüne
101	FAZ	Klimakonferenz	Klimapolitik
102	FAZ	Klimapolitik	Lützerath

103	FAZ	Aktivismus	Juristisches
104	FAZ	Aktivismus	Aktion
105	FAZ	Politik	Mobilität
106	FAZ	Handel	
107	FAZ	Energie	Wasserstoff
108	FAZ	Krieg	Auswirkungen des Kriegs
109	FAZ	Wirtschaft	RWE
110	FAZ	Gesellschaft	Generationen
111	FAZ	Gesellschaft	Aktivismus
112	FAZ	Aktivismus	Juristisches
113	FAZ	Umwelt	Lausitz
114	FAZ	Bürgermeisterwahl	Partei / Grüne
115	FAZ	Aktivismus	
116	FAZ	Klimapolitik	Lützerath
117	FAZ	Aktivismus	
118	FAZ	Aktivismus	Radikalität
119	FAZ	Finanzpolitik	
120	FAZ	Aktivismus	Juristisches
121	FAZ	Politik	
122	FAZ	Politik	USA
123	FAZ	Politik	Ägypten
124	FAZ	Wirtschaft	Autoindustrie /VW
125	FAZ	Politik	
126	FAZ	Klimapolitik	Wirtschaft
127	FAZ	Klimapolitik	
128	FAZ	Politik	Ukraine
129	FAZ	Politik	Inflation
130	FAZ	Klimapolitik	EU
131	FAZ	Klimaschutz	Aktivismus
132	FAZ	Klimapolitik	EU
133	FAZ	Politik	China, Australien
134	FAZ	Aktivismus	
135	FAZ	Energiepolitik	Windenergie
136	FAZ	Politik	Finnland/ NATO
137	FAZ	EU Politik	Luftfahrt

138	FAZ	Politik	CDU / CSU
139	FAZ	Wahl	Nordirland
140	FAZ	Politik	Asien
141	FAZ	Aktivismus	Lützerath
142	FAZ	Politik	NordStream2/ Russland
143	FAZ	Politik/ Wirtschaftskrise	Sri Lanka
144	FAZ	Klimawandel	Versicherung
145	FAZ	EU Politik	Atomenergie
146	FAZ	Politik	Deutschland
147	FAZ	Ukraine Russland Krieg	Energie
148	FAZ	Umweltschäden	Elektromobilität
149	FAZ	Politik/ Umweltministerium	Klimapolitik
150	FAZ	Politik	Niederlande
151	Welt	Aktivismus	
152	Welt	Aktivismus	
153	Welt	Aktivismus	
154	Welt	Aktivismus	Lützerath
155	Welt	Aktivismus	
156	Welt	Aktivismus	Radikalität
157	Welt	Aktivismus	Politik
158	Welt	Gesellschaft	Krisen
159	Welt	Aktivismus	Radikalität
160	Welt	Aktivismus	Grüne
161	Welt	Aktivismus	
162	Welt	Aktivismus	
163	Welt	Aktivismus	International
164	Welt	Energiepolitik	Bildung
165	Welt	Energiepolitik	Atomenergie
166	Welt	Aktivismus	
167	Welt	Aktivismus	Bildung
168	Welt	Linksextremismus	Gewalt
169	Welt	Aktivismus	Lützerath
170	Welt	Energiepolitik	Erdgas
171	Welt	Politik	Umweltbelastung/ Kreuzfahrt
172	Welt	Aktivismus	International

173	Welt	Klimawandel	Meer
174	Welt	Energiepolitik	Atomenergie
175	Welt	Energiepolitik	Grüne
176	Welt	EU Politik	China, Russland
177	Welt	Klimapolitik	Energie
178	Welt	Politik	Wirtschaft
179	Welt	Politik	G7
180	Welt	EU Politik	Klimapolitik
181	Welt	EU Politik	Klimapolitik
182	Welt	Ukraine Russland Krieg	Energie
183	Welt	Politik	Krisen
184	Welt	Aktivismus	Klimawandel
185	Welt	Aktivismus	Juristisches
186	Welt	Politik	Klimapolitik
187	Welt	Politik	Energie, Russland
188	Welt	Politik	Krieg
189	Welt	Aktivismus	Gefahr
190	Welt	Demonstration	Russland
191	Welt	Energiepolitik	Russland
192	Welt	Klimapolitik	Aktivismus
193	Welt	Aktivismus	Politik
194	Welt	Aktivismus	Grüne
195	Welt	Energiepolitik	EU Politik
196	Welt	Klimawandel	
197	Welt	Aktivismus	
198	Welt	Politik	
199	Welt	Rechtsextremismus	Radikalisierung
200	Welt	Autoindustrie	Energie
201	Taz	Aktivismus	Klimapolitik
202	Taz	Gesellschaft	Krieg
203	Taz	Politik	Aktivismus
204	Taz	Aktivismus	Autoindustrie /VW
205	Taz	Aktivismus	Radikalisierung
206	Taz	Aktivismus	Juristisches
207	Taz	Aktivismus	

208	Taz	Aktivismus	Juristisches
209	Taz	Aktivismus	
210	Taz	Aktivismus	
211	Taz	Gesellschaft	
212	Taz	Künstliche Intelligenz	Aktivismus
213	Taz	Aktivismus	Juristisches
214	Taz	Aktivismus	Juristisches
215	Taz	Aktivismus	Radikalität
216	Taz	Aktivismus	Klimaschutz
217	Taz	Klimakonferenz	Klimapolitik
218	Taz	Demonstration	Soziale Ungleichheit
219	Taz	Klimawandel	Demonstration
220	Taz	Politik	International
221	Taz	Aktivismus	
222	Taz	Politik	Italien
223	Taz	Gesellschaft	Krisen
224	Taz	Politik	Russland
225	Taz	Verkehrspolitik	ÖPNV
226	Taz	Klimapolitik	UN
227	Taz	Klimapolitik	Aktivismus
228	Taz	Politik	Ukraine
229	Taz	Klimapolitik	USA
230	Taz	Aktivismus	
231	Taz	Verkehrspolitik	ÖPNV
232	Taz	Klimapolitik	G7
233	Taz	Landwirtschaft	Klimaschutz
234	Taz	Energiepolitik	Erneuerbare Energie
235	Taz	Aktivismus	Demonstration
236	Taz	Politik	Krisen
237	Taz	Politik	Ukraine Russland Krieg
238	Taz	Gesellschaft	Aktivismus
239	Taz	Politik	Ukraine Russland Krieg
240	Taz	Politik	Hamburg
241	Taz	Aktivismus	Juristisches
242	Taz	Aktivismus	

243	Taz	Klimapolitik	
244	Taz	Aktivismus	Lützerath
245	Taz	Politik	USA
246	Taz	Aktivismus	Juristisches
247	Taz	Energiepolitik	Atomenergie
248	Taz	Gesellschaft	Ungleichheit
249	Taz	Gesellschaft	Klimawandel
250	Taz	Politik	FDP

Liste: Personen und Organisationen

	Akteur/ Person	Organisation
1	Agnes Z. *	Letzte Generation
2	AktivistIn Letzte Generation	Letzte Generation
3	AktivistInnen G7	AktivistInnen G7
4	AktivistInnen IAA	AktivistInnen IAA
5	AktivistInnen Klima-Bündnisse gegen A20	Klima-Bündnisse gegen A20
6	AktivistInnen Alle Dörfer bleiben	Alle Dörfer bleiben
7	AktivistInnen FFF	Fridays for Future
8	Bella Y. *	Letzte Generation
9	BesetzerInnen Lützerath	BesetzerInnen in Lützerath
10	Carlotta X. *	Letzte Generation
11	Carla Reemtsma	Fridays for Future
12	Daniel W. *	End Fossil: Occupy
13	Murmel *	BesetzerInnen in Lützerath
14	Erik V. *	Letzte Generation
15	Finn U. *	Letzte Generation
16	Gabriella T. *	Letzte Generation
17	Hannah S. *	Fridays for Future
18	Isabella R. *	BesetzerInnen in Lützerath
19	Johanna Q. *	Letzte Generation

20	Kevin P. *	Letzte Generation
21	Luisa Neubauer	Grüne /Fridays for Future
22	Leo O.*	Ende Gelände
23	Mario N. *	Letzte Generation
24	Nick M. *	Letzte Generation
25	Olivia L. *	Letzte Generation
26	Paula K. *	Letzte Generation
27	Quinn J. *	End Fossil: Occupy
28	Robin I.*	Letzte Generation
29	Sophia H. *	Letzte Generation
30	Talia G. *	Letzte Generation
31	Tadzio Müller	Ende Gelände
32	Uni BesetzerInnen	Uni BesetzerInnen Marburg
33	Alexander Dobrindt	CSU
34	Alexander Throm	CDU
35	Antje Grothus	Grüne
36	Bijan Djir-Sarai	FDP
37	Björn Jotzo	FDP
38	Boris Palmer	Grüne
39	Boris Pistorius	SPD
40	Cem Özdemir	Grüne
41	Christian Bläul	FDP
42	Christian Dürr	FDP
43	Christian Lindner	FDP
44	Christoph de Vries	CDU
45	Frank Schäffler	FDP
46	Frank-Walter Steinmeier	SPD
47	Franziska Brantner	Grüne
48	Franziska Giffey	SPD
49	Friedrich Merz	CDU
50	Georg Eisenreich	CSU
51	Gregor Gysi	Die Linke
52	Henning Aretz	CDU
53	Herbert Reul	CDU

54	Irene Mihalic	Grüne
55	Iris Spranger	SPD
56	Joachim Herrmann	CSU
57	Johannes Wagner	Grüne
58	Jürgen Trittin	Grüne
59	Kai Wegner	CDU
60	Katharina Fegebank	Grüne
61	Kathrin Henneberger	Grüne
62	Kevin Kühnert	SPD
63	Konstantin Kuhle	FDP
64	Konstantin von Notz	Grüne
65	Marco Buschmann	FDP
66	Markus Pieper	CDU
67	Markus Söder	CSU
68	Michael Stübgen	CDU
69	Mona Neubaur	Grüne
70	Nancy Faeser	SPD
71	Nina Scheer	SPD
72	Olaf Scholz	SPD
73	Omid Nouripour	Grüne
74	Peter Beuth	CDU
75	Renate Künast	Grüne
76	Ricarda Lang	Grüne
77	Robert Habeck	Grüne
78	Rênas Sahin	Grüne (Jugend)
79	Saskia Hüneke	Grüne
80	Sebastian Czaja	FDP
81	Steffi Lemke	Grüne
82	Thomas Haldenwang	CDU
83	Tim Achtermeyer	Grüne
84	Tino Chrupalla	AfD
85	Vasili Franco	Grüne
86	Volker Wissing	FDP
87	Wiebke Winter	CDU
88	Winfried Kretschmann	Grüne

89	Anna-Nicole Heinrich	Evangelischen Kirche in Deutschland EKD
90	Berliner VerfassungsschützerInnen	Verfassungsschutz Berlin
91	Christian Mertens	Anwalt Strafrecht
92	Jörg Alt	Nürnberger Jesuiten
93	KirchensprecherIn EDK	Synode der evangelischen Kirche
94	PressesprecherIn ADV	Flughafenverband ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen)
95	Rainer Wendt	Deutsche Polizeigewerkschaft
96	Simon Teune	ProtestforscherIn
97	SprecherIn GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Bayern
98	Christoph Bautz	Campact
99	Guevara-Rosas	Amerika-Direktorin von Amnesty International
10 0	Martin Kaiser	Greenpeace
10 1	MitarbeiterIn BUND	BUND
10 2	MitarbeiterIn Greenpeace	Greenpeace
10 3	Günter Thomas	Ruhr-Universität Bochum
10 4	Markus Kriebber	RWE
10 5	Mitarbeitende RWE	RWE
10 6	Uni SprecherIn	Uni Marburg
10 7	Beamte BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz

10 8	Berliner VerfassungsschützerInnen	Verfassungsschutz Berlin
10 9	Heiko Teggatz	Deutsche Polizeigewerkschaft
11 0	Hamburgs VerfassungsschützerInnen	Hamburger Verfassungsschutz
11 1	Hessische VerfassungsschützerInnen	Verfassungsschutz Hessen
11 2	PolizeisprecherIn	Aachener Polizei
11 3	Sebastian Büchner	Generalstaatsanwaltschaft Berlin
11 4	Torsten Voß	Hamburger Verfassungsschutz

Mit Sternchen markiert sind anonymisierte Namen